

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Karl-Heinz Füssl

Restauration und Neubeginn

Gesellschaftliche, kulturelle und reformpädagogische Ziele  
der amerikanischen „Re-education“-Politik nach 1945

Kurt Jürgensen

Die britische Besatzungspolitik 1945–1949

Rainer Hudemann

Reparationsgut oder Partner?

Zum Wandel in der Forschung  
über Frankreichs Deutschlandpolitik nach 1945

Michael Lemke

Die Sowjetisierung der SBZ/DDR im ost-westlichen  
Spannungsfeld

B 6/97

31. Januar 1997

Karl-Heinz Füssl, Dr. phil. habil., geb. 1949; Privatdozent an der Technischen Universität Berlin; z. Z. Durchführung des DFG-Projekts „Modernisierung und Professionalisierung“ an der Humboldt-Universität zu Berlin; 1994/95 Fellow am Deutschen Historischen Institut und dem American Institute for Contemporary German Studies der Johns-Hopkins-Universität in Washington D. C.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit C. Kubina) Berliner Schule zwischen Restauration und Innovation. Zielkonflikte um das Berliner Schulwesen 1951–1968, Frankfurt a. M. – Bern 1983; (zus. mit C. Kubina) Mitbestimmung und Demokratisierung im Schulwesen, Berlin 1984; Die Umerziehung der Deutschen. Jugend und Schule unter den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs 1945–1955, Paderborn 1995<sup>2</sup>.

Kurt Jürgensen, Dr. phil., geb. 1929; Professor emeritus für Mittlere und Neuere Geschichte sowie Didaktik der Geschichte an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.

Veröffentlichungen u. a.: Die Gründung des Landes Schleswig-Holstein nach dem Zweiten Weltkrieg, Neumünster 1969; „Die Stunde der Kirche“. Die Ev.-Luth. Landeskirche Schleswig-Holsteins in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, Neumünster 1976; Die Briten in Schleswig-Holstein 1945–1949, Neumünster 1989; Die britische Südschleswig-Politik, Sankelmark 1990; (Hrsg. zus. mit Hartmut Boockmann) Nachdenken über Geschichte. Beiträge aus der Ökumene der Historiker in memoriam Karl Dietrich Erdmann, Neumünster 1991.

Rainer Hudemann, Dr. phil., geb. 1948; seit 1985 o. Professor für Neuere und neueste Geschichte an der Universität des Saarlandes.

Veröffentlichungen u. a.: Sozialpolitik im deutschen Südwesten zwischen Tradition und Neuordnung 1945–1953. Sozialversicherung und Kriegsopferversorgung im Rahmen französischer Besatzungspolitik, Mainz 1988; Mithrsg. u. a. von: Stadtentwicklung im deutsch-französisch-luxemburgischen Grenzraum (19. u. 20. Jh.). Développement urbain dans la région frontalière France – Allemagne – Luxembourg (XIX<sup>e</sup> et XX<sup>e</sup> siècles), Saarbrücken 1991, Eliten in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert – Strukturen und Beziehungen. Elites en France et en Allemagne aux XIX<sup>e</sup> et XX<sup>e</sup> siècles – Structures et relations, 2 Bde., München 1994/1996.

Michael Lemke, Dr. phil. habil., geb. 1944; Studium der Geschichte und Germanistik in Potsdam; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Allgemeine Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR; jetzt am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam.

Veröffentlichungen u. a.: Die deutschlandpolitischen Handlungsspielräume der SED innerhalb der sowjetischen Deutschlandpolitik der Jahre 1949–1955; in: Gustav Schmidt (Hrsg.), Ost-West-Beziehungen, Bochum 1983; CDU/CSU und Vertragspolitik der Bundesrepublik Deutschland 1969–1975. Kontinuität und Wandel christdemokratischer Ost- und Deutschlandpolitik, Saarbrücken 1992; Die DDR und die deutsche Frage 1949–1955, in: Wilfried Loth (Hrsg.), Die deutsche Frage in der Nachkriegszeit, Berlin 1994; Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Bèlwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

# Restauration und Neubeginn Gesellschaftliche, kulturelle und reform- pädagogische Ziele der amerikanischen „Reeducation“-Politik nach 1945

---

## I.

---

Das wesentliche Leitmotiv der bisherigen themenspezifischen Forschung bestand in dem Bemühen, den Beitrag der amerikanischen Nachkriegspolitik für die Demokratisierung der Bundesrepublik Deutschland zu benennen. Der Rahmen dieser Historiographie ist mit zwei Positionsbestimmungen grob abzustecken: Zum einen argumentieren die Vertreter der Restaurationsthese, daß traditionalistisch ausgerichtete, nationalkonservative Schichten sowie unbelehrbare Nazi-Elemente mit autoritären, intoleranten Einstellungen die Jahre nach dem Krieg prägten. Während der Kalte Krieg die Bedeutung restaurativer Kreise für die Entwicklung der bundesdeutschen Gesellschaft noch verstärkte, steuerte die Kommerzialisierung, der Kapitalismus zusätzlich zu einem negativen Urteil über die „Amerikanisierung“ Westdeutschlands bei<sup>1</sup>. Auf der anderen Seite wird ein radikaler Neuansatz erkannt, der den Grundstein für eine neue soziale Ordnung und politische Kultur legte. Der von der Vergangenheit fundamental unterschiedene Neubeginn wird in den Kategorien größerer Offenheit, weitgehender Liberalität, der Chancengleichheit und Mobilität beschrieben. Diese Position des Neuanfangs behauptet positiv bewertete Eingriffe, indem die eingeleiteten Modernisierungsprozesse den radikalen Bruch mit der Vergangenheit bewirkten und die Wende zu dem

„besseren“, durch Wohlstand und Stabilität gekennzeichneten Deutschland markierten<sup>2</sup>.

Eine Wende in der wissenschaftlichen Diskussion bahnte sich an, nachdem seit den siebziger Jahren die relevanten Archivbestände geöffnet und der Forschung zugänglich gemacht wurden. Zwei Fakten sind für die nun veränderte Perspektive bedeutsam: Zum einen weitete sich die Demokratisierungsdebatte von den zuvor politisch und sozioökonomisch dominierten Strukturen aus auf die Mentalitäten und kulturellen Werte im Alltagsleben, die Rolle der Geschlechter, die regionalen und lokalen Dimensionen oder auf die gesellschaftliche Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen<sup>3</sup>. Zum anderen veranschaulichen die Ergebnisse, daß Demokratisierung und Konservatismus, restaurative Tendenzen, auf traditionalistische Besitzstandswahrung gerichtete Interessen einander überlagern und sich unter bestimmten Bedingungen und Konstellationen gegenseitig so verstärken können, daß sie einen stabilen, selbst Krisenzeiten überdauernden demokratischen Grundkonsens herbeiführen. Hinsichtlich der gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse in der (west-)deutschen Nachkriegsgeschichte begleiteten diese Interdependenzen in großem Maße den Wiederaufbau, der unter den extrem schlechten Bedingungen und mit dem vorhandenen Potential menschlichen Verhaltens gar nicht anders als vorwiegend traditionalistisch und konservativ orientiert sein konnte<sup>4</sup>.

1 Vgl. Rolf Badstübner, *Restauration in Westdeutschland 1945–1949*, Berlin (Ost) 1965; Ute Schmidt/Tilman Fichter, *Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945–1948*, Berlin 1971; Ernst-Ulrich Huster u. a., *Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949*, Frankfurt/M. 1972; Eberhard Schmidt, *Die verhinderte Neuordnung 1945–1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/M. 1970; Theo Pirker, *Die verordnete Demokratie. Grundlagen und Erscheinungen der „Restauration“*, Berlin 1977<sup>2</sup>.

2 Vgl. Alfred Grosser, *Germany in Our Time*, New York 1971; Dennis Bark/David Gress, *A History of West Germany*, 2 vols., London 1989. Für die Gültigkeit beider Positionen Christoph Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, Göttingen 1989<sup>3</sup>. Eine Zusammenfassung der Positionen bei Michael Ermarth (Ed.), *America and the Shaping of German Society, 1945–1955*, Ann Arbor, MI 1993.

3 Vgl. u. a. Jeffrey M. Diefendorf et al. (Eds.), *American Policy and the Reconstruction of West Germany, 1945–1955*, University of Cambridge Press 1993.

4 Vgl. Diethelm Prowe, *German Democratization as Conservative Restabilization: The Impact of American Policy*, in: ebd., S. 307–330.

Bezogen auf die Historiographie zur amerikanischen Erziehungsreform ist festzustellen, daß sie den frühen Analysen der politischen Rahmenbedingungen weitgehend folgte und mehrheitlich das Dogma radikal einander ausschließender Politikpositionen vertritt<sup>5</sup>. Insbesondere wird die These zu untermauern gesucht, daß wegen ausgebliebener Reformen im Bildungssystem die Chance eines Neubeginns nach 1945 verspielt und durch restaurative Tendenzen ersetzt worden sei. Vereinzelt Untersuchungen zur amerikanischen Bildungspolitik vertreten zwar in der Bewertung eine Gegenposition; ihre Sichtweise ist jedoch eingeschränkt, weil sie entweder der eigenen Erinnerung verhaftet sind, sich ausschließlich auf die Entnazifizierung und das öffentliche Schulwesen konzentrieren oder die eng begrenzte Ära der Besatzungszeit nicht überschreiten<sup>6</sup>.

Damit wird noch einmal bewußt, daß im Vordergrund der bisherigen Erforschung der amerikanischen Bildungspolitik und ihrer Bewertung die im Bildungssystem institutionalisierte Erziehungsstand. Obwohl für das Scheitern der Schulreform in den Ländern der amerikanischen Besatzungszone die Abneigungen und Widerstände auf deutscher Seite verantwortlich waren, erfuhren die amerikanischen Initiativen in der bildungshistorischen Forschung eine insgesamt skeptische Bewertung<sup>7</sup>. Im Visier kritischer Positionen zur amerika-

5 Vgl. Jutta B. Lange-Quassowski, *Neuordnung oder Restauration. Das Demokratiekonzept der amerikanischen Besatzungsmacht und die politische Sozialisation der Westdeutschen: Wirtschaftsordnung – Schulstruktur – Politische Bildung*, Opladen 1979; Otto Schlander, *Der Einfluß von John Dewey und Hans Morgenthau auf die Formulierung der Re-education-Politik*, in: Manfred Heinemann (Hrsg.), *Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik der Besatzungsmächte in Deutschland und Österreich*, Stuttgart 1981, S. 40–52; Rebecca Boehling, *Das antideutsche Vorurteil in den USA und seine Wirkung auf die Nachkriegspolitik in der US-Zone 1943–1947*, in: *Bildung und Erziehung*, 34 (1981), S. 132–149.

6 Vgl. Henry J. Kellermann, *Von Re-education zu Re-orientation. Das amerikanische Re-orientierungsprogramm im Nachkriegsdeutschland*, in: M. Heinemann (Hrsg.), ebd., S. 86–102; James F. Tent, *Mission on the Rhine. Reeducation and Denazification in American-Occupied Germany*, University of Chicago Press 1982; Karl-Ernst Bungenstab, *Umerziehung zur Demokratie? Re-education-Politik im Bildungswesen der US-Zone 1945–1949*, Düsseldorf 1970.

7 Vgl. Hans-Joachim Thron, *Schulreform im besiegten Deutschland. Die Bildungspolitik der amerikanischen Militärregierung nach dem 2. Weltkrieg*, phil. Diss., München 1972; Isa Huelsz, *Schulpolitik in Bayern zwischen Demokratisierung und Restauration in den Jahren 1945–1950*, Hamburg 1970; Wolfgang Klafki, *Restaurative Schulpolitik 1945–1950 in Westdeutschland: Das Beispiel Bayern*, in: ders., *Aspekte kritisch-konstruktiver Erziehungswissenschaft*, Weinheim 1978, S. 253–299.

nischen Erziehungsreform steht meist die Direktive JCS (Joint Chief of Staff) 1067, die als Indikator für den Einfluß der Bemühungen des Finanzministers Henry Morgenthau auf die Deindustrialisierung Deutschlands und einen „Karthagofrieden“ angesehen wird<sup>8</sup>. Dabei wird eine Konstellation behauptet, die den Plänen der sogenannten Linken um Morgenthau ein totales Erziehungsparadigma zuordnet: Dem als verdorben klassifizierten deutschen Nationalcharakter könne nur die Sicherungsverwahrung eines Schwerverbrechers entsprechen. Auf die andere Seite wird die Gruppe der antikommunistischen Realpolitiker gestellt, die ein ökonomisch starkes, demokratisches Deutschland mit einem soliden Fundament individueller Freiheiten vor Augen gehabt hätten. Während im pädagogischen Credo der „Linken“ die sozialpsychologischen Ansätze von Kurt Lewin und Richard M. Brickner manifest gewesen wären, seien die „Realpolitiker“ den Lehren John Deweys und dem darin enthaltenen pädagogisch-milieutheoretischen Optimismus gefolgt.

Im Unterschied zu dieser Position beweist die Autorisierung der Direktive JCS 1067 am 14. Juli 1945 lediglich, daß die Rooseveltsche Deutschlandpolitik dem Prinzip einer möglichst späten Festlegung folgte<sup>9</sup>. Bereits die Konferenz von Jalta bedeutete die Niederlage der Position von Morgenthau, dessen Intervention allenfalls direkte Auswirkungen auf die Goebbelsche Propaganda hatte<sup>10</sup>. Die Direktive JCS 1067 schrieb neben der Eliminierung des Nationalsozialismus, der Bestrafung von Kriegsverbrechern, der Entmilitarisierung und der Vernichtung der Rüstungsindustrie die eventuelle Rekonstruktion des politischen Lebens auf demokratischer Grundlage fest. Die parallel verordnete Kontrolle der deutschen Erziehung war jedoch als Anweisung zu dürftig, um erziehungspolitische Konturen erkennen zu lassen. Zudem hatte JCS 1067 rein technisch nur eine

8 Vgl. J. B. Lange-Quassowski (Anm. 5).

9 Vgl. John Snell, *Wartime Origins of the East-West Dilemma over Germany*, New Orleans 1959; Günther Moltmann, *Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg: Kriegs- und Friedensziele 1941–1945*, Heidelberg 1958.

10 Vgl. Wolfgang Krieger, *General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945–1949*, Stuttgart 1987; ders., *Die Deutschlandpolitik der amerikanischen Besatzungsmacht 1943–1949*, in: Wolfgang Uwe Friedrich (Hrsg.), *Die USA und die Deutsche Frage 1945–1990*, Frankfurt/M. 1991, S. 79–104; Hans-Peter Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeption in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945 bis 1949*, Berlin–Neuwied 1966; Earl Ziemke, *The Formulation and Initial Implementation of U.S. Occupation Policy in Germany*, in: Hans A. Schmitt (Ed.), *After World War II*, Lawrence, KS. 1978, S. 27–44.

zweiwöchige Geltung bis zur Veröffentlichung der Potsdamer Erklärung vom 2. August 1945, die im übrigen für die Erziehung noch weniger als JCS 1067 zu verkünden mußte. Der Eliminierung des Nationalsozialismus war hier die Entfaltung demokratischer Ideen gegenübergestellt. Bereits die Besetzung Deutschlands durch amerikanische Streitkräfte hatte erwiesen, daß JCS 1067 mitnichten alleiniges Orientierungsmuster war. Den Geist und die Praxis der Besetzung prägten das Verantwortungsgefühl und die Tradition der Streitkräfte, wonach eine Militärverwaltung strikt, aber human und gerecht zu sein habe<sup>11</sup>.

Gegenüber skeptischen oder pessimistischen Urteilen ist zu behaupten, daß schon bald nach dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg die Konturen der später geltenden Erziehungsrichtlinien vorgezeichnet waren, daß der Prozeß der Politikgestaltung selbst keinen allzu großen Schwankungen unterlag und daß die Intention anders und die Wirkungen größer waren als unterstellt. Diese Zusammenhänge werden freilich erst sichtbar, wenn man sich von der Fixierung auf das Schulwesen löst, das breite Spektrum der „Re-education“-Politik in den Blick nimmt und die Aussagen über die Wirkungen nicht ausschließlich auf die relativ kurze Besatzungszeit begrenzt. Darüber hinaus ist die amerikanische Erziehungsreform in den gesellschaftlichen Kontext traditionsorientierter Werthaltungen zu stellen, die insgesamt einen retardierenden Einfluß ausübten. Unter diesen Prämissen wird im folgenden die Entstehung der amerikanischen Erziehungspolitik untersucht und ihre Umsetzung in der westdeutschen Gesellschaft nach 1945 an ausgewählten Beispielen illustriert.

---

## II.

---

Die Wurzeln der amerikanischen Erziehungspolitik sind im wesentlichen von dem Selbstverständnis der amerikanischen Demokratie und den daraus resultierenden Hoffnungen auf einen dauerhaften Frieden nach dem Weltkrieg abgeleitet. Namentlich die von Roosevelt vertretenen vier Freiheiten – das Selbstbestimmungsrecht der Völker; freier Zugang zum Welthandel und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit; das Schaffen von Verhältnissen, in denen Menschen frei von Furcht und Not leben können; die Freiheit der Meere sowie Gewaltfreiheit und Abrüstung nach

11 Vgl. Klaus-Dietmar Henke, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1995.

der Etablierung eines umfassenden, dauerhaften Sicherheitssystems – stellen bereits die Eckpunkte dar, die in der Atlantik-Charta und der „Declaration by United Nations“ 1941 ihren institutionellen Rahmen fanden und das Kernstück der UNO-Charta von 1945 bildeten. Die liberal-demokratischen Intentionen und der universelle, von Selbstbewußtsein und Sendungsbewußtsein getragene Führungsanspruch ist zu Recht auf die prägnante Formel von „Machtstreben und Vision“ reduziert worden<sup>12</sup>.

Spätestens seit der deutschen Kriegserklärung an die USA vom 11. Dezember 1941 stand Präsident Roosevelts demokratisch-freiheitlicher Gesellschaftsentwurf mit einem christlich-humanistisch fundierten Menschenbild und einer privatkapitalistisch orientierten Wirtschaftsordnung der menschheitsfeindlichen, rassistisch-totalitären Willkürdoktrin des Nationalsozialismus unversöhnlich gegenüber. Das am 24. 1. 1943, dem letzten Tag der Konferenz von Casablanca, verkündete Kriegsziel der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands ist konsequenter Ausdruck der Grundüberzeugung Roosevelts, keine Wiederholung der Geschichte zuzulassen. Den Deutschen sollte klar vor Augen geführt werden, daß sie den Krieg angefangen und verloren hatten<sup>13</sup>.

### Die Gründung der UNESCO

Die UNESCO hatte zwar nur mittelbare Bedeutung für die Praxis der späteren Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands; ihre Relevanz für die Erziehungsreform entwickelte sich jedoch rapide in dem Maße, wie die Bundesrepublik in internationale Strukturen eingebunden wurde. Daneben macht die Vorgeschichte der UNESCO einen wichtigen Meilenstein für die internationalen Kulturbeziehungen der USA kenntlich, die durch die Konferenz der alliierten Erziehungsminister (CAME) beeinflusst waren. Seit Oktober 1942 tagte die Konferenz unter dem Vorsitz von R. A. Butler (*British Board of Education*) in London und versammelte Vertreter von Exilregierungen aus Polen, den Niederlanden, Belgien, Norwegen, Griechenland, Jugoslawien und der Tschechoslowakei. Im Sommer 1943 drängte die Konferenz auf konkrete Pläne für die Nachkriegszeit. Die britische Seite wollte jedoch

12 Vgl. Deflef Junker, Kampf um die Weltmacht. Die USA und das Dritte Reich 1933–1945, Düsseldorf 1988; ders., Von der Weltmacht zur Supermacht. Amerikanische Außenpolitik im 20. Jahrhundert, Mannheim 1995.

13 Vgl. Robin Edmonds, Die Großen Drei. Churchill, Roosevelt und Stalin in Frieden und Krieg, Berlin 1992.

keine Entscheidung treffen, ohne die USA, China und die Sowjetunion zu konsultieren<sup>14</sup>.

Parallel zur britischen Entwicklung tagten in West-Virginia vom 14. bis 17. September 1943 auf der Harpers Ferry Konferenz Vertreter 30 amerikanischer Interessenvertretungen aus Bildung und Erziehung und weitere Repräsentanten aus 29 Nationen. Nach der Devise „uneducated people are unable to meet their obligations of citizenship in a democratic society“<sup>15</sup> setzte sich die Konferenz unter dem Vorsitz von Grayson Kefauver, Dekan des College for Education an der Universität Stanford, für die baldige Einrichtung einer internationalen Erziehungsorganisation ein. Das State Department gewährte schnell, daß seine Abteilung für kulturelle Beziehungen auf externe Kompetenzen und Expertisen nicht verzichten konnte. Bis zum Ende des Jahres 1943 gelang es, eine Reihe prominenter Persönlichkeiten entweder in Beratungsgremien einzubinden oder sich ihre Sachkenntnis auf andere Weise zu sichern. Zu ihnen gehörten unter anderem der Professor für vergleichende Erziehungswissenschaft, Walter Kotschnig; der Präsident der Harvard Universität, James B. Conant; der Direktor des Institute of International Education, Stephen Duggan; der Direktor des American Council of Learned Societies, Waldo G. Leland; der Direktor der Library of Congress, Archibald MacLeish; der Commissioner of Education, John W. Studebaker; der Präsident der Cornell Universität, Edmund Day, und der Präsident des American Council on Education, George F. Zook.

In London hatten die alliierten Erziehungsminister ihre Besorgnis über die geistig-materiellen Folgen der NS-Besatzung zum Ausdruck gebracht und im Hinblick auf die Vernichtung intellektuellen Lebens, die Verschleppung kultureller Güter, das Verschwinden traditioneller Werte und die Entfremdung zwischen Familie und Jugend ein konstruktives Programm gefordert. Dieser Forderung wollte das State Department ab Anfang 1944 nachkommen. Im Frühjahr 1944 sandte das US-Außenministerium eine Delegation unter der Leitung des späteren Senators J. William Fulbright nach Lon-

don, um die Realisierungschancen der amerikanischen Intentionen zu sondieren. Außenminister Cordell Hull hatte der Kommission den Auftrag erteilt, den in der Nachkriegszeit auf dem europäischen Kontinent zu erwartenden Zerstörungen und der damit verbundenen ökonomischen Instabilität und politischen Unsicherheit, die auch Auswirkungen auf die USA haben würden, ein internationales Hilfsprogramm entgegenzustellen<sup>16</sup>. Im einzelnen sahen die beabsichtigten Maßnahmen vor, Programme für Lehr- und Unterrichtsmaterialien, wissenschaftliche Geräte, Ausstattung und Schulbauten zu entwickeln, Pädagogen für die im Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Länder in den USA auszubilden, den ungehinderten Austausch von Wissen und chancengleiche Zu- und Übergänge im Bildungssystem zu sichern, Bibliotheken auf- und auszubauen sowie für die Rückgabe geraubten Kulturgutes zu sorgen.

Die amerikanische Delegation ließ in London G. Kefauver und R. Turner vom State Department zunächst nur als ständige Beobachter zurück, weil der sowjetische Beobachter Kuravaev um diesen Schritt gebeten hatte<sup>17</sup>. Außerdem machte die sowjetische Position aus ihrer Abneigung gegen den britischen Alleingang, die CAME überhaupt ins Leben gerufen zu haben, keinen Hehl. Zwar räumte die sowjetische Seite ein, auf der Basis rein technischen Informationsaustauschs bei einer künftigen Kulturorganisation mitzuarbeiten; jedoch lehnte sie eine Agentur ab, die mit nationalen Curricula in Schulen befaßt sein könnte. Zwei weitere Schwierigkeiten waren aus amerikanischer Sicht noch zu überwinden, ehe die UNESCO offiziell gegründet werden sollte: Zum einen existierte nach der Befreiung 1944 in Paris das 1939/40 gegründete International Institute of Intellectual Cooperation wieder, das die französische Interessenvertretung um Henri Bonnet zur künftigen UN-Organisation ausgebaut sehen wollte<sup>18</sup>. Der Plan stieß auf konsequente Ablehnung, weil die extrem auf intellektuelle Themen zugeschnittene Elitenpolitik den amerikanischen Intentionen entgegenstand. Die Franzosen sollten dagegen ihr

16 Vgl. ebd., The Secretary of State to J. William Fulbright, Archibald MacLeish, John W. Studebaker, C. Mildred Thompson, Grayson N. Kefauver, Ralph E. Turner, March 29, 1944: US Delegates to Conference of Allied Ministers of Education; Department of State, March 31, 1944, Statement of Policy on the Participation of United States in Emergency Educational and Cultural Rebuilding of War Torn United Nations.

17 Vgl. ebd., Conference of Allied Ministers of Education, March 27, 1944: Russian Attitude; Summary of References to a Future International Organisation in the Educational Field, October 5, 1943.

18 Vgl. ebd., Telegram from Stettinius to Kefauver, Embassy, London, April 3, 1945.

14 Vgl. Walter H. C. Laves/Charles A. Thomson, UNESCO. Purpose-Progress-Prospect, Indiana University Press 1957; R. E. Turner/H. W. French, Conference of Allied Ministers of Education, Washington D. C. 1944; National Archives Washington D. C. (im folgenden NA), RG 59/250/46/22/01 (Notter File) Box 17, International Education and Intellectual Cooperation Plans Developing in England, July 1943.

15 Ebd., Education for World Security. Proposals of the International Education Assembly. Harpers Ferry Conference, Sept. 14–17, 1943.

Institut auflösen und dafür den Sitz der UN-Organisation in Paris erhalten. Mit dem späteren englischen Generaldirektor Julian Huxley wurde ebenfalls deutlich, daß kein Franzose in Frage kam. Die andere Schwierigkeit, die Organisation erst nach der Gründung der UNO im Sommer 1945 in San Francisco zu etablieren, konnte vergleichsweise einfach gelöst werden. Der amerikanische Vertreter in London, W. Kotschnig, erreichte mit Hilfe von Sir Alfred Zimmern aus dem britischen Erziehungsministerium, daß zwar im November 1945 Statuten und Verfassung verabschiedet wurden, die eigentlich konstituierende Sitzung der UNESCO aber nicht vor 1946 zustande kam<sup>19</sup>.

### Erziehungsdirektiven für Deutschland

Schon seit dem September 1943 existierten im State Department Überlegungen, auf die deutsche Erziehung nach dem Kriege einzuwirken<sup>20</sup>. Danach sollten im Interesse einer fundamentalen Veränderung der deutschen Einstellungen zu Krieg und Chauvinismus demokratische Prinzipien gefördert werden<sup>21</sup>. Im April 1944 hatte sich bereits das Kriegsministerium an das State Department gewandt, um Erziehungsdirektiven für Deutschland zu erhalten. Der eigentliche Anstoß erfolgte jedoch erst mit dem Eingreifen des Assistant Secretary für kulturelle Fragen im Außenministerium, Archibald MacLeish. Auf sein Betreiben entschloß sich im März 1945 das amerikanische Außenministerium, die Frage der deutschen Erziehung einem speziellen Beratungsgremium anzuvertrauen, das am 12./13. Mai 1945 seine Arbeit aufnahm. Teilnehmer waren Eduard C. Lindemann von der New York School of Social Work, Columbia University, Martin McGuire von der Catholic University of America, Reinhold Niebuhr vom Union Theological Seminary, New York, und John Milton Potter, Präsident des Hobart College, Geneva, sowie Vertreter des Außen- und Kriegsministeriums und des *Office of War Information*. In einer Folgesitzung am 28./29. Mai 1945 wurde der Beirat noch durch Edmund E. Day, Präsident der Cornell University; Frank Graham, Präsident der University of North Carolina, und George Shuster, Präsident des Hunter College,

erweitert und die Richtlinien zur deutschen Erziehung verabschiedet<sup>22</sup>. Kurz darauf wurde die empfohlene Direktive mit Staatssekretär John J. McCloy und General Hilldring vom Kriegsministerium diskutiert und informell akzeptiert.

Die Auslöschung des Nationalsozialismus und Militarismus definierte den Charakter der Besatzungszeit. Den Deutschen sollte deutlich vor Augen geführt werden, daß sie den Krieg verloren hatten und für die Verbrechen des Nationalsozialismus verantwortlich waren. Der ökonomischen Reorganisation kam die Funktion zu, das Überleben der Deutschen und ihre aktive Beteiligung am Wiederaufbau sicherzustellen. Die prinzipielle Transformation der Sozialstruktur lag in der Notwendigkeit begründet, den demokratischen Wandel zu ermöglichen. Langfristiges Ziel war die Mit- und Selbstbestimmung in einer pluralistisch verfaßten Demokratie, die den Frieden sichere. Das Komitee betonte auch die Notwendigkeit der Maxime alliierter Eintracht und betrachtete einen möglichen Dissens als große Gefahr, weil er die Deutschen erneut in ideologische Kontroversen stürze<sup>23</sup>.

Die Direktive sah vor, Deutschland wieder in die Gemeinschaft friedliebender, kooperativer, Recht und Gesetz achtender Nationen einzugliedern. Die universell gültigen Prinzipien von Würde, Gerechtigkeit und Freiheit, der Gleichheit vor dem Gesetz, die Einhaltung moralischer Normen und die Verantwortung gegenüber dem Staat wurden betont. Weitere Prinzipien wie Meinungsfreiheit und Toleranz als Voraussetzung sozialen Friedens machten den Einfluß der Menschenrechtskonvention und der Charta der Vereinten Nationen kenntlich. Demzufolge könnten die Deutschen wählen, entweder von fremden Nationen gegängelt zu werden oder die universell gültigen Normen der Menschheit wieder zur Geltung zu bringen. Die Verantwortung dafür sollte sobald wie möglich in deutsche Hände gelegt werden, wobei die folgenden Leitlinien zu beachten waren: Neue Programme auf demokratischer Grundlage sollten gefördert, vertrauenswürdige Deutsche einbezo-

19 Vgl. ebd., Walter Kotschnig to Charles A. Thomson, Department of State, December 15, 1945.  
20 Vgl. Howard W. Johnston, *United States Public Affairs Activities in Germany, 1945–1955*, phil. Diss., Columbia University 1956.  
21 Vgl. NA, RG 59/862.42/1–1545, *Germany: Pre- and Post-Surrender Policy with Respect to Schools*, originally prepared and reviewed by the Inter-Divisional Committee on Germany, revised and reviewed by the Committee on Post War Programs, May 12, 31, June 1, 1944.

22 Vgl. NA, RG 59/862.42/3–2745, 5–1445, 6–245, *Office Memorandum US Government to Mr. MacLeish*, March 27, 1945; *Advisory Committee on German Education*; *Meeting Re-Education of Germany*, May 14, 1945, Appendix A: *Views of Civil Affairs Division*, War Department, Appendix B: *Views of SHAEF*, Appendix C: *Statement of Long-Range-Policy*, draft by Anderson, Bowles, Fuller, *Statement of Long-Range-Policy*, revisions approved by Committee; *Advisory Committee on German Re-Education*, June 2, 1945.  
23 Vgl. NA, RG 59/862.42/7-445: A. MacLeish to The Secretary, July 4, 1945: *Long Range Policy for the German Reeducation*.

gen, ermutigt und unterstützt werden, so daß sich die Erziehungsreformen auf primär lokaler Basis entfalten könnten. In einem zweiten Schritt sollten internationale Kulturbeziehungen wiederhergestellt werden. Obwohl das *Long-Range Policy Statement for German Re-Education* (SWNCC 296/5) im November 1945 von Außenminister Byrnes genehmigt und an den politischen Berater von General Clay, Robert Murphy, nach Deutschland geschickt worden war, erlangte es erst am 21. August 1946 Geltung<sup>24</sup>.

Um nicht, wie bei der Besetzung Süd-Italiens, den Fehler zu begehen, die amerikanischen Erziehungsoffiziere ohne Anweisungen vorgehen zu lassen, mußten im Zuge der militärischen Besetzung Deutschlands klare Regelungen für erste Maßnahmen verfügbar sein. Seit dem Frühjahr 1943 hielten sich im englischen Shrivenham Offiziere des Planungsstabes im alliierten Hauptquartier (G-5, SHAEF) auf, die an den amerikanischen Schulen für zivile Angelegenheiten in Charlotteville und Camp Custer auf ihren Einsatz vorbereitet worden waren<sup>25</sup>. Die für das deutsche Erziehungswesen zuständige Arbeitsgruppe stand unter der Leitung des britischen Lt. Col. G. R. Gayre und seines amerikanischen Stellvertreters Capt. John W. Taylor. Da aus Washington keine Anweisungen eintrafen, begannen Taylor und der als Beobachter an die CAME delegierte G. Kefauver unter dem Dach der *European Advisory Commission* eigene Direktiven zu verfassen, die an die Wiederherstellung von Weimarer Traditionen anknüpften. Trotz Militärregierung sollte deutschen Reichsverwaltungen freier Gestaltungsspielraum zukommen und emigriertes Lehrpersonal nur dann eingesetzt werden, wenn deutsche Stellen dies ausdrücklich wünschten. Hierbei fiel auch die Entscheidung, Weimarer Lehrbücher für den Unterricht an Schulen nachzudrucken.

Als schließlich die Planungsgruppe die Entwürfe nach Washington zur Genehmigung einreichte, zogen sie Präsident Roosevelts Kritik auf sich, da die schärfere Gangart der amerikanischen Deutschlandpolitik nicht einkalkuliert worden

war. Als Konsequenz mußte das Handbuch im Winter 1944/45 auf der Grundlage der Dezentralisierung Deutschlands und weit weniger komfortabler Aussichten umgeschrieben werden. Bereits im August 1944 hatten sich die zuvor gemeinsamen britischen und amerikanischen Arbeitsgruppen voneinander getrennt, um bei den Sowjets keine Isolationsängste aufkommen zu lassen. Im Januar 1945 schritten die inzwischen nach Versailles umgezogenen Planungsgruppen zur endgültigen Fassung der Direktiven, die für Erziehungsfragen die Briten Don Riddy, Col. Percival und die Amerikaner Taylor, Geyer und Knappen verfaßten<sup>26</sup>. In Druck ging dieser Teil des Handbuchs *Germany Prior to Defeat or Surrender als SHAEF Technical Manual for Education and Religious Affairs*. Damit zeichneten sich die ersten Maßnahmen ab: Auflösung aller NS-Organisationen und zentraler Reichsverwaltungen, die Schließung von Bildungsinstitutionen und deren Wiedereröffnung nach gründlicher Entnazifizierung.

### Die Einbeziehung der Kirchen

In das Spektrum der amerikanischen Erziehungspolitik sind noch die Kirchen einzubeziehen, obwohl mit ihnen kein wirklicher Neubeginn zu bewerkstelligen war. Die Kirchen hoben schlichtweg auf die Fortsetzung bewährter Traditionsstränge ab und stellten sich damit außerhalb der Politikpole Restauration und Neubeginn. Auch können die Erziehungskonzepte der Kirchen nicht in die Nähe der amerikanischen Demokratisierungsziele gerückt werden. Dieser Sachverhalt warf in der einschlägigen Literatur die Frage auf, warum dann die amerikanischen Besatzungsoffiziere in der Zeit der Militärregierung so nachhaltig auf die Kirchen setzten<sup>27</sup>.

Ende 1944 hatte der in Genf ansässige Weltkirchenrat dem State Department eine ausführliche Analyse zur Situation der protestantischen Kirche in Deutschland zukommen lassen. Danach täusche der allgemeine Eindruck, die Verfolgungen in

24 Vgl. NA, RG 59/250/46/31/7, Anderson to Benton, Nov. 26, 1945: Long Range Policy Statement.

25 Vgl. Marshall Knappen, *And Call it Peace*, Chicago 1947; Lothar Kettenacker, *The Planning of „Re-Education“ during the Second World War*, in: Nicholas Pronay/Keith Wilson (Eds.), *The Political Reeducation of Germany after World War II*, London 1985; ders., *Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandplanung der britischen Regierung während des Zweiten Weltkriegs*, Göttingen – Zürich 1989; NA, RG 59/250/50/1/7, *Records of Historical Studies: Historical Report Education and Religious Affairs*. Winter 1941 – Spring 1946.

26 Vgl. *Historical Report Education* (Anm. 25); M. Knappen (Anm. 25).

27 Vgl. Arnold Sywottek, *Tabuisierung und Anpassung in Ost und West. Bemerkungen zur deutschen Geschichte nach 1945*, in: Thomas Koebner u. a. (Hrsg.), *Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit 1939–1949*, Opladen 1987, S. 229–259; Clemens Vollnhals, *Evangelische Kirche und Entnazifizierung 1945–1949. Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit*, München 1989; ders., *Die evangelische Kirche zwischen Traditionswahrung und Neuorientierung*, in: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.), *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*, München 1989, S. 113–168.



Deutschland hätten zu einer geschwächten Stellung der Kirche geführt<sup>28</sup>. Obwohl die Kirche aus dem nationalsozialistisch kontrollierten öffentlichen Leben weitgehend verbannt bleibe, die Zahl der Pfarrer, Theologen und Theologiestudenten in keiner Weise mehr der gesellschaftlichen Bedeutung der Kirche entspreche, christliche Literatur im Handel nicht mehr zugänglich sei und große Teile der Bevölkerung dem christlichen Denken fern stünden, hätten diese Prüfungen die Position der Kirche im Gegenteil gestärkt. Neue Energien seien geweckt und die innere Dynamik reorganisiert und verbessert worden. Es sei davon auszugehen, daß nach dem Kriege klare Antworten auf Sinnfragen gegeben werden müßten und der starke Wunsch bestehe, das nihilistische Vakuum mit geistiger Substanz aufzufüllen. Von den Kirchen sei eine Kraft gesellschaftlicher Integration zu erwarten, die den absehbaren Kollaps des NS-Systems auffangen könnte. Aus dieser Betrachtung folgerte der Weltkirchenrat die außerordentlich bedeutsame Funktion der Kirche in der Nachkriegszeit und empfahl, sie an allen wesentlichen gesellschaftlichen Entscheidungen zu beteiligen: „When it comes to finding the men who can and should accept political responsibility for the political re-orientation of the country, no other institution will be better placed to propose reliable men of character than the Church.“<sup>29</sup>

Diese Hinwendung zu den Kirchen endete zunächst auf der Krimkonferenz im Februar 1945, obwohl diese Politik niemals offiziell verlautbart wurde. Im Hintergrund rangierte der von Goebbels verkündete „totale Krieg“, der den Widerstandsgeist bis zum bitteren Ende wecken sollte. Um der deutschen Bevölkerung jede Begeisterung für einen sinnlosen Endkampf zu nehmen und zugleich deutsche Hoffnungen auf die Zukunft zu wecken, hatten die Amerikaner und Briten jedoch eine Gegenstrategie verabredet. So waren ihre Gesandten beim Heiligen Stuhl angewiesen, in den diplomatischen Kreisen des Vatikans vertraulich und inoffiziell die Information zu streuen, daß sich die Kirchen im Nachkriegsdeutschland frei entfalten könnten und eine wichtige Rolle bei der Beseitigung des zu erwartenden Chaos und der Erziehung spielen würden<sup>30</sup>.

28 Vgl. NA, RG 226/E 115, B 14, The Place of the German Church in Post-War Reconstruction, Geneva, September 1944;

29 Ebd.

30 Vgl. NA, RG 59/862.404/2-1445, Instructions sent by the Secretary of State for Foreign Affairs to the British Minister to the Holy See after discussion between the United Kingdom and the United States Delegation at Argonaut; Department of State, Division of European Affairs, February 14, 1945:

---

### III.

---

#### Die Umerziehung von Kriegsgefangenen

Eine der ersten Maßnahmen zur demokratischen Erziehung Deutscher wurde noch auf dem amerikanischen Kontinent durchgeführt. Nahezu 380 000 deutsche Kriegsgefangene, die von 1943 bis 1946 auf etwa 200 Camps in den gesamten USA verteilt waren, bildeten den Rahmen. Mit dem amerikanischen Zwangsaufenthalt korrespondierte ein bis Mitte 1945 geheim gehaltenes Erziehungsprogramm, das auf seinem Höhepunkt ab dem Herbst 1945 23 000 deutsche Kriegsgefangene einbezog, die in einwöchigen Schnellkursen zu Demokraten geformt werden sollten<sup>31</sup>. Unter der Aufsicht des Chefs der Militärpolizei wurde eine besondere Abteilung mit der Aufgabe betraut, die Deutschen der NS-Ideologie zu entwöhnen. Neben einem zweimonatigen Pilotprojekt für die späteren Demokratiekurse waren die praktischen Maßnahmen ferner auf die Zeitung „Der Ruf“, die in den Lagern aufgebauten Büchereien und auf das den Kriegsgefangenen angebotene Film- und Literaturprogramm gerichtet.

Das Programm enthält zahlreiche Inkonsistenzen, die zu einer zwiespältigen Einschätzung führen. Bereits der Lageralltag läßt staunen, welche Freiheiten den Kriegsgefangenen eingeräumt wurden und in welchem Umfang sich ein Mikrokosmos des totalitären NS-Staates reproduzieren konnte. Trotz weitgehender Autonomie der Lagerzeitung „Der Ruf“ gelang es den deutschen Herausgebern nicht, dem Bedürfnis des einfachen Soldaten nach Information und Unterhaltung zu entsprechen. Statt dessen symbolisierten die verschiedenen Kontroversen das Dilemma, einerseits mit dem Feind zu kooperieren und gleichzeitig den deutschen Landsleuten loyal zu erscheinen. Schwierigkeiten tauchten ebenfalls beim Hauptteil des Programms, den Demokratieseminaren, auf. Obwohl die nach strengen Kriterien ausgewählten Teilnehmer das amerikanische Gesellschaftssystem als Modell und politische Alternative für Deutschland kennenlernen sollten, wies die Evaluation keine grundlegenden Einstellungsänderungen nach.

Memo John Hickerson to Mr. Riddleburger; Memo John Hickerson to Mr. Dunn. Es ist anzunehmen, daß die sowjetische Delegation von diesen Gesprächen zumindest gewußt hat.

31 Vgl. Ron Robin, The Barbed-Wire College. Reeducating German POWs in the United States During World War II, Princeton 1995; Arnold Krammer, Nazi Prisoners of War in America, Chelsea, MI 1991.

Inwieweit das Bildungsprogramm auf die Kriegsgefangenen ausstrahlte, müßten ihre Biographien in Deutschland erweisen. Die erzieherische Mission implizierte unverkennbar, amerikafreundliche Einstellungen zu wecken. Ob die am Lehrprogramm beteiligten Kriegsgefangenen zum Aufbau eines positiven Amerikabildes beitragen, war zumindest in den ersten Jahren der Besatzungszeit nicht festzustellen. Nachdem das Programm im Juli 1946 auslief, waren zwar vereinzelte Versuche zu beobachten, etwaige Ergebnisse durch Folgestudien zu dokumentieren. Die Untersuchungen lagen jedoch in den Jahren unmittelbar nach der Gefangenschaft und konnten wenig mehr zutage fördern, als daß die früheren Kriegsgefangenen den generellen katastrophalen sozialen und ökonomischen Bedingungen ebenso Tribut zollen mußten wie ihre Landsleute<sup>32</sup>. Zumindest kam mit der „Gruppe 47“ eine Entwicklung sichtbar zur Entfaltung: ein Kreis von Schriftstellern, der für die Entwicklung des intellektuellen Lebens der Nachkriegsjahre und für das kulturelle und geistige Klima der frühen Bundesrepublik erhebliche Bedeutung erlangte<sup>33</sup>.

### Schulpolitik und Erziehungsreform

Nach der Auflösung der Adolf-Hitler-Schulen, der Nationalpolitischen Erziehungsanstalten (Napolas) und der NS-Ordensburgen sowie dem Verbot von Hitler-Jugend und BDM begann am 1. Oktober 1945 der reguläre Unterricht an den Volksschulen, wenig später der an den höheren Schulen in den Ländern der amerikanischen Besatzungszone. Die erste Entnazifizierung des Lehrpersonals schlug mit bis zu 60 Prozent Entlassungen zu Buche, die durch provisorische Schnellkurse notdürftig und später in zunehmendem Maße durch Flüchtlinge und Vertriebene aus den ehemaligen Ostgebieten und der SBZ ausgeglichen werden konnten. Nach dem Potsdamer Abkommen trafen sich seit August 1945 im Alliierten Kontrollrat die Vertreter der Erziehungsabteilung der Militärregierungen als Arbeitsausschuß des *Internal Affairs & Communication Directorate* in Berlin. Die Ver-

treter der westlichen Siegermächte, Riddy (England), Taylor (USA) und Col. G. H. Bousquet (Frankreich), hatten hier den ersten Kontakt mit dem sowjetischen Vertreter, P. V. Solotuchin, dessen Position zu entnehmen war, daß gemeinsame Verabredungen nur dann Bestand haben würden, wenn sie auf der Ebene der Zonenbefehlshaber einstimmig beschlossen worden waren<sup>34</sup>. Die daraus resultierende zonenspezifische Politik der folgenden Jahre trug überwiegend dem Ost-West-Gegensatz Rechnung.

Die Rekonstruktion des Schulwesens in der US-Zone folgte den einschlägigen Anweisungen<sup>35</sup>. Neben der raschen Wiedereröffnung und strengen Entnazifizierung der Schulen sollte dem Prinzip der indirekten Gewaltausübung zufolge den lokalen Instanzen und Länderverwaltungen Entscheidungsbefugnis übertragen werden. Mit der weiteren Maßgabe, die Reorganisation auf die Grundlage vorhandener intellektueller und geistiger Ressourcen zu stellen und die Errichtung von Bekenntnisschulen nicht zu behindern, war die Entscheidung für einen traditionellen Schulaufbau im Grunde unabwendbar. Auf der Basis des schon in der Weimarer Republik geschlossenen Schulkompromisses kamen mit der weltlichen, der Bekenntnisschule und der Gemeinschafts- oder Simultanschule drei verschiedene Schultypen in den Ländern der US-Zone zum Vorschein, die in regional unterschiedlichem Maße allen weitergehenden Reformansprüchen trotzten. Zwar stellte die Militärregierung in den ersten Monaten der Besatzungszeit wegen des eklatanten Mangels an funktionsfähigen Schulgebäuden bevorzugt auf den Typus Gemeinschaftsschule mit getrenntem Religionsunterricht ab, in der Folgezeit kehrte sich diese Entwicklung insbesondere im katholischen Milieu Bayerns aber völlig um<sup>36</sup>.

Die bescheidene personelle Ausstattung und untergeordnete Wertigkeit der Erziehungsabteilung innerhalb der Hierarchie der Militärregierung leistete ein übriges, die vorhandene Ordnung eher abzusichern. Die zeitweise heftige Kontroverse um veränderte Schulstrukturen des in der Nachfolge Taylors zum Leiter der Erziehungsabteilung bestellten Richard T. Alexander mit dem bayerischen Kultusminister Aloys Hundhammer schädigten mehr dem Ansehen der Militärregierung, als

32 Vgl. Konferenz mit früheren Kriegsgefangenen, in: Die Neue Zeitung vom 8. und 11. März 1946. Andere Evaluationen verdeutlichen die Frustration über die sozialen Verhältnisse und die Ignoranz der Militärregierung. Vgl. OM-GUS Information Control Division, Former Special Prisoners of War, Berlin, June 26, 1947, zitiert nach A. Krammer (Anm. 31), S. 226.

33 Vgl. Volker Christian Wehdeking, „Der Nullpunkt“. Über die Konstituierung der deutschen Nachkriegsliteratur (1945–48) in den amerikanischen Kriegsgefangenenlagern, Stuttgart 1971; Reinhard Lettau (Hrsg.), Die Gruppe 47. Bericht, Kritik, Polemik. Ein Handbuch, Neuwied, Berlin 1967; Hans Werner Richter, Die Geschlagenen, München 1978.

34 Vgl. Saul K. Padover, The Failure of the Reeducation of Germany, in: The Dilemma of Postwar Germany. Compiled by Julia E. Johnsen, New York 1948, S. 180–192.

35 Vgl. Military Government Regulations (MGR) 8-101/102/216/320/330 vom 26./27. Mai 1946.

36 Vgl. Franz L. Neumann, Reeducating the Germans, in: The Dilemma (Anm. 34), S. 211–225.

daß sie nennenswerte Resultate erzielte. Seine frühzeitige Demission 1948 war deutlicher Ausdruck einer defizitären Interpretation entsprechender Anweisungen. Trotz vorliegender Empfehlungen der „Zook-Kommission“ und der Direktive 54 des Alliierten Kontrollrats für eine umfassende Erziehungsreform bilanzierte die Militärregierung auf ihrer Berchtesgadener Tagung im Herbst 1948, daß jede Reform im Schulwesen von den Deutschen selber ausgehen müsse. Wichtiger als eine veränderte Schulstruktur sei, was von wem und wie unterrichtet würde: die Grundlegung einer demokratischen Erziehungsphilosophie<sup>37</sup>.

### Jugendpädagogische Konzepte

Obwohl das Beharrungsvermögen einer konservativen, oft gegen den Nationalsozialismus eingestellten intellektuellen Gerontokratie den amerikanischen Experten mitunter Rätsel aufgab<sup>38</sup>, entwickelten die zuständigen Stellen in der Militärregierung Programme, die selbst für den begrenzten Zeitraum der Besatzung optimistische Perspektiven begründeten. Seit Oktober 1945 konnten Jugendausschüsse auf Kreis- und später auf Länderebene lizenziert werden. Bis zum Ende der Besatzungszeit sollten etwa 25 Prozent aller 10- bis 25jährigen Leistungen erhalten, die als Freizeit- oder Bildungsangebote Nutzen versprochen<sup>39</sup>. Obwohl sich die geistig-moralische und materiell-existentielle Umbruchsituation für Jugendliche kompliziert gestaltete, waren doch die Zerstörung des Vergangenen und der angemahnte Neubeginn eine günstige Situation, um reformpädagogisches Gedankengut der Weimarer Republik neu zu beleben. Schon das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (RJWG) von 1922 hatte den Erziehungsanspruch des Einzelnen festgeschrieben, die Praxis der Notverordnungen und die gesellschaftliche Krisensituation der Weimarer Republik verurteilten hingegen jeden Versuch der gleichzeitig geschaffenen Jugendämter zum Scheitern, über eine öffentliche Jugendarbeit auch nur nachzudenken. Die Arbeit des Jugendamtes reduzierte sich weitgehend auf die Fürsorgeerziehung, auf die

Beschäftigung mit devianten bzw. latent kriminellen Jugendlichen und gelangte unter dem Druck des NS-Systems in das Fahrwasser der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV), die ausschließlich das Recht und die Pflicht der Volksgemeinschaft zur Erhaltung und Förderung des gesunden Nachwuchses vertreten hatte<sup>40</sup>. Nach 1945 setzte das Jugendamt mit den prinzipiell gleichen Leitvorstellungen einer verwaltungsmäßig organisierten Sozialarbeit und unveränderten beruflichen Standards zufällig an und war deshalb aus amerikanischer Sicht für ein neu zu schaffendes Verständnis von Erziehung entbehrlich.

Neben dem Anspruch auf öffentliche Erziehungshilfen legte die amerikanische Militärregierung einen Schwerpunkt auf die Professionalisierung der eng mit Sozialarbeit verzahnten Jugendarbeit. Die in Jugendleiterschulen institutionalisierte Ausbildung sollte für die flächendeckende Verbreitung öffentlicher Erziehung beträchtliche Wirkung erzielen. Mit der nach neuesten Erkenntnissen aus den Sozialwissenschaften professionalisierten Sozialpädagogik konnten die zuvor politisierten oder von Gruppeninteressen überlagerten Ansätze der traditionellen Jugendverbände überwunden werden, auch wenn die Jugendorganisationen sich alles andere als erfreut über diese Entwicklung zeigten. Auf der anderen Seite hatte das von L. E. Norrie beaufsichtigte amerikanische Jugendprogramm erfolgreich demonstriert, daß der Anspruch auf öffentliche Erziehung unverzichtbarer Bestandteil einer modernen demokratischen Gesellschaft ist. Das in zunehmendem Maße gewachsene öffentliche Verständnis für die Notwendigkeit einer breit angelegten und staatlich unterstützten Erziehung war erkennbar von den amerikanischen Initiativen beeinflusst und bewirkte im Verlauf der bundesdeutschen Geschichte, daß sich die Jugend- und Sozialarbeit in einem vorher nicht gekannten Ausmaß quantitativ und qualitativ entfaltete.

### Internationaler Austausch

Bereits im Prozeß der vorbereitenden Politikformulierung hatte das amerikanische Außenministerium konstatiert, daß die internationale Isolation Deutschlands während der NS-Zeit einen kulturellen Austausch erfordere, um die Deutschen wieder in die Gemeinschaft der friedliebenden Völker zu integrieren. Die wegweisenden Richtlinien der

37 Vgl. Alonzo G. Grace, Education, in: Edward H. Litchfield and Associates, *Governing Postwar Germany, Part IV: Functions of Government*, Port Washington – New York – London 1972, S. 439–468.

38 Vgl. George Shuster, In Amerika und Deutschland, Frankfurt/M. 1965.

39 Vgl. Karl-Heinz Füssl, Die Umerziehung der Deutschen. Jugend und Schule unter den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs 1945–1955, Paderborn 1995; ders., Erziehung im Umbruch. Die Erziehungspolitik und das Jugendprogramm der USA in der deutschen Nachkriegsgeschichte, in: *Zeitschrift für Pädagogik*, 41 (1995), S. 225–246.

40 Vgl. Hans-Uwe Otto/Heinz Sünker, Nationalsozialismus, Volksgemeinschaftsideologie und soziale Arbeit, in: dies. (Hrsg.), *Soziale Arbeit und Faschismus*, Frankfurt/M. 1989, S. 7–35.

USA für den kulturellen Austausch mit Deutschland waren bereits seit Mitte 1946 in Kraft getreten<sup>41</sup>, das Ende der Besatzungszeit zeigte die ganze Bedeutung des Austauschprogramms. Auf seinem Höhepunkt in den fünfziger Jahren erreichte das Austauschprogramm mit Deutschland schließlich eine Dimension, die es zum größten je zuvor mit einem anderen Land durchgeführten Programm der USA werden ließ. Bei der 1956 gezogenen Bilanz blickten die USA auf über 10 000 Deutsche zurück, die in Zeiträumen von einem Monat bis zu einem Jahr die USA besucht hatten, wobei ein deutlicher Schwerpunkt des Programms im Bereich der sozialen und Gemeinwesenarbeit gesetzt worden war<sup>42</sup>.

Unter der Militärregierung war das Austauschprogramm organisatorisch der inzwischen zur Division avancierten Erziehungsabteilung anvertraut und erhielt zunehmende Eigenständigkeit. In Washington betreute das Programm die *Area Division for Occupied Area*, die später von Henry J. Kellermann geleitet wurde. Seit dem Herbst 1948 kam ein ständiger Beratungsausschuß unter dem Dach des *American Council on Education* hinzu, dessen Tätigkeit von der Rockefeller-Stiftung mitfinanziert wurde. Dieses *Commission on the Occupied Areas* (COA) genannte Gremium hatte die Aufgabe, das Programm zu begleiten und zu koordinieren. Den Vorsitz übernahm Hermann B. Wells, der frühere Kulturberater von General Clay. Seit dem Herbst 1949 war im amerikanischen Außenministerium James W. Riddelberger zuständig, in Deutschland das *Office of Public Affairs* unter Ralph Nicholson, später Shepard Stone.

Noch zu Zeiten der Militärregierung wollte das amerikanische Austauschprogramm über die Vermittlung politisch-demokratischer Wertvorstellungen und Kenntnis institutioneller Zusammenhänge Einstellungsänderungen herbeiführen, die im Endeffekt eine breit angelegte Gesellschaftsreform nach sich ziehen sollten. Der Terminus „Neuorientierung“ verwies auf die indirekten Methoden erzieherischer Einflußnahme, auf Fähigkeiten wie Partizipation, die Übernahme von Verantwortung und die Erziehung zu Toleranz, die in beson-

derem Maße von jüngeren Zielgruppen erworben werden sollten.

Nachdem Anfang 1948 in den USA die gesetzlichen Grundlagen für ein weltweit angelegtes Kulturprogramm geschaffen waren, konnte das Austauschprogramm mit Deutschland zur vollen Entfaltung gebracht werden. Für die deutschen Teilnehmer galten zunächst die Kriterien fachlicher Qualifikation, der ausgereiften Persönlichkeit und Anpassungsbereitschaft, sodann Englischkenntnisse, eine unbelastete Vergangenheit sowie erhoffte Wirkungsmöglichkeiten nach der Rückkehr aus den USA. Im Vordergrund stand die Erwägung, inwieweit der Austausch Kandidat nach seiner Rückkehr als potentieller Multiplikator die in Amerika gemachten Erfahrungen auch anwenden und verbreiten würde. Von der amerikanischen Hohen Kommission 1952 durchgeführte Meinungsbefragungen bilanzierten den beeindruckenden Erfolg des Austauschprogramms<sup>43</sup>. Andere Untersuchungen dagegen berichten von zurückgekehrten Teilnehmern, die ihre Auslandserfahrungen in Deutschland umsetzen wollten, für ihr spezialisiertes Fachwissen aber keinen Markt fanden<sup>44</sup>.

### Internationale Beiträge zur Erziehungsreform

J. W. Taylor, der erste Leiter der Erziehungsabteilung bei der amerikanischen Militärregierung, diente seit 1951/52 als stellvertretender und danach als amtierender Generaldirektor der UNESCO, in der die Bundesrepublik ab 1951 Mitglied war. *Frieden durch Verständigung* lautete die Maxime, unter der die UNESCO schon seit dem Winter 1947/48 die deutsch-französische Versöhnung mit einer Kommission zur Revision der Lehrbücher und der Reform des Unterrichts im Fach Geschichte förderte<sup>45</sup>. Intensiver gediehen die Beziehungen zur Bundesrepublik, als die UNESCO ab 1950 einen Beitrag zur Gründung von drei Institutionen leistete, die für die wissenschaftliche Erforschung der gesellschaftlichen Grundlagen einer Erziehungsreform Bedeutung erlangten. Das sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut in Köln konzentrierte seine Arbeit ab Juli

41 Vgl. SWNCC (State War Navy Coordination Committee) 296/5 vom August 1946.

42 Vgl. Henry J. Kellermann, *Cultural Relations as an Instrument of U. S. Foreign Policy. The Educational Exchange Program Between the United States and Germany 1945-1954*, Washington D. C. 1978; Sharon Lee Mueller-Norton, *The U. S. Department of State International Visitor Program: A Conceptual Framework for Evaluation*, phil. Diss., *Fletcher School of Law and Diplomacy, East Lansing 1977*.

43 Vgl. Office of the High Commissioner for Germany, Office of Public Affairs, Reactions Analysis Staff: *West German Receptivity and Reactions to the Exchange of Persons Program*, Report No. 151, August 25, 1952.

44 Vgl. J. Watson/R. Lippitt, *Cross-Cultural Learning. A Study Among a Group of German Leaders*, in: *Institute of International Education, News Bulletin*, (XXX), June 1955, S. 2-6, 19.

45 Vgl. zum folgenden W. H. C. Laves/Ch. A. Thomson (Anm. 14).

1951 auf die außergewöhnlichen ökonomischen, politischen und sozialen Belastungen der Nachkriegszeit. Das Deutsche Jugendinstitut in Gauting bei München sollte seit Januar 1952 einen Beitrag dazu leisten, die Jugend zur Übernahme von Verantwortung und im internationalen Geist zu erziehen. Dem Hamburger UNESCO-Institut für Pädagogik fiel von März 1952 an die Aufgabe zu, nationalistische und chauvinistische Tendenzen in den Lehrplänen der Schulen zu überprüfen und mit Vorschlägen zur Revision bestehender Curricula auch die bildungspolitische Reformdiskussion anzuregen. Die internationale Dimension des Instituts wurde bei zahlreichen Gelegenheiten transparent. So führte das Hamburger Institut auf Vorschlag Maria Montessoris eine viel beachtete internationale Konferenz zur Erziehung in der frühen Kindheit durch. Spätere Unternehmungen zielten auf die Einrichtung des schulpсихologischen Dienstes oder die Reform der Lehrerbildung.

---

#### IV.

---

Die im Frühjahr 1944 getroffene Entscheidung des amerikanischen State Department, die internationalen Beziehungen nach dem Kriege auch auf die Grundlage aktiver Kulturpolitik zu stellen, konnte im Interesse einer dauerhaften Friedenssicherung über kurz oder lang die deutsche Beteiligung gar nicht ausschließen. Folgerichtig waren die jeweiligen Maßnahmen in Deutschland nach der Auslöschung des Nazismus auf die systematische Einbindung in internationale Konstellationen und Strukturen gerichtet und abgestuft, um die angebahnte Demokratisierung zu konsolidieren. Die den Deutschen gewährten Unterstützungen boten zwar ein einzigartiges Spektrum an Hilfsangeboten, die kulturelle Mission der USA blieb jedoch keineswegs auf Deutschland beschränkt. Wenn die USA in Deutschland auf eine grundlegende Demokratisierung durch eine Erziehungsreform setzten, kommt zugleich das optimistische Sendungsbewußtsein der amerikanischen Demokratie zum Vorschein, ein universell gültiges Modell zu repräsentieren. In diesem Modell ist die Erziehung zentral, weil ihr die Funktion zukommt, Moral, Charakter und politische Einstellungen zu verändern<sup>46</sup>.

46 Vgl. Henry Steel Commager, *Living Ideas in America*, New York 1951.

Das Verhältnis von kulturellem Sendungsbewußtsein, Politik und Wissenschaft deutet darüber hinaus auf die spezifischen Folgen, die das amerikanische Verständnis von Sozialwissenschaften für den geistigen, sozialen und institutionellen Wandel in der Bundesrepublik Deutschland hatte. Unverkennbar bedienten sich die USA der Sozialwissenschaften als Medium für eine säkulare Mission, um das emanzipatorische Ziel einer Selbstaufklärung des Menschen zu verfolgen und den sozialen Fortschritt zu steuern. Wenn im Ergebnis für die Bundesrepublik Deutschland eine beispiellose Expansion der Sozialwissenschaften seit 1945 zu verbuchen ist, kam damit auch die Verheißung Amerikas zur Geltung, eine wissenschaftliche Weltgesellschaft zu gründen, die gesellschaftliche Reformen rational zugänglich macht und sie zugleich wissenschaftlich fundiert<sup>47</sup>.

Bereits seit dem militärischen Debakel von Stalingrad hatten sich große Teile der deutschen Bevölkerung vom Nationalsozialismus abgewandt. Die massenhaften Vertreibungen und Flüchtlingswellen zum Ende des Dritten Reichs trugen unübersehbar zum raschen Wandel sozialer Milieus bei<sup>48</sup>. Sogar die amerikanische Besetzung bewirkte, daß nicht wie in Ostdeutschland unüberwindbare Barrieren und Traumata errichtet wurden, sondern im Gegenteil die deutsche Bereitschaft anstieg, amerikanische Normen und Werte zu tolerieren<sup>49</sup>. Dennoch bot die deutsche Gesellschaft der Nachkriegszeit keinen idealen Nährboden für Reformen. Trotz der enttäuschten Abwendung von der nationalsozialistischen Ideologie war die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung noch weitgehend von autoritären Vorstellungen durchdrungen. 65 Prozent der 1947 in der amerikanischen Besatzungszone Befragten stimmten der körperlichen Züchtigung an den Schulen als Mittel pädagogischer Intervention bedingungslos zu<sup>50</sup>. Gerade die von Deutschen in eigener Verantwortung wieder aufgebauten Institutionen wie das allgemeinbildende Schulwesen widersetzten sich allen Ansprüchen auf eine Erziehungsreform am nachhaltigsten. Ergiebiger waren denn auch amerikanische Initiativen, wenn sie im institutionellen Neuland agierten – die wiederbelebte Jugendpäd-

47 Vgl. Bernhard Plé, *Wissenschaft und säkulare Mission: „Amerikanische Sozialwissenschaft“ im politischen Sendungsbewußtsein der USA und im geistigen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1990.

48 Vgl. Hans Woller, *Germany in Transition from Stalingrad (1943) to Currency Reform (1948)*, in: M. Ermarth (Anm. 2), S. 22–34.

49 Vgl. K.-D. Henke (Anm. 11).

50 Vgl. *German Attitudes Toward Corporal Punishment*, ICD Opinion Surveys, Report No. 66, 27 Sept. 1947.

agogik und Sozialarbeit, ihre Professionalisierung und die Verwissenschaftlichung der sie fundierenden Fachdisziplinen sind geeignete Belege hierfür. Ansonsten galt besonders nach der Etablierung der Kirche als Erziehungsmacht die Regel, daß innovative, demokratische Fermente sich in der Auseinandersetzung mit traditionsorientierten, konservativen und autoritär fixierten Einstellungen

behaupten mußten. Eine gewiß zermürende Aufgabe, die – wie der letzte Leiter der Erziehungsabteilung bei der amerikanischen Militärregierung, Alonzo G. Grace, vorausschauend einschätzte – viele Jahre dauern würde, bis das ganze Ausmaß des amerikanischen Einflusses zu überblicken sei<sup>51</sup>.

---

51 Vgl. A. G. Grace (Anm. 37).

Kurt Jürgensen

## Die britische Besatzungspolitik 1945–1949

### Zur Frage nach einer Konzeption in der britischen Deutschlandpolitik

In diesem Beitrag geht es um die Frage, ob es eine zielgerichtete britische Besatzungspolitik gegeben hat und ob dieser Politik Vorstellungen zugrunde gelegen haben, wie nach der Liquidation des NS-Staates ein neues Deutschland aussehen und seinen Platz in Europa finden könne.

In dem Sammelband „Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik“ ist Hermann Graml in seinem Beitrag der Frage nach den Zielvorstellungen der Alliierten in Deutschland nachgegangen<sup>1</sup>. Dabei kommt er für die Zeit vor der Potsdamer Konferenz und auch für die Zeit danach auf die griffige Formel von der „konzeptionslosen Entschlossenheit“, die Kennzeichen der alliierten Politik gewesen sei. Also hat es kein Konzept gegeben? Und was heißt in diesem Zusammenhang Entschlossenheit?

Die Entschlossenheit zeigt sich zumindest in der Intention, die der „Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands“ vom 5. Juni 1945 zugrunde lag. Damals erklärten die vier Militärgouverneure und Oberbefehlshaber ihrer Streitkräfte in Deutschland – General Eisenhower, Marschall Shukov, Feldmarschall Montgomery und General de Lattre Tassigny –, daß sie als Vertreter ihrer Regierungen in Washington, Moskau, London und Paris „die oberste Regierungsgewalt“ in Deutschland übernehmen würden, und dies „einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden“<sup>2</sup>.

Damit wurde in der Tat Entschlossenheit demonstriert, die – wie es englisch heißt – *supreme authority* in Deutschland auszuüben. So wie es das Drei- und später Viermächtegremium in London, die *European Advisory Commission*, während des Krieges überlegt hatte und wie es auf der Konferenz der „großen Drei“ (Roosevelt, Stalin,

Churchill) im Februar 1945 in Jalta zum Beschluß erhoben worden war, geschah es nun: Mit der Einrichtung der erst drei, dann vier Besatzungszonen und mit der Festlegung des Kontrollverfahrens in Deutschland (Alliiertes Kontrollrat, Militärregierungen in den Besatzungszonen) war das Instrumentarium für ein „entschlossenes“ Regiment gegeben<sup>3</sup>. Doch wurde es ohne Konzept gehandhabt?

Die Frage ist zu bejahen, soweit es sich um das gemeinsame Konzept der Alliierten handelt. Auch das, was in Potsdam beschlossen worden war, war kaum mehr als ein rudimentärer Ansatz für ein gemeinsames Konzept<sup>4</sup>. Zum einen stellte die Zulassung politischer Parteien in der SBZ im Juni/Juli 1945 – beginnend mit der KPD am 11. Juni 1945 – einen Vorgriff auf das dar, was erst die Potsdamer Konferenz zu beschließen hatte. Zum anderen gab es in Potsdam den nie in die Tat umgesetzten Beschluß, „zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen“ einzurichten, an deren Spitze „Staatssekretäre“ stehen sollten.

Daß ein gemeinsames alliiertes Konzept fehlte, hat in erster Linie mit dem Unvermögen der Siegermächte zu tun, sich auf gemeinsame Leitlinien zu verständigen. Doch dieses Unvermögen war in den einander diametral entgegenstehenden Denk- und Zielvorstellungen der östlichen Siegermacht einerseits und der westlichen Siegermächte andererseits angelegt. Der „Kalte Krieg“ begann im Grunde genommen schon zu dem Zeitpunkt, da der gemeinsame Gegner besiegt war und nachfolgend die sowjetische Herrschaft über Ostmitteleuropa errichtet wurde. Nach heutigem Forschungsstand kann durchaus davon ausgegangen werden, daß die Briten – für sich allein betrachtet – eine konzeptionelle Deutschlandpolitik vertreten haben<sup>5</sup>.

3 Vgl. ebd., S. 10–11; ferner Hans Günter Kowalski, Zur alliierten Deutschlandplanung 1943–1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, (1971), S. 261–293.

4 Vgl. Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin (2. August 1945), in: Amtsblatt des Kontrollrats (Anm. 2), S. 13–20.

5 Das Symposium, das im Sommer 1991 im Deutschen Historischen Institut in London – auch zur Vorstellung des inzwischen abgeschlossenen Projekts zur Erschließung der Ak-

1 Vgl. Hermann Graml, Die Alliierten in Deutschland, in: Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945–1949. Beiträge von Mitarbeitern des Instituts für Zeitgeschichte, München 1976, S. 25–52.

2 Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1 (1945), S. 7–9, hier S. 7.

## Die „Regeneration of Germany“ als Ziel der britischen Politik

Als im Herbst 1943 mit der Moskauer Außenministerkonferenz und der nachfolgenden Konferenz der „Großen Drei“ – also Stalin, Roosevelt und Churchill – in Teheran neben den vorrangigen militärischen Planungen auch die politischen Aspekte einer künftigen Friedensordnung in das Blickfeld rückten, begann das britische *Foreign Office* sich intensiv mit der Frage zu befassen, wie Deutschlands Stellung in einer solchen Ordnung aussehen könne. John Troutbeck wurde als neu berufener Deutschland-Berater des Außenministeriums mit der Ausarbeitung eines Memorandums befaßt, das Denkvorstellungen des *War Cabinet* wie auch des *Foreign Office* aufzunehmen hatte. Das im Dezember 1943 fertiggestellte Memorandum trägt den bezeichnenden Titel *Regeneration of Germany*<sup>6</sup>.

Diese „Regenerierung“ sollte später die Wiederaufnahme eines demokratischen Deutschland in die europäische Gemeinschaft ermöglichen. Diese Zielvorstellung war und blieb während der ganzen Besatzungszeit unstrittig. Man rechnete in britischen Regierungskreisen damit, Deutschland für etwa zehn Jahre besetzt zu halten. Diese Zeitspanne würde ihren Sinn verfehlt haben, wenn es danach zu wesentlichen Änderungen in der Struktur und inneren Ausrichtung des Landes käme. Kurz gesagt: Deutschland sollte nach dem Vorbild westlicher Demokratien ein denselben Werten und dabei vor allem auch den Menschenrechten verpflichtetes Land in Europa werden; es sollte ein im Herzen Europas dem Frieden verpflichtetes Land werden<sup>7</sup>.

ten der Control Commission for Germany (British Element) (CCG[BE]) im britischen Staatsarchiv, dem Public Record Office (Kew) – stattgefunden hat, bestätigt m. E. die hier getroffene Aussage. Vgl. die im Anschluß an das Symposium erschienene Veröffentlichung; Adolf M. Birke/Eva A. Mayring (Hrsg.), *Britische Besatzung in Deutschland. Aktenerschließung und Forschungsfelder*, London 1992, mit Beiträgen von: Noel Annan, Wolfgang Hölscher, Peter Hüttenberger, Angela Kaiser-Lahme, Lothar Kettenacker, Eva A. Mayring, Ulrich Reusch, Rainer Schulze und Wolfram Werner.

6 Vgl. Public Record Office (PRO), Akte: FO 371/39093.

7 Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang die im Mai 1942 im House of Lords geführte Debatte, in: *Parliamentary Debates* (1942), Sp. 1150–1190. Hier führte u. a. Lord Nathan aus: „I believe indeed that that is the task to which we must set ourselves – to make Germans real Europeans, make them co-operators in the building up of the new society.“ Ähnlich äußerte sich der Earl of Mansfield: „Individual Germans should be treated with every consideration so that they may

Diese Zielvorstellung ließ offen, welcher Weg zu ihrer Realisierung zu beschreiten war. Eine wichtige Vorgabe machte im Auftrage der britischen Regierung Troutbecks Mitarbeiter O'Neill als Verfasser eines *Memorandum on the Re-education of Germany*. Im Februar 1944 lag das Dokument fertig vor und ging in die britische Deutschlandpolitik ein<sup>8</sup>. Nach dem Kriegsende zeigte sich recht bald, daß der Begriff „Umerziehung“ nicht hilfreich war, um mit den Deutschen umzugehen und sie zur Mitverantwortung für ihr Gemeinwesen anzuhalten. Zugegeben: Der englische Begriff ist weniger „hart“ als das entsprechende deutsche Wort, und am Anfang der Besatzung störte man sich auch nicht an der deutschen Reaktion. Man trat mit dem Anspruch auf, die Maßnahmen „zur Förderung der Demokratie in Deutschland“ nach britischem Vorbild ergreifen zu können. Im Februar 1946 wurde in deutscher Sprache die folgende Richtlinie verbreitet, die den bezeichnenden Satz enthält: „Unsere Demokratie, die widerstandsfähigste der Welt, ist das Produkt unseres Landes. Auf britischem Boden gedeiht sie am besten; aber wir exportieren sie, und wenn sie sorgfältig gehegt und gepflegt wird, so wächst und gedeiht sie in allerlei Ländern.“<sup>9</sup>

Man kann die Änderung der deutschen Gemeindeordnung gemäß der britischen Verordnung Nr. 21 (Inkrafttreten am 1. April 1946) als ein solches Eingreifen von außen in die tradierten Formen deutscher kommunaler Selbstverwaltung begreifen<sup>10</sup>. Aber es gibt kaum weitere Beispiele – schon gar nicht eines solcher Wichtigkeit wie die Gemeindeordnung –, um gezielte Eingriffe nach britischem Vorbild in das überlieferte deutsche Verfassungsrecht der Zeit vor 1933 nachzuweisen.

Diese Zurückhaltung – entgegen der zitierten britischen Richtlinie – hatte ihren Grund: nämlich die wachsende Erkenntnis, daß nur das Bestand hat,

be re-educated – or rather educated, I do not think the ‚re‘ is required – to take his part as a European citizen.“

8 Vgl. Public Record Office (Anm. 6); ferner Lothar Kettenacker, *Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandplanung der britischen Regierung während des Zweiten Weltkriegs*, Göttingen 1989.

9 Richtlinien der Militärregierung für die Verwaltung, die örtliche und die Gebietsregierung sowie für den öffentlichen Dienst. Teil I: Demokratisierung und Dezentralisierung der örtlichen und Gebietsregierung, 1. Februar 1946<sup>2</sup>, Veröffentlichung der Printing & Distribution Unit, CCG(BE); hier die Einleitung: *Die Förderung der Demokratie in Deutschland*, S. 7–8.

10 Vgl. Wolfgang Rudzio, *Die Neuordnung des Kommunalwesens in der britischen Zone. Zur Demokratisierung und Dezentralisierung der politischen Struktur – eine britische Reform und ihr Ausgang*, Stuttgart 1968.



was von den Deutschen aus eigener Überzeugung angenommen wird. Schließlich waren in den Augen der meisten Briten – von den *Vansittarts* abgesehen<sup>11</sup> – die Deutschen ein hochrangiges Kulturvolk. Auschwitz, Bergen-Belsen und Buchenwald hatten – bei allem Erschrecken über soviel Grausamkeit und Unmenschlichkeit – nicht verdrängt, wofür in der deutschen Geistesgeschichte symbolhaft Weimar steht. Mußte man also wirklich „Demokratie exportieren“, wenn doch die inneren Voraussetzungen für eine liberale und sittlich verankerte Werteordnung in Deutschland selbst durchaus gegeben waren? Daß dies der Fall war, hat einer der klügsten Verantwortlichen in der britischen Besatzungspolitik seinen eigenen Landsleuten – und vor allem denen, die in politischer Verantwortung standen – klarzumachen versucht, nämlich Robert Birley, damals *Headmaster of Charterhouse* und Jahre später (ab Herbst 1949) *Headmaster of Eton College*<sup>12</sup>.

### Robert Birley als Inspirator der Ziele und Wege der britischen Besatzungspolitik

Robert Birley war ein kritischer Beobachter der britischen Politik. Er veröffentlichte am 8. Mai 1945 einen Leserbrief an den Herausgeber der *Times* unter der Überschrift „Re-educating Germany“. An dem Tage, da in Großbritannien der *Victory-in-Europe-Day (VE-Day)* begangen wurde, machte Birley seinen Lesern und Leserinnen klar: Die eigentliche Aufgabe läge noch vor den Briten, nämlich dabei zu helfen, das deutsche Problem zu lösen. Zu dieser Zeit war Birley noch ein Anhänger der *Re-education*. Aber es war ihm wichtig, die Ziele der Umerziehungspolitik aus der liberalen Bewegung in der deutschen Geschichte abzuleiten. Das Jubiläumsjahr 1948 mit dem Rückblick auf die deutsche Revolution 1848 stand damals bevor<sup>13</sup>. Birley kannte die deutsche Geschichte. Die deutsche Gegenwart erlebte er im Spätherbst 1946, als er im Auftrage der britischen Regierung die britische Zone bereiste<sup>14</sup>. Er gewann Einsichten, die bei der Übernahme des

Amtes eines „Erziehungsberaters“ für den Militärgouverneur der britischen Zone im April 1947 von großem Wert waren. Nunmehr war Robert Birley für den gesamten Bereich des Erziehungswesens in der britischen Zone, für die dortige *educational reconstruction*, verantwortlich.

Am 3. Dezember 1947 erstattete Birley britischen Zuhörern Bericht über seine bisherige Arbeit in Deutschland<sup>15</sup>. Er stellte der britischen Richtlinie vom 1. Februar 1946 seine Auffassung entgegen: „Es macht keinen Sinn anzunehmen, daß sich britische Einrichtungen auf deutschen Boden verpflanzen lassen. Nötig ist die wechselseitige geistige Anregung.“<sup>16</sup> Hierzu gehöre britischerseits die Kenntnis der deutschen Geschichte, und umgekehrt sollte es auch deutscherseits ein Bemühen darum geben, britische Traditionen zu verstehen. Dieses Bemühen könne darin gipfeln, daß deutsche Besucher und vor allem die Erzieher der kommenden Generationen in England etwas erleben, was Birley als *a living democratic tradition* umschrieb. Dies könne ein Ansporn sein, eine lebendige und menschliche Demokratie in Deutschland aus den geschichtlichen Voraussetzungen dieses Landes aufzubauen. So könnten die Deutschen auch zu einem gesunden patriotischen Empfinden zurückfinden.

Birley setzte mit seinen Worten auf den *stimulus of mind on mind*; das war sein Schlüsselbegriff<sup>17</sup>. Er kam um so mehr zur Geltung, als Birley die Deutschen – zumindest im Grundsatz, ganz gewiß nicht alle – als gleichwertige Gesprächspartner anerkannte. Er begegnete ihnen mit großem Respekt, wenn sie aus dem Widerstand kamen und nun das große Aufbauwerk in Deutschland in Angriff nahmen – wie Adolf Grimme, Christine Teusch, Kurt Schumacher und viele andere.

Birley wußte auch um die geistige Krisis, in die in der Zeit zwischen den Weltkriegen nicht nur Deutschland, sondern auch andere Länder geraten waren<sup>18</sup>. Der Nihilismus sei eine geistige Erscheinung, die die faschistischen Kräfte in Europa begünstigt habe. Und dennoch war es für Birley ein Zeichen besonderer politischer Unreife, daß

11 Das sind die Anhänger von Lord Vansittart, der u. a. mit seinen Rundfunksendungen im Kriege (veröffentlicht unter dem Titel: *Black Record. Germany's Past and Present*. London 1941) eine grundsätzliche Verurteilung der Deutschen vornahm.

12 Zu Birley siehe die gute Biographie mit dem allerdings irreführenden Titel: Arthur Hearnden, *Red Robert*, London 1984.

13 Ein gutes Zeugnis für die Wirksamkeit der Ereignisse von 1848 in der Zeit nach 1945 ist das Buch von Theodor Heuss, *1848 – Werk und Erbe*, München 1948.

14 Vgl. Robert Birley, *Memorandum on Education in the British Zone in Germany and in the British Sector of Berlin*, 20th December 1946, in: PRO, Akte: FO 371/64386.

15 Vgl. *The Burge Memorial Lecture: The German Problem and the Responsibility of Britain*, by Robert Birley, London, December 1947.

16 Ebd., S. 28.

17 Ebd.

18 Vgl. ebd., S. 10: „It is important to realise that much that is wrong in Germany is part of what is wrong with our civilisation as a whole . . . It will bring a much needed realism in Germany if speakers from other countries, and England in particular, when visiting Germany would speak of the crisis of our civilisation as one affecting other nations also.“

der Nationalsozialismus in Deutschland im Bildungsbürgertum und unter vielen Universitätsangehörigen Zustimmung gefunden hatte, obwohl doch für jeden klardenkenden Menschen die nationalsozialistische Ideologie als ein Konglomerat teils unsinniger, teils verbrecherischer Denkvorstellungen zu erkennen gewesen sei. Birley sah darin den Ausdruck politischer Unreife, die zur Trennung von Politik und Moral und zu einem Mangel an politischer Mitverantwortung für das Gemeinwesen geführt habe<sup>19</sup>. Die Schriften von Max Weber und Alfred Weber gaben Birley die Erkenntnis, daß das Bismarck-Reich, und zwar insbesondere in seiner wilhelminischen Ausprägung, dem Volk die Mitverantwortung für seine Regierung genommen habe, was dann die politische Unreife begünstigt hätte.

Die Jahre, die Robert Birley mit seinen Mitarbeitern (es wären viele Namen zu nennen<sup>20</sup>) in der britischen Zone verbracht hat, sind von nicht zu unterschätzender Bedeutung für den inneren, geistigen Wiederaufbau in Deutschland. Nur so konnte auch der materielle Wiederaufbau gelingen; und nur so ließen sich Verfassungsformen finden, die das deutsche Staatsleben auf eine neue Grundlage gestellt haben.

---

### Britische Zuständigkeiten für die „kurzfristig“ und „langfristig“ angelegte Besatzungspolitik

---

Noch einmal: Es hat eine überlegte und in ihren Teilbereichen koordinierte britische Besatzungspolitik gegeben. Die Verantwortung für die Grundlinien dieser Politik lag seit Herbst 1945 beim *Control Office*, das im April 1947 als *German Section* in das *Foreign Office* integriert wurde.

19 Vgl. ebd., S. 8 und S. 16: „Even if we make allowances for all the disasters through which Germany passed in the years before the Nazis obtained power, there is no escape from the fact that she accepted and then willingly supported a government that anyone could have known to be evil.“ ... „The Germans may have been politically immature, but here we see more than immaturity. There was an easy feeling that politics could be kept separate from ordinary morality.“

20 Zu nennen sind u. a. die Teilnehmer/innen an einer Konferenz, die im Januar 1975 unter der Leitung von Sir Robert Birley in Oxford stattfand, soweit sie zu seinem Mitarbeiterkreis in der britischen Zone gehörten und sich an dem Oxforder Erfahrungsaustausch beteiligten: Geoffrey Bird, Edith Davies, Trevor Davies, Kathleen Southwell Davis, A. W. J. Edwards, George Murray, Ken Walsh. Ihre Beiträge (reflektierte Erinnerungen) sind veröffentlicht in: Arthur Hearnden (Hrsg.), *The British in Germany. Educational Reconstruction after 1945*, London 1978.

Somit hatte zu der Zeit, da die deutsche Frage wieder auf der internationalen Tagesordnung stand – und das war 1947 der Fall –, der britische Außenminister Ernest Bevin alle Fäden in der Hand. Die Staatsminister für Deutschland, nämlich erst John Hynd und dann Lord Pakenham, waren mehr oder weniger das Bindeglied zwischen den Londoner Regierungsbehörden und den Organen der britischen Kontrollkommission mit ihrem *Advanced Headquarters* in Berlin und ihrem *Main Headquarters* und den *Zonal Executive Offices* im westfälischen Raum der britischen Zone<sup>21</sup>.

Wie läßt sich nun die britische Besatzungspolitik in ihren Phasen und Sachaspekten untergliedern? Aus dem Aktenbefund im britischen Public Record Office<sup>22</sup> ergibt sich eine gewisse zeitliche Zweiteilung, der bestimmte Sachaspekte zugeordnet werden können. Dies zeigt sich in der folgenden Übersicht, die Grundlage für die weiteren Ausführungen ist:

#### 1. Die sogenannte *Short Term Policy*

- a) Maßnahmen zur Versorgung der Bevölkerung;
- b) Maßnahmen zur Ausschaltung und ggf. Bestrafung von Personen, die als Funktionsträger der NS-Herrschaft für diese Herrschaft in besonderem Maße verantwortlich waren;
- c) Maßnahmen zur Ausschaltung eines Kriegspotentials durch Demontage und Zerstörung kriegswichtiger Anlagen.

#### 2. Die sogenannte *Long Term Policy*

- a) Maßnahmen zur geistigen Neuorientierung, verkürzt: der Bereich der *Re-education*;
- b) Maßnahmen im Hinblick auf verantwortliche Verwaltungsformen in Gemeinden und Kreisen und im Hinblick auf eine neu zu

21 Über die Institutionen in der britischen Zone und ihre Funktionen unterrichten sehr gut die Beiträge in der Zeitschrift der CCG(BE): *British Zone Review*, September 1945 – September 1949, herausgegeben für die Briten in der britischen Zone. Betr. London siehe: Ulrich Reusch, *Die Londoner Institutionen der britischen Deutschland-Politik 1943–1948. Eine behördengeschichtliche Untersuchung*, in: *Historisches Jahrbuch*, 100 (1980), S. 318–443.

22 Vgl. Aktenübersicht im Anhang B bei A. M. Birke/E. A. Mayring (Anm. 5), S. 177–181. Siehe hierzu die Aktenerschließung: *Akten der britischen Militärregierung in Deutschland. Sachinventar 1945–1955. Control Commission for Germany/British Element. Inventory 1945–1955*. Hrsg. von/edited by Adolf M. Birke, Hans Booms, Otto Merker unter Mitwirkung von/in cooperation with Deutsches Historisches Institut London/Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, München 1993, Bde. 1–11.

schaffende Länderordnung mit demokratischer Regierungsform, verkürzt: Durchsetzung von *Responsible Government*;

- c) Maßnahmen zur Lösung der deutschen Frage im Zusammengehen mit anderen Besatzungsmächten nach demokratischen und bundesstaatlichen Prinzipien; verkürzt: Herbeiführung einer *Federation of Germany*.

Die *Short Term Policy* und die *Long Term Policy* sind nicht unbedingt in einer zeitlichen Aufeinanderfolge zu verstehen, sondern sie überlappen sich teilweise.

## Die „Short Term Policy“

Kurzfristig waren Maßnahmen erforderlich, die der elementaren Versorgung der notleidenden Menschen dienten. Dabei ging es insonderheit um die Flüchtlinge und ab Winter 1945/46 – gemäß der Aktion *Swallow* – um die aus ihrer Heimat östlich der Oder-Neiße ausgewiesenen Menschen<sup>23</sup>. Ihnen war ein Obdach zu geben; vielfach geschah das durch Einweisung in Notunterkünfte, die nicht selten menschenunwürdig waren. Mehr noch lebten Flüchtlinge und Vertriebene in beschlagnahmtem Wohnraum zur Untermiete bei Einheimischen. Es galt, den Kampf gegen den Hunger zu führen, wozu auch die Wiederherstellung von zerstörten Transportwegen gehörte<sup>24</sup>.

Des weiteren ging es um Hunderttausende von Soldaten, die in sogenannten *Concentration Areas* auf ihre Demobilisierung warteten, was dann auch gemäß der Aktion *Clobber* im Herbst 1945 anlief<sup>25</sup>. Die Maßnahmen zur Zerstörung von tatsächlich oder angeblich kriegswichtigen Anlagen (dazu zählten in den Hafentädten auch Teile der Kaianlagen!) und die Maßnahmen der Demontage zogen sich – gemäß den Demontage-Listen des

Alliierten Kontrollrates – bis in die Anfänge der Bundesrepublik hin<sup>26</sup>.

Zu den Sofortmaßnahmen der *Short Term Policy* gehörte auch die Handhabung der Entnazifizierung. Besonders NS-belastete Personen wurden gemäß den in London festgelegten *automatic arrest categories* inhaftiert. Tausende kamen in die *Civil Internment Camps* und sahen dort ihrem Entnazifizierungsverfahren entgegen<sup>27</sup>.

Besonders streng war die Entnazifizierung in den Bereichen Rechtspflege und Lehre/Erziehung. Hier wurde sofort der sogenannte „Stillstand“ verfügt. Die Überprüfung des Personals lag in britischer Verantwortung, folgte den Bewertungs- und Einteilungskriterien des Alliierten Kontrollrats und ging erst mit der britischen Verordnung Nr. 110 vom 1. Oktober 1947 in deutsche Verantwortung über<sup>28</sup>. Der „Stillstand“ endete im Herbst 1945, als – „von unten“ mit den Amtsgerichten und Volksschulen anfangend – schließlich auch die Oberlandesgerichte und die Universitäten wieder ihre Arbeit aufnehmen konnten<sup>29</sup>. Dabei war der Direktor der *Education Branch*, D. C. Riddy, uner-

26 Zur Demontage siehe (mit exemplarischer Bedeutung): Helmut Grieser, Reichsbesitz, Entmilitarisierung und Friedensindustrie in Kiel nach dem Zweiten Weltkrieg, Sonderveröffentlichung der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Kiel 1979; Alan Kramer, Die britische Demontagepolitik am Beispiel Hamburgs 1945–1950, Veröffentlichungsreihe des Vereins für Hamburgische Geschichte. Beiträge zur Geschichte Hamburgs, Hamburg 1991.

27 Zur Entnazifizierung (für die britische Zone ein Forschungsdesiderat) siehe als das m.E. bisher beste vorliegende, dokumentarisch angelegte Werk: Irmgard Lange, Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen. Richtlinien, Anweisungen, Organisation, Siegburg 1976.

28 Vgl. – auch als bindende Grundlage für die britische Kontrollkommission – die Direktive Nr. 38 des Alliierten Kontrollrats: „Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen“ mit der Festlegung der fünf Kategorien: 1. Hauptschuldige, 2. Belastete, 3. Minderbelastete, 4. Mitläufer, 5. Entlastete, in: Amtsblatt des Kontrollrats Nr. 11 (Ausgabe vom 31. Oktober 1946), S. 184–212. Übernahme der Einteilungskategorien durch die britische Besatzungsmacht in der Verordnung Nr. 79 und Beibehaltung auch nach der Übertragung der Entnazifizierung auf die deutschen Landtage und Landesregierungen in der Verordnung Nr. 110. Vgl. Amtsblatt der Militärregierung für Deutschland, Britisches Kontrollgebiet, Ausgaben Nr. 16, S. 422–426, und Nr. 21, S. 608–613.

29 Ein Beispiel im Bereich des Rechtswesens: Kurt Jürgen- sen, Vom Stillstand der Rechtspflege bis zu ihrer Wiederaufnahme durch das Oberlandesgericht in Kiel am 26. November 1945, in: Schleswig-Holsteinische Anzeigen, Schleswig/Glückstadt, Ausgabe Nov. 1995, S. 277–286. Ein Beispiel im Hochschulbereich: ders., Die Wiedereröffnung der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel am 27. November 1945, in: Christiana Albertina. Halbjahresschrift der Universität Kiel, Heft 33/Oktober 1991, S. 545–567.

23 Hierzu ein bewegendes Zeugnis in Wort und Bild (zur Hauptsache für Schleswig-Holstein, das einen besonders hohen Prozentsatz an Flüchtlingen und Vertriebenen aufgenommen hat): Uwe Carstens, Leben im Flüchtlingslager. Ein Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte, Husum 1994.

24 Vgl. Gabriele Stüber, Der Kampf gegen den Hunger 1945–1950. Die Ernährungslage in der britischen Zone Deutschlands, insbesondere in Schleswig-Holstein und Hamburg (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 6), Neumünster 1984.

25 Vgl. Holger Piecing, Als die Waffen schwiegen. Die Internierung der Wehrmachtsoldaten zwischen Nord- und Ostsee 1945/46, Heide 1995.

müde darum besorgt, daß die Schulkinder die Schule auch besuchen konnten. Schulgebäude waren zerstört oder dienten vielfach als Flüchtlingslager, Schuhzeug fehlte. Riddy half dabei, daß die Kinder einen geregelten Schulalltag hatten und daß ihnen – zumindest in größeren Städten, und dies meist mit internationaler Hilfe – eine tägliche warme Schulmahlzeit zukam. War das nicht auch, so fragte Riddy, für die Deutschen eine Bestätigung dafür, daß man sich für die Zukunft Deutschlands verantwortlich fühle? Kinder seien doch die Zukunft<sup>30</sup>!

Die Verwaltungsbehörden in Gemeinden, Kreisen, Provinzen und Ländern kannten einen „Stillstand“ ihrer Tätigkeit nicht. Spitzenpositionen (u. a. Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräte, Oberbürgermeister) wurden in der Regel schon im Mai 1945 ausgewechselt, in unteren Bereichen nach und nach, je nach NS-Belastung, aber sehr viel „schonender“, um die Verwaltung effektiv zu halten und um die Versorgung der Bevölkerung – meist an der Grenze des Existenzminimums – sicherzustellen. Man scheute sich britischerseits auch nicht, die Ernährungsverwaltung des ehemaligen „Reichsnährstandes“ unter britischer Verantwortung als *Regional Food Office* fortbestehen zu lassen<sup>31</sup>.

---

### Die „Long Term Policy“: „Re-education“

---

Die gesellschaftspolitische Erneuerung in Deutschland war Sache der *Long Term Policy*. Diese langfristig angelegte Politik hatte den Aufbau eines neuen demokratischen Gemeinwesens zum Ziel. Hiervon ist anhand der englischen Leitbegriffe zu reden.

Wir haben es bei der „Umerziehung“ mit dem vielleicht wichtigsten Leitbegriff der britischen Deutschlandpolitik zu tun, und dies hat durchaus

30 Vgl. Rolf Lutzebäck, Die Bildungspolitik der Britischen Militärregierung im Spannungsfeld zwischen ‚education‘ und ‚re-education‘ in ihrer Besatzungszone, insbesondere in Schleswig-Holstein und Hamburg in den Jahren 1945–47, 2 Teile, Frankfurt/M. 1991. In dieser Veröffentlichung, der eine umfangreiche Dissertation der Phil. Fakultät der Universität Kiel zugrunde liegt, wird vor allem das Wirken von D. C. Riddy als Direktor der Education Branch vor dem Amtsantritt von Robert Birley als Educational Adviser dargestellt und gewürdigt.

31 Vgl. F. Müller, Die Verwaltung des Hungers 1945–1948, Schriftenreihe der Agrarwissenschaftlichen Fakultät, Heft Nr. 75, Kiel 1993.

seinen Niederschlag in der Forschung gefunden<sup>32</sup>. Die Briten wurden sich aufgrund der Erfahrungen in ihrer Besatzungszone sehr wohl der Problematik des Begriffes *Re-education* bewußt. Im August 1948 äußerte sich hierzu Mr. Crawford als damaliger Leiter der Erziehungsabteilung in der *German Section* des *Foreign Office* folgendermaßen: „Wir stimmen alle darin überein, daß die Umerziehung das Hauptziel unserer Okkupation ist. Es muß jedoch daran erinnert werden, daß die Deutschen, und auch die freundlichsten unter ihnen, kein Wort so verabscheuen und daß keines so heftige Reaktionen auslöst wie das Wort *Re-education*.“<sup>33</sup>

Nun gab Robert Birley als derzeitiger *Educational Adviser to the Military Governor* ein Beispiel dafür, daß man das Wort zwar vermeiden, aber an den Inhalten und Zielen, die mit dem Begriff verbunden waren, festhalten konnte. Ja, mehr als das: Praktisch sei, so Birley, die ganze Aufgabe der Besatzungsmacht als eine „erzieherische“ Aufgabe zu verstehen: „*They (gemeint: the occupying forces) had to rebuild a community. This, in itself, meant that we were committed to an educational task.*“<sup>34</sup>

Damit war alles, was der Schaffung eines neuen Gemeinwesens im demokratischen und rechtsstaatlichen Sinne diene, dem Erziehungsbereich zugerechnet. Dabei kam es darauf an, die Deutschen in die westliche Wertegemeinschaft einzu beziehen. Als General Sir Brian Robertson nach dreijähriger Tätigkeit als Militärgouverneur der britischen Zone (1947–1949) und fast einjähriger Tätigkeit als Hoher Kommissar in der (West-)Alliierten Hohen Kommission im Juni 1950 nach England zurückkehrte, war dies sein Vermächtnis: Das Ringen um die deutsche Seele habe dank der Arbeit der *Education Branch* große Erfolge zu verzeichnen; aber dieses Ringen gehe weiter,

32 Vgl. u. a. Manfred Heinemann (Hrsg.), Umerziehung und Wiederaufbau. Die Bildungspolitik in Deutschland und Österreich. Veröffentlichung Nr. 5 der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaften, Stuttgart 1981; Nicholas Pronay/Keith Wilson (Hrsg.), *The political Re-education of Germany & her Allies*, London 1985, mit Beiträgen u. a. von Michael Balfour, Arthur Hearnden, Kurt Jürgensen, Lothar Kettenacker, Kurt Koszyk und Keith Wilson.

33 Mr. Crawford in einer Submission, August 1948, in: PRO, Akte FO 371/70713. Crawford führte u. a. aus: „We are all agreed that re-education is one of the chief objects of our Occupation . . . Re-education depends on the general Allied policy towards Germany. If this policy is wrong, no amount of inspection or control or suggestion will ensure the adoption of democratic methods or prevent the revival of nationalistic teaching.“

34 R. Birley in: *The Burge Memorial Lecture* (Anm. 15), S. 5.

damit sich aus der *Integration of mind* Schritt für Schritt die *Integration of Germany into the Western World* ergeben könne. Diese Integration müsse sicherstellen, so Robertson, daß die Deutschen gegenüber den fundamentalen Prinzipien der Freiheit und der Demokratie dieselbe Grundeinstellung einnehmen wie die westlichen Alliierten<sup>35</sup>.

Nun wird man fragen können: Haben damit die Briten als eine der drei westlichen Besatzungsmächte nicht die Deutschen auf ihr Herrschaftssystem festlegen wollen und damit im Prinzip nichts anderes gemacht als die Sowjets in ihrer Zone? Hierzu ist zweierlei zu sagen. Erstens: Anders als im totalitären System des Ostens ließen die Prinzipien von Freiheit und Demokratie nur eine freiwillige Akzeptanz der westlichen Wertegemeinschaft zu. Zweitens: Die meisten Deutschen, die froh waren, unter westlicher Besatzungsherrschaft (und nicht unter sowjetischer Herrschaft) zu leben, waren von sich aus bereit, sich den Werten von Freiheit und Demokratie zu öffnen. Somit wurden die erzieherischen Bemühungen um die Deutschen kaum richtig wahrgenommen. Man durfte die Deutschen nur nicht mit dem Begriff „*re-education*“ konfrontieren.

Die Erfahrung der Unfreiheit im Dritten Reich hatte viele, die in das totalitäre Herrschaftssystem eingebunden waren, sich innerlich dagegen aufgelehnt, aber meist den Mut und die innere Kraft zum Widerstand nicht hatten, aufgeschlossen gemacht für das hohe Gut der Freiheit. Wer aber – wie die Angehörigen des offenen und auch des stillen Widerstandes – über ein neues Deutschland nachgedacht hatte (das gilt in besonderem Maße für den Kreisauer Kreis, aber ebenso für alle, die die Leitbilder der demokratischen Parteien der Weimarer Zeit in sich bewahrt hatten),

35 Sir Brian Robertson in seinem Memorandum vom 22. Juni 1950 „The Future of Germany. General Conclusions“, in: PRO, Akte FO 371/85381. Robertson erläuterte die „integration of mind“ wie folgt: „This does not mean that individual Germans will be expected to see all things just as they are seen by Englishmen and Frenchmen. It does however mean that they must have the same attitude towards the fundamental principles of Freedom and Democracy.“ Obwohl dieses Ziel noch nicht erreicht sei und auch Sir Brian Robertsons Nachfolger als High Commissioner, Sir Ivone Kirkpatrick, im November 1951 noch davon sprach: „The battle for the German mind is still in full swing, and our educational work has its part to play“ (PRO, Akte FO 371/93651), waren doch beide davon überzeugt, daß der Arbeit des Educational Adviser und der Education Branch das hauptsächliche Verdienst an der Förderung des demokratischen Staatsgedankens bei den Deutschen zukomme. Sir Brian Robertson in seinen Conclusions: „Our best achievements have concerned those matters which are generally referred to as measures to promote democracy.“

brauchte nicht über Recht, Freiheit und Menschenwürde belehrt zu werden. Bei Persönlichkeiten wie Adolf Grimme, Christine Teusch, Kurt Schumacher, Konrad Adenauer, Robert Lehr, Rudolf Amelunxen, Theodor Steltzer – und es ließen sich hier viele weitere Namen aufführen – war der Wille zum demokratischen Neuaufbau von Anfang an da. Als mit der Verordnung Nr. 12 vom 15. September 1945 die Parteienbildung wieder gestattet war<sup>36</sup>, war äußerlich der Weg frei für das, was innerlich längst gewollt war: Parteien zu gründen, die dem sozialen, dem christlichen und dem liberalen Demokratiedanken verpflichtet waren.

Bemerkenswert ist dabei, daß der christliche Demokratiedanke viele in einer „Union“ einte, die in der Weimarer Zeit unterschiedlichen bürgerlichen Parteirichtungen angehört hatten oder ihnen zugeneigt gewesen waren. Man muß nicht Anhänger der CDU sein, um vor dem Erfahrungshintergrund von Weimar anzuerkennen, daß diese Partei ganz wesentlich zur Stabilität der werdenden Demokratie beigetragen hat<sup>37</sup>.

Folgen wir dem grundsätzlichen Ziel der Besatzungsmacht, *to rebuild a community* (Birley), dann läßt sich alles aufzählen, was an gesellschaftlichen Einrichtungen dazu gehört und von den Briten auch gefördert wurde: die Vielzahl der freien Verbände, die Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation, das Volkshochschulwesen in freier oder kommunaler Trägerschaft. Wer hier tätig war, nahm gesellschaftliche Verantwortung wahr.

Besonderes Augenmerk legten die Briten auf einen vom Staate unabhängigen Rundfunk und auf ein freies Pressewesen<sup>38</sup>. Wichtig war hier die klare Trennung von Meldung und Meinung. Schon die Zeitungen der Militärregierung im ersten Besatzungsjahr waren auf die Zusammenarbeit mit Deutschen angewiesen. Der Erfahrungsaustausch, den englische und deutsche Journalisten dabei machten, war eine „versteckte Schule der Demokratie“. Im Frühjahr 1946 wurden deutsche Herausgeber von Zeitungen lizenziert. Diese

36 Vgl. Verordnung Nr. 12, in: Amtsblatt der Militärregierung (Anm. 28), Nr. 4, S. 12–14.

37 Das gilt gewiß für Schleswig-Holstein. Siehe hierzu Helmuth Mosberg, 50 Jahre CDU Schleswig-Holstein 1946–1996, Kiel 1996.

38 Zum Rundfunkwesen vgl. Thomas Rölle, Der britische Einfluß auf den Aufbau des Nordwestdeutschen Rundfunks von 1945–1948, Diss. Phil. Fak., Kiel 1990. Zum Pressewesen allgemein: Kurt Koszyk in der Publikation von N. Pronay/K. Wilson (Anm. 32); für Schleswig-Holstein: Wolf Gehrman, Britische Presse- und Informationspolitik in Schleswig-Holstein 1945–1949, Diss. Phil. Fak., Kiel 1993.

konnten parteiorientiert sein, wenn damit nicht eine Monopolstellung verbunden war; sie konnten überparteilich sein, wie dies geboten war, wenn an einem Ort aus wirtschaftlichen Gründen nur eine Zeitung bestehen konnte. Die Probleme, mit denen man zu kämpfen hatte, waren auch materieller Natur. Papierknappheit ließ in den ersten Besatzungsjahren ein tägliches Erscheinen von Zeitungen nicht zu.

Im Bereich des Rundfunks verdient Sir Hugh Greene Beachtung<sup>39</sup>. Nicht nur er hat entscheidend dafür Sorge getragen, daß aus dem „Radio Hamburg“ ein unabhängiger „Nordwestdeutscher Rundfunk“ (NWDR) wurde. Er gab auch im Umgang mit seinen deutschen Redakteuren das Vorbild ab für eine liberale und tolerante Leitung des Rundfunks. Axel Eggebrecht hat davon mündlich berichtet: Er wurde einmal zu Sir Hugh Greene zitiert, um sich für eine Sendung zu rechtfertigen, in der das Leiden der hungernden und frierenden Menschen mit Kritik an der britischen Besatzungsmacht verbunden worden war. Was Greene allein wissen wollte, war die Korrektheit der der Sendung vorausgegangenen Recherchen. Axel Eggebrecht konnte diesen Nachweis liefern; die Sache war damit erledigt. Auf Eggebrecht hat dieses Gespräch mit Greene einen tiefen Eindruck gemacht. Er hatte mit seiner Entlassung gerechnet und sah sich nun in seiner journalistischen Arbeit bestätigt. Eggebrecht: Er hätte nun verstanden, was Demokratie wirklich bedeutete; sie sei eine täglich praktizierte Lebensform<sup>40</sup>. Ähnlich hat sich Adolf Grimme über Erfahrungen geäußert, die er 1946 bei einem Besuch in England gemacht hatte<sup>41</sup>.

Bei allen Belastungen, die mit der Besatzung verbunden waren, etwa auch durch die Beschlagnahme von öffentlichen Gebäuden und auch von privatem Wohnraum für britische Familien, die in großer Zahl in der Zone lebten, um mit ihren hier stationierten Männern vereint zu sein: Das alltägliche Kennenlernen und Zusammenarbeiten von Briten und Deutschen hat zu einem besseren gegenseitigen Verstehen geführt. Die Möglichkeiten zu Begegnungen wurden mit der Einrichtung der *British Information Centers* – „Die Brücke“ genannt – institutionalisiert. Ihre Höchstzahl

betrug zu Beginn der fünfziger Jahre 55; das heißt, es gab in fast jeder größeren Stadt ein *Information Center*<sup>42</sup>, und ihre sukzessive Schließung nach der Besatzungszeit löste vielfach Enttäuschung und Bedauern aus. Ein Gutteil der kulturellen Aktivitäten wurde allerdings aufgefangen durch das *British Council* und durch Deutsch-Englische Clubs. Eine maßgebliche Rolle für die deutsch-britischen Beziehungen spielte fortan die Deutsch-Englische Gesellschaft, aus der heraus sich die Königswinter-Konferenzen entwickelt haben<sup>43</sup>.

Robert Birley trug Sorge dafür, daß alle Möglichkeiten für den wechselseitigen *stimulus of mind on mind* ausgeschöpft wurden. Er nahm dankbar zur Kenntnis, daß nicht mehr so sehr ein Lord Vansittart mit seinem *Black Record* über die Deutschen – das war Propaganda der Kriegsjahre<sup>44</sup> –, sondern deutlich mehr der 1893 in London geborene jüdische Verleger und Schriftsteller Victor Gollancz mit seinen Aufrufen zum menschlichen Miteinander und zur Versöhnung mit den Deutschen auf die öffentliche Meinung in England Einfluß zu nehmen begann<sup>45</sup>. Das war hilfreich, damit u. a. englische Fachverbände der Lehrer und der Erwachsenenbildung wie auch Gewerkschaften, Kommunalverbände und andere Einrichtungen bereit waren, Deutsche zu ihren Tagungen und Konferenzen einzuladen. Und umgekehrt sollten Briten bereit sein, für möglichst längere Zeit in der britischen Zone beim inneren Wiederaufbau des Landes zu helfen.

Birley war ein unermüdlicher Förderer der *Wilton Park Conferences*, die in England Tausende von Deutsche aus allen Zweigen des öffentlichen Lebens besucht haben, und das für zwei bis sechs Wochen<sup>46</sup>. Heinz Koeppler, ein deutscher Emigrant, der britischer Staatsangehöriger geworden war, leitete die Einrichtung und entwickelte das Konzept der *Intra-mural Studies* (Vorträge, Seminare, Diskussionsrunden) und der *Extra-mural*

42 Vgl. die kommentierte Bilderfolge zu den *British Information Centers* in Schleswig-Holstein, in: Kurt Jürgensen, *Die Briten in Schleswig-Holstein 1945–1949*. Aus nächster Nähe beobachtet vom Kieler Filmproduzenten Gerhard Garms, Neumünster 1989, S. 149–152.

43 Vgl. Ralph Uhlig, *Die Deutsch-Englische Gesellschaft 1949–1983*. Der Beitrag ihrer Königswinter-Konferenzen zur britisch-deutschen Verständigung, Göttingen 1986.

44 Vgl. R. Vansittart (Anm. 11).

45 Vgl. u. a. Victor Gollancz, *Our Threatened Values*, London 1946; ferner eine deutsche Auswahl aus Gollancz' Werk: Julius Braunthal (Hrsg.), *Victor Gollancz: Stimme aus dem Chaos*, Nürnberg 1948.

46 Vgl. Dexter M. Keezer, *A Unique Contribution to International Relations: The Story of Wilton Park*, London 1973.

39 Vgl. Michael Tracey, *Mit dem Rundfunk Geschichte gemacht: Sir Hugh Greene. Eine Biographie*, Darmstadt 1984. (Englische Ausgabe: *A variety of Lives*, London 1983).

40 Frühere mündliche Mitteilung von Axel Eggebrecht †.

41 Vgl. Adolf Grimme, *Deutsche Selbstbesinnung. Ein Wort aus England* (BBC-Rundfunkvortrag, Juni 1946), in: ders., *Selbstbesinnung. Reden und Aufsätze aus dem ersten Jahr des Wiederaufbaus*, Hannover 1946.

*Studies* (Besichtigung von öffentlichen Einrichtungen in England).

Begonnen hatte alles als ein *Re-education Camp* nahe London für deutsche Kriegsgefangene. Nach ihrer Rückkehr – spätestens 1947/48 – wurde die Einrichtung an einem neuen Ort in der Nähe von Brighton – aber unter Beibehaltung des bisherigen Namens – für deutsche Teilnehmer/innen aus der britischen Zone fortgeführt. Für hochrangige Gäste aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung (*Very Important Persons*) wurden zweiwöchige *VIP-Conferences* durchgeführt. Wilton Park ist nach der Besatzungszeit als ein europäisches Konferenzzentrum weitergeführt worden und besteht als solches heute noch.

Zum Abschluß dieses Teiles sei hingewiesen auf die weiteren Aktivitäten im Erziehungsbereich, über die britische *Education Officers* – unter ihnen auch Damen – auf einer von Sir Robert Birley geleiteten Tagung in Oxford (Januar 1975) berichtet haben<sup>47</sup>. Zu diesen Aktivitäten zählten u. a. die Aufgaben, die in den Verlags- und Schulbuchausschüssen wahrgenommen wurden, was nicht losgelöst gesehen werden kann von Georg Eckerts Bemühungen in Braunschweig um eine internationale Schulbuchrevision. Der Jugendarbeit galt die besondere Aufmerksamkeit der *Youth Officers*. *University Control Officers* versuchten Einfluß zu nehmen auf eine gesellschaftliche Mitverantwortung der Universität.

Diese Mitverantwortung wurde von den Briten für um so wichtiger gehalten, als Hitlers Aufstieg zur Macht nicht durch kritisches Urteilsvermögen und eben auch nicht durch die Wahrnehmung staatsbürgerlicher Verantwortung in Universitätskreisen gebremst worden war. Die Universität zur Gesellschaft zu öffnen wurde 1948 aufgrund einer Initiative von Robert Birley einer unabhängigen, international besetzten Hochschulkommission anvertraut, die ein sogenanntes „Blaues Gutachten“ erstellte<sup>48</sup>. Doch kurzfristig hat das Gutachten nichts bewirkt, längerfristig – und auch nur indirekt durch neue gesellschaftliche Herausforderungen (68er-Bewegung!) – vielleicht einiges. Die deutschen Universitäten waren besonders traditionsgebunden, und gemäß der Verordnung Nr. 57 vom 1. Dezember 1946 war vom folgenden Jahr an

das Schul- und Hochschulwesen in deutsche Verantwortung gelegt worden. Anordnen konnten und wollten die Briten hier nichts. Das „Blaue Gutachten“ ist bis heute ein höchst lesens- und nachdenkenswertes Dokument geblieben<sup>49</sup>.

---

## Responsible Government

---

Schon die im Eingangsteil kurz dargestellte revidierte Deutsche Gemeindeordnung mag gezeigt haben, was nach britischer Auffassung das Grundprinzip der „verantwortlichen Verwaltung“ ist (um für die kommunale Ebene nicht von „Regierung“ zu reden): Die sachkompetente, unpolitische Verwaltung hat umzusetzen, was die von der Bevölkerung gewählte kommunale Körperschaft als politisches Gremium beraten und beschlossen hat. Gemeinde- und Kreistagswahlen fanden übrigens erstmals im Herbst 1946 nach einem von britischer Seite festgelegten Wahlverfahren statt, wobei die Mehrheitsentscheidung mit einem Verhältnisausgleich verknüpft war<sup>50</sup>. Wichtig war auch, daß in die Wählerlisten diejenigen nicht aufgenommen wurden, die wegen Mitgliedschaft in der NSDAP vor 1933 und/oder wegen einer Funktion als sogenannte Politische Leiter als aktive Nationalsozialisten galten.

Grundsatz des *Responsible Government* ist also: Die Regierung/Verwaltung ist im Sinne der repräsentativen Demokratie der Bevölkerung verantwortlich. Diese hat in dem Vorsitzenden der gewählten Körperschaft ihren Repräsentanten zu sehen. Daß ein Landrat in Deutschland den Kreis repräsentieren und in der Weimarer Zeit auch die Sitzungen des Kreistags einberufen und leiten konnte, war den Briten ein Unding. Sie ließen den Landrat bzw. den (Ober-)Bürgermeister von der Vertretungskörperschaft wählen; er war der Vorsitzende der kommunalen Körperschaft und repräsentierte die Gemeinde, die Stadt oder den Kreis. Verwaltungsaufgaben oblagen dieser Person nicht mehr; dafür gab es die Verwaltungsdirektoren<sup>51</sup>.

49 Vgl. Gutachten zur Hochschulreform (sog. „Blaues Gutachten“) vom Studiausschuß für Hochschulreform, Hamburg 1948.

50 Zur Regelung der ersten Wahlen in der Nachkriegszeit im Herbst 1946 (September: Gemeindewahlen; Oktober: Kreistagswahlen) siehe: Amtsblatt der Militärregierung (Anm. 28), u. a. mit den Verordnungen Nr. 28 (Amtsbl. Nr. 9) und Nr. 32 (Amtsbl. Nr. 10).

51 Vgl. Bericht im „Kieler Kurier“, Zeitung der Militärregierung für Schleswig-Holstein, am 9. Februar 1946; Franz Suchan, Neubau der demokratischen Selbstverwaltung.

47 Vgl. Anm. 20.

48 Vgl. David Phillips (Hrsg.), *German Universities after the Surrender. British Occupation Policy and the Control of Higher Education*, Oxford 1983 (Sammelband mit Beiträgen von University Control Officers und aus der Wissenschaft); ders., *Zur Universitätsreform in der britischen Besatzungszone 1945–1948* (Reihe: Studien und Dokumentationen zur deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 24), Köln 1993.

Es ist interessant, wie dieses britische Modell die „eigentliche“ Besatzungszeit – sie reicht bis zur Gründung der Bundesrepublik und dem Inkrafttreten des Besatzungsstatuts am 21. September 1949 – nur teilweise überdauert hat. Aber trotz erneuter Revision sind überall die Grundprinzipien des *responsible government* geblieben, zum Beispiel in Schleswig-Holstein in der Trennung der Funktionen Kreispräsident/Stadtpresident als politische Spitze, Landrat/Oberbürgermeister (wieder) als Verwaltungsspitze<sup>52</sup>.

Entscheidende Bedeutung kam der Länderebene zu. Hier war eine territoriale Neuordnung geboten<sup>53</sup>, denn das meiste Gebiet war preußisch; nur der preußische Staat bestand faktisch nicht mehr. Auch setzte das britische Deutschland-Konzept Klarheit über die Länder voraus, bevor Entscheidungen über die nationale Ebene getroffen werden konnten. Die „deutsche Frage“ stand aber in der für das Frühjahr 1947 geplanten Moskauer Außenministerkonferenz wieder auf der internationalen Tagesordnung. Die britische Zone sollte für die Lösung der künftigen Ordnung in Deutschland so gerüstet sein, wie es der Zielvorstellung der Londoner Regierung entsprach.

Ausgangspunkt der Länderordnung war die 1945 im nordwestdeutschen Raum vorgefundene Verwaltungsstruktur von Ländern (Braunschweig, Oldenburg, Lippe-Detmold und Schaumburg-Lippe), Stadtstaaten (Hamburg, Bremen) und preußischen Provinzen (Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen und Rheinprovinz ohne die nunmehr zur französischen Zone gehörigen Regierungsbezirke Koblenz und Trier). Den Oberpräsidenten der Provinzen wurde praktisch dieselbe Stellung eingeräumt wie den Länderchefs, und das um so mehr, als die Provinzen aufgrund ihrer Größe ein stärkeres politisches und wirtschaftliches Gewicht hatten als die Länder.

Dr. Suchan amtierte damals bereits kraft britischer Ernennung als Oberkreisdirektor des Kreises Husum.

52 Vgl. Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein, Jg. 1950, Nr. 7, S. 25–48; hier die neue „Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein“ vom 24. Januar 1950.

53 Zu Folgendem vgl. (mit weiterführenden Literaturangaben): Wolfgang Hölscher, Die Länderbildung in der britischen Besatzungszone, in: A. M. Birke/E. A. Mayring (Anm. 5). Neue Forschungsergebnisse enthält: Susan Eichler, Die Länderneuordnung in der britisch besetzten Zone Deutschlands 1945–1946. Interne britische Entscheidungsabläufe und Mitwirkung deutscher Gremien, Diss. Phil. Fak., Kiel 1995. Zur Geschichte der Länder in der britischen Zone vgl. den Sammelband von Walter Först (Hrsg.), Die Länder und der Bund, Essen 1989, mit Beiträgen u. a. zu Nordrhein-Westfalen (Walter Först), Niedersachsen (Dieter Brosius), Hamburg/Bremen (Dirk Bavendamm) und Schleswig-Holstein (Kurt Jürgensen).

Die Verantwortung für die Neustrukturierung des Gebietes der britischen Zone und für die Einführung verantwortlicher Regierungsformen lag innerhalb der britischen Zone – natürlich abhängig von Londoner Weisungen – bei der *Governmental Sub-commission* als Unterorganisation zur *Control Commission of Germany (British Element)* = CCG(BE). Bei den Londoner Weisungen handelte es sich u. a. um die sogenannten *Zone Policy Instructions*, die in der Regel vom *Control Office* bzw. später von der *German Section* des *Foreign Office* – gegebenenfalls unter Einschaltung des *Foreign Office Research Department* – initiiert wurden. Dieses *Foreign Office Research Department* hatte schon im Kriege zur Einschätzung Deutschlands und bei der Deutschland-Planung eine wichtige Rolle gespielt. Zu seinen Mitgliedern gehörten Professoren der *University Colleges* in Oxford.

Anfang 1946 wurde der Entscheidungsprozeß eingeleitet, der im Februar 1947 zur Einberufung der sogenannten *Nominated Councils* auf Provinz- und Länderebene führen sollte. Das heißt, die Militärregierung ernannte Abgeordnete für (Provinzial-) Landtage gemäß Vorschlägen, die die britischen Kreisoffiziere – meist im Benehmen mit deutschen Dienststellen und den Vorsitzenden der örtlichen Parteien – an die Militärregierung in den Hauptstädten der Provinzen und Länder weitergereicht hatten. So sehen wir denn zum Beispiel den höchsten Repräsentanten im 8. Corps-Distrikt mit Schleswig-Holstein und Hamburg, Generalleutnant Sir Evelyn Barker, am 26. Februar 1946 bei der Eröffnung des Kieler Provinziallandtags und am Tage darauf bei der Eröffnung der Hamburger Bürgerschaft<sup>54</sup>.

Dies waren – gemessen am Bevölkerungsbild – durchaus „repräsentative“ Körperschaften. Die einzelnen Abgeordneten waren sich ihrer demokratischen Verantwortung auch ohne demokratische Legitimation, die nur durch Wahlen gegeben gewesen wäre, sehr wohl bewußt. In die parlamentarischen Aufgaben wuchsen die Abgeordneten sehr schnell hinein, und sie verstanden es, die Landtage zum Forum für politische Forderungen nach einer besseren Versorgung der Menschen zu machen; sie schufen sich mit der britischen Auf-

54 Vgl. Kommentierte Bilderfolge zur Landtagseröffnung in Kiel in: K. Jürgensen (Anm. 42), S. 132–138. Vgl. ferner ders., „Unser Volk hungert danach, daß eine neue brüderlich-menschliche Einstellung der Menschen verwirklicht wird.“ Der demokratische Neubeginn und die Gründung des Landes Schleswig-Holstein, in: Gerhard Paul/Uwe Danker/Peter Wulf (Hrsg.), Geschichtsumschlungen. Sozial- und kulturgeschichtliches Lesebuch Schleswig-Holstein 1848–1948, Bonn 1996, S. 317–324.



lage, der parlamentarischen Arbeit eine Geschäftsordnung und ggf. ein Statut zugrunde zu legen, neuen Handlungsspielraum. In Schleswig-Holstein führte das am 12. Juni 1946 zur Verabschiedung einer Vorläufigen Verfassung für das Land Schleswig-Holstein<sup>55</sup>. Gemessen an dem formal noch bestehenden Preußen war das ein voreiliger Schritt. Britischer Pragmatismus ließ es zu, daß diese Verfassung praktiziert wurde, ohne je die formelle britische Bestätigung erhalten zu haben.

Namhafte Persönlichkeiten, die die Briten berufen hatten, standen an der Spitze der Länder und Provinzen und sorgten ihrerseits dafür, daß die sich entwickelnde liberale Ordnung in Verbindung mit den liberalen Traditionen in der deutschen Geschichte gesehen wurde. Dafür sind die Reden und Ansprachen des schleswig-holsteinischen Oberpräsidenten Theodor Steltzer, der als einziges Mitglied des Kreisauer Kreises sein Todesurteil überlebt hatte, ein beredtes Zeugnis<sup>56</sup>. An seinem Wirken wird die Verbindung von dem Nachdenken über Deutschland im Widerstand und der politischen Neuordnung nach 1945 greifbar.

Die Frage stellt sich, warum die Briten ein Verfahren wählten, bei dem nicht Wahlen der Bildung der Vertretungskörperschaften und der parlamentarisch kontrollierten Regierungen vorausgingen. Hier nur kurze Antworten: Die Parteien waren noch im Aufbau begriffen, eine Kandidatenaufstellung für Wahlen war zur Zeit der Jahreswende 1945/46 nicht oder nur schwerlich möglich. Man sah auch einen Vorzug darin, daß die Bürger die Körperschaften schon in ihrer Wirksamkeit kannten, bevor sie ihre Zusammensetzung durch Wahlen bestimmen konnten. Gleichwohl waren die *nominated Councils* baldmöglichst durch *elected Councils* abzulösen – aber erst, nachdem die territoriale Reorganisation der britischen Zone vollzogen war.

Diese Aufgabe fällt in die zweite Jahreshälfte 1946. An ihrer Lösung war der *Zonal Advisory Council* (Zonenbeirat) maßgeblich beteiligt<sup>57</sup>. Am

55 Vgl. Vorläufige Verfassung des Landes Schleswig-Holstein vom 12. Juni 1946. Dokumentation einer Vortragsveranstaltung vom 12. Juni 1986 mit den Referaten von Kurt Jürgensen und Georg-Christoph von Unruh, Kiel (Lorenz-von-Stein-Institut) 1986.

56 Vgl. Theodor Steltzer: Reden, Ansprachen, Gedanken 1945–1947, hrsg. und erläutert von Kurt Jürgensen, Reihe: Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 88, Neumünster 1986.

57 Zum Zonenbeirat/Zonal Advisory Council vgl. die Publikation von Gabriele Stüber als Bearbeiterin der Wortprotokolle der Sitzungen 1–11. Veröffentlichung des Deutschen Bundestages und der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 1 in zwei

6. März 1946 war er in Hamburg durch Generalleutnant Sir Brian Robertson feierlich eröffnet worden. Dem 37 Personen umfassenden Gremium gehörten Länderchefs, Parteienvertreter, Gewerkschaftler und hochrangige Verwaltungsfachleute an. Aufgabe des Zonenbeirats war es, die Militärregierung zu beraten, das heißt in der Regel zu den ihm zugeleiteten britischen Vorlagen (zumeist Entwürfe von Verordnungen) Stellung zu beziehen. Überdies entwickelten sich die Fragestunden, in denen hohe Repräsentanten der Militärregierung – lange Zeit der *Chief of Staff* Generalmajor Sir Alec Bishop – Rede und Antwort standen. Das geschah nicht immer zur Freude der Militärregierung. Aber es wurde ein altes britisches Grundprinzip ganz deutlich: Politik wird im Parlament verantwortet. Als ein solches verstand sich auch zunehmend der Zonenbeirat – und dies gewiß insofern zu Recht, als gemäß der Verordnung Nr. 80 vom 10. Juni 1947 die Landtage die Mitglieder des Zonenbeirats wählten<sup>58</sup>.

Der Prozeß der Länderneuordnung in der britischen Zone begann mit einer ausschließlich in britischer Verantwortung liegenden Maßnahme, nämlich mit der Zusammenfassung von nördlicher Rheinprovinz und Westfalen zum Land Nordrhein-Westfalen, dem mit Abstand größten, bevölkerungsstärksten und wirtschaftlich wichtigsten Land in der britischen Zone<sup>59</sup>. Dies war nicht unumstritten und suspekt für diejenigen, die eine deutsche Mitentscheidung für notwendig erachteten. Kurt Schumacher gehörte zu den vehementesten Kritikern an dem Verfahren. Nur muß es hierfür Gründe gegeben haben, zumal ja für den übrigen Bereich der britischen Zone nur nach deutscher Konsultation und im Konsens mit den Deutschen entschieden wurde.

Die Gründe macht das Protokoll einer Sitzung im *Foreign Office* am 6. Juni 1946 deutlich<sup>60</sup>. Eine hochrangig besetzte Sitzungsrunde mit Generalleutnant Sir Brian Robertson und seinem politi-

Halbbänden, Düsseldorf 1993; ferner: dies., Zonales Provisorium und demokratisches Experiment. Der Zonenbeirat der britischen Besatzungszone 1946–1948, in: Geschichte im Westen, 2/1990, S. 162–187, und 1/1991, S. 35–61. Ferner ist hinzuweisen auf: Ralph Uhlig, Confidential Reports des britischen Verbindungsstabes zum Zonenbeirat der britischen Besatzungszone in Hamburg (1946–1948), erschienen als „Kieler Werkstücke“, Bd. 8, Frankfurt/M. 1993.

58 Vgl. Verordnung Nr. 80, in: Amtsblatt der Militärregierung (Anm. 28), Ausgabe Nr. 20 vom 10. Juni 1947, S. 565.

59 Vgl. Die Ruhrfrage 1945–46 und die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen. Aktenpublikation, eingeleitet und bearbeitet von Rolf Steininger in Verbindung mit der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Düsseldorf 1988.

60 Vgl. PRO, Akte: FO 371/55405.

schen Berater Sir William Strang tagte unter dem Vorsitz von Sir Oliver Harvey. Welche Überlegung führte hier zu dem Beschluß, das Land Nordrhein-Westfalen zu schaffen? Zum einen der Wunsch, das hochindustrialisierte rheinische Gebiet mit den westfälischen Agrargebieten zu verbinden, und dies zur Erleichterung der Versorgungslage an Rhein und Ruhr. Zum anderen – und das war der gewichtigere Grund – sollte die von der französischen Regierung gewünschte *political separation* der Ruhr und des linksrheinischen Gebietes verhindert werden. Die Briten wollten keine Lösungen, von denen sie wußten, daß sie nach Ende der Besatzungszeit keinen Bestand haben würden, zumindest aber einen dauernden internationalen Konfliktherd darstellen könnten. Die Briten hatten aus Versailles gelernt, und zwar ganz bewußt!

Am 17. Juli 1946 wurde in Berlin der Öffentlichkeit von dem neuen Land Nordrhein-Westfalen Kenntnis gegeben. Seine rechtliche Konstituierung erhielt das Land in der Verordnung Nr. 46 der britischen Militärregierung vom 23. August 1946<sup>61</sup>. Durch dieselbe Verordnung erhielten auch die anderen beiden preußischen Provinzen, Hannover und Schleswig-Holstein, den Landesstatus. Die Verfügungen der Verordnung Nr. 46 galten als „vorläufig“. Damit trug man der Tatsache Rechnung, daß ein endgültiger Tatbestand erst mit der gesetzlichen Auflösung Preußens geschaffen werden konnte, so geschehen durch das Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrates vom 25. Februar 1947<sup>62</sup>.

Mit der Verordnung Nr. 46 erhielt das ganze Gebiet der britischen Zone denselben Rechtsstatus (wenn man von der Vorläufigkeits-Klausel absieht). Dies war wichtig, damit der Zonenbeirat gemäß dem Auftrag, den er am 4. Juli 1946 erhalten hatte, Vorschläge für den „Neuaufbau der Länder“ in der britischen Zone erarbeiten konnte. Dabei durfte es eine Infragestellung des neuen Landes Nordrhein-Westfalen nicht geben; außerdem sollte die Zahl von fünf Ländern in der britischen Zone nicht überschritten werden<sup>63</sup>.

Das Plenum des Zonenbeirats sprach sich mit deutlicher Mehrheit für den auch schon im Sonderausschuß des Zonenbeirats zur Neugliederung

61 Vgl. Verordnung Nr. 46, in: Amtsblatt des Kontrollrats, Nr. 13, S. 305–306.

62 Vgl. Gesetz Nr. 46, in: ebd., Nr. 14, 31. März 1947, S. 81.

63 Vgl. Kurt Jürgensen, Entscheidung für das Bundesland Schleswig-Holstein. Zur Entstehung der Länderordnung in der britisch besetzten Zone Deutschlands, in: Geschichte und Gegenwart. Festschrift für Karl Dietrich Erdmann, hrsg. von Hartmut Boockmann, Kurt Jürgensen, Gerhard Stoltenberg, Neumünster 1980, S. 625–672.

der Länder favorisierten Plan des Hannoverschen Landeschefs Hinrich Kopf aus: Neben den beiden Flächenstaaten Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein sowie den beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen sollte das ganze übrige Gebiet der britischen Zone zu dem Land Niedersachsen zusammengefaßt werden. Für Lippe-Detmold sollte es die Entscheidungsmöglichkeit geben, sich entweder Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen anzuschließen.

Das Beratungsergebnis des Zonenbeirats wurde am 3. Oktober 1946 in Berlin von einer Delegation des Zonenbeirats unter Leitung seines Generalsekretärs Dr. Weisser dem Stellv. Militärgouverneur Generalleutnant Sir Brian Robertson übergeben. Dieser gab am 23. Oktober 1946 in Hamburg auf der 8. Sitzung des Zonenbeirats – nach Prüfung aller Vorschläge, auch der in der Minderheit gebliebenen Voten – seine Entscheidung bekannt<sup>64</sup>. Der Mehrheitsbeschluß des Zonenbeirats wurde gutgeheißen und Grundlage für das weitere rechtliche Verfahren. Gemäß der Verordnung Nr. 55 wurde zum 1. November 1946 das Land Niedersachsen geschaffen; gemäß der Verordnung Nr. 76 entstand zum 1. Dezember das Land Bremen (mit Bremerhaven), das dann genau einen Monat später Teil der US-Zone wurde (nachdem der Hafen der Stadt schon seit Kriegsende in amerikanischer Nutzung gewesen war). Und schließlich gab es zum 1. Dezember 1946 auch die Entscheidung für Lippe-Detmold, die den Wünschen dieses Landes am ehesten gerecht wurde: Es kam gemäß der Verordnung Nr. 77 zu Nordrhein-Westfalen<sup>65</sup>.

Mit der Verordnung Nr. 57 wurden den neugeschaffenen Ländern die Kompetenzen einer „mittleren“ Staatlichkeit zugewiesen<sup>66</sup>. Sie konnten sie ab Januar 1947 in Anspruch nehmen. Praktisch geschah dies erst nach den erstmaligen Wahlen zu den Landtagen in den drei Flächenstaaten der britischen Zone am 20. April 1947. Damit erhielten die Länder ihre demokratische Legitimation.

64 Vgl. Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949, Bd. 1/Sept. 1945–Dez. 1946, bearb. von Walter Vogel und Christoph Weisz, hrsg. vom Bundesarchiv und vom Institut für Zeitgeschichte, München 1976; 8. Sitzung des Zonenbeirats am 23./24. 10. 1946, Erklärung des Stellv. brit. Militärgouverneurs Generalleutnant Robertson, S. 963–970.

65 Vgl. Verordnungen Nr. 55 (betr. Land Niedersachsen, wirksam zum 1. Nov. 1946), Nr. 76 (betr. Land Bremen, wirksam zum 31. Dez. 1946) und Nr. 77 (betr. Eingliederung von Lippe in das Land Nordrhein-Westfalen, wirksam zum 21. Jan. 1947), in: Amtsblatt der Militärregierung (Anm. 28) Nr. 15, S. 341, u. Nr. 16, S. 411 und S. 411–412.

66 Vgl. Verordnung Nr. 57, in: ebd., Nr. 15, S. 344–346.

---

## Federation of Germany

---

Die britische Besatzungspolitik war auf Deutschland als Ganzes ausgerichtet, worunter man das Gebiet der vier Besatzungszonen verstand. Die Schwierigkeiten im Umgang mit der sowjetischen Besatzungsmacht ließen früher, als bisher angenommen worden ist – so zeigt es die Aktenüberlieferung im britischen *Public Record Office*<sup>67</sup> –, den Gedanken an eine separate Weststaats-Lösung aufkommen.

Zunächst setzte man in formaler Übereinstimmung mit der Potsdamer Vereinbarung vom 2. August 1945 auf die wirtschaftliche Einheit Deutschlands<sup>68</sup>. Demgemäß wurde am 2. Dezember 1946 in Washington von Vertretern der Regierungen der USA und Großbritanniens der wirtschaftliche Zusammenschluß der britischen und der amerikanischen Zone zur sogenannten Bizone mit Wirkung vom 1. Januar 1947 vereinbart. In der Präambel zu dem entsprechenden Abkommen wurde die wirtschaftliche Fusion „als ein erster Schritt in Richtung auf die wirtschaftliche Einheit ganz Deutschlands“ hingestellt<sup>69</sup>. Nach der bekannten Rede des amerikanischen Außenministers Byrnes in Stuttgart am 6. September 1946 war dieser Schritt zu erwarten gewesen<sup>70</sup>.

Die Schaffung der Bizone mit ihren Frankfurter Wirtschaftsorganen gab einer eigenen britischen Wirtschaftspolitik in ihrer Zone nur noch geringen Spielraum<sup>71</sup>. Die Labour-Regierung des Premierministers Attlee hatte durchaus Sozialisierungspläne favorisiert, vor allem an der Ruhr. Der erste Deutschland-Minister John Hynd war einer der namhaften Fürsprecher dieser Politik gewesen. Seine Ablösung durch Lord Pakenham, der ein besonderes Interesse an dem Verhältnis von Politik und Christentum hatte und sich die deutsch-

67 So die Diskussion im Foreign Office, u. a. im Bestand PRO, Akte FO1030/34; ferner die Vorgänge zur Zeit der noch laufenden Londoner Außenministerkonferenz im Spätherbst 1947.

68 Vgl. Mitteilung über die Dreimächtekonferenz (Anm. 4).

69 Europa-Archiv, (1948), S. 95 f.

70 Vgl. ebd., (1946), S. 261–264.

71 Vgl. die Beiträge von Werner Abelshausen, Manfred Knapp, Werner Link u. a. in: Claus Scharf/Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.), Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945–1949, Wiesbaden 1977 (Veröffentlichung des Instituts für Europäische Geschichte, Mainz). Vgl. ferner: Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945–1949, hrsg. von Dietmar Petzina und Walter Euchner, Düsseldorf 1984.

britische Versöhnung zur Herzenssache machte, kam nicht von ungefähr<sup>72</sup>.

Da es im Bereich Wirtschaft und Soziales nur relativ geringen Spielraum für die britische Politik gab, war es der britischen Führung um so wichtiger, mit dem innerdeutschen Staatsaufbau voranzukommen. Zu den frühen Überlegungen, die es in diesem Bereich gab, gehört auch die Frage, wie die Reichsaufgaben nach Fortfall der Reichsorgane wahrzunehmen waren. Nur vorübergehend waren sie in bestimmten Bereichen wie Finanzen, Ernährung, Wirtschaft und Verkehr den Ländern und Provinzen überlassen worden. Vielmehr war mit der Schaffung von sogenannten Zonenzentralämtern (die ab 1947 zum Teil in die Frankfurter Wirtschaftsorgane übergeleitet wurden) die klar erkennbare Absicht verbunden, für eine zoneneinheitliche Entwicklung Sorge tragen zu wollen<sup>73</sup>.

Wiederum durfte es nicht das Ziel sein, die britische Zone zu einem eigenen „staatlichen Gebilde“ werden zu lassen. Die Zonenzentralämter waren deshalb den entsprechenden Abteilungen der Militärregierung, den *Zonal Executive Offices*, direkt unterstellt. Sie wurden nicht, wie es der Zonenbeirat wiederholt forderte, seiner „demokratischen“ Kontrolle unterstellt.

Als von britischer Seite darauf gedrängt wurde, den Neuaufbau der Länder in der zweiten Jahreshälfte 1946 zum Abschluß zu bringen, war dieser Zeitplan von zwei Faktoren bestimmt: Erstens sollte die erstmalige Wahl der Landtage – und sie war „überfällig“ – nicht im Rahmen der alten Ordnung erfolgen, die noch von der preußischen Provinzialstruktur bestimmt war, sondern in den jetzt bestehenden Ländern. Die Wahlen würden sie demokratisch legitimieren. Das ist geschehen, wie gezeigt wurde. Zum anderen wollte Ernest Bevin auf der bevorstehenden Moskauer Außenministerkonferenz die Länder der britischen Zone als fertige „Bausteine“ seines Deutschland-Planes präsentieren können.

Die Moskauer Außenministerkonferenz mit den Teilnehmern Molotow, Marshall (als US-Außenminister gerade zwei Monate im Amt), Bidault

72 Vgl. Lord Pakenham über „Christentum und Politik“ vor den Studenten und Studentinnen der Universität Kiel am 18. September 1947 (Berichte in der Kieler Tagespresse am 20. 9. 1947).

73 Vgl. Ilse Girndt, Zentralismus in der britischen Zone. Entwicklungen und Bestrebungen beim Wiederaufbau der staatlichen Verwaltungsorganisation auf der Ebene oberhalb der Länder 1945–1948, Bonn 1971.

und Bevin tagte vom 10. März bis 24. April 1947<sup>74</sup>. Bevin war Molotows eigentlicher Gegenspieler. Er widersprach dem Vorschlag, die Reparationen, die Deutschland mit einem fünfzigprozentigen Anteil zugunsten der Sowjetunion aufzuerlegen waren, in einer bestimmten Höhe festzulegen. Er setzte am 31. März 1947 dem zentralistischen Deutschland-Bild der Sowjetunion seinen Plan einer *Federation of Germany* entgegen. Dabei sollte mit bestimmten Vorgaben (demokratische und bundesstaatliche Gesichtspunkte) eine deutsche freigewählte verfassungsgebende Versammlung die deutsche Staatsverfassung ausarbeiten. Molotow hingegen wollte nach einer gemäß alliierten Kriterien im zentralistischen Sinne vorgenommenen Staatsgründung eine deutsche Nationalversammlung einberufen lassen und ihr ein Zustimmungsrecht zur neuen deutschen Verfassungsordnung einräumen.

Die Positionen lagen also weit auseinander. Die Konferenz konnte daher in den wesentlichen Fragen keine Einigung erzielen. Die Fortsetzung der Beratungen durch die stellvertretenden Außenminister und auf einer Folgekonferenz der Außenminister in London (25. November – 15. Dezember 1947) waren nur noch „Nachspiele“. Angesichts der nicht demokratisch legitimierten Dominanz der SED in der Sowjetischen Besatzungszone und der immer stärker erkennbaren Sowjetisierung der SBZ war die politische Spaltung Deutschlands schon eine Realität geworden. Hieraus zog die britische Politik klare Folgerungen.

Der Gründungsprozeß, der am 1. September 1948 durch den Parlamentarischen Rat zur Aufnahme der Arbeit an dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland auf der territorialen Grundlage der drei westlichen Besatzungszonen führte, hatte in der Unterhausrede von Ernest Bevin am 22. Januar 1948 sein offizielles „Startzeichen“ erhalten<sup>75</sup>. Intern waren die Weichen zumindest in London schon eine geraume Zeit in Richtung „Weststaatslösung“ gestellt, wie den Akten im britischen Staatsarchiv zu entnehmen ist<sup>76</sup>.

Die Londoner Empfehlungen vom 7. Juni 1948 am Ende der Sechs-Länder-Konferenz (Großbritannien, USA, Frankreich, Benelux) und ihre „Umsetzung“ in den Frankfurter Dokumenten, die den westdeutschen Länderchefs am 1. Juli 1948 übergeben wurden, tragen ganz deutlich Bevins

Handschrift. Er hatte in dem britischen Militärgouverneur General Sir Brian Robertson einen verlässlichen Partner, der maßgeblich dazu beigetragen hat, in den Verhandlungen mit den Länderchefs die Kompromißformeln zu finden, die um der Einigung willen nötig waren<sup>77</sup>.

Man kann also feststellen: Der Bevin-Plan einer *Federation of Germany*, der für ganz Deutschland gedacht war, hat mit der Inkraftsetzung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (23. Mai 1949) und mit der Konstituierung der Bundesorgane (7.–21. September 1949) im räumlich begrenzten Bereich der drei westlichen Besatzungszonen seine indirekte Verwirklichung gefunden. Von indirekter Verwirklichung ist deshalb zu reden, weil natürlich die Mitglieder des Parlamentarischen Rates die Schöpfer des Grundgesetzes waren. Die Geschichte ist hier nicht stehen geblieben. Sie hat am 3. Oktober 1990 zur Wiederherstellung der deutschen Einheit geführt. Das Grundgesetz gehört heute dem ganzen Deutschland.

---

## Schlußbemerkung

---

Man erkennt in dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wichtige Grundpositionen, die im Einklang stehen mit den gesellschaftspolitischen Zielsetzungen der britischen Besatzungsmacht. Nur lag es weder im Interesse der britischen noch der deutschen Politik, dies in Erscheinung treten zu lassen. Die britischen Wünsche und Ziele in ihrer Besatzungspolitik sollten nicht als fremde Einflußnahme empfunden werden. Niemand hat dies klarer gesehen als Sir Robert Birley.

Dabei hatte Birley eine klare Vorstellung davon, wie ein innerlich erneuertes Deutschland auszusehen hätte. Er hat das am 8. Mai 1945 in dem oben erwähnten Leserbrief näher ausgeführt<sup>78</sup>:

1. Deutschland müßte ein Land stabiler, demokratischer Regierungsformen werden.
2. Die Deutschen müßten sich der liberalen Traditionen ihrer eigenen Geschichte bewußt werden.

74 Vgl. Europa-Archiv, (1947), S. 671–758: Ausführlicher Konferenzbericht. Die Außenministerkonferenz der vier Großmächte, 10. März bis 24. April 1947.

75 Vgl. Parliamentary Debates, House of Commons, 22. Januar 1948, Hansard Papers, Sp. 383–409.

76 Vgl. Anm. 67.

77 Näheres in: Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle, Bd. 1/Vorgeschichte, bearb. von Volker Wagner, Boppard/Rh. 1975.

78 Vgl. The Times vom 8. Mai 1945.

3. Die Deutschen müßten alle Völker und gerade auch ihre slawischen Nachbarn, die Polen und die Tschechen, als gleichwertig anerkennen.

Das liest sich heute so, als würde hier Selbstverständliches erwartet, was längst der Realität entspricht. Das ist gut so; aber man bedenke, daß der im Mai 1945 zu Ende gegangene NS-Staat in seiner Ideologie und Herrschaftspraxis das genaue Gegenbild zu den genannten Erwartungen als Ziel der *Re-education* darstellte.

Das heutige Deutschland verdankt der britischen Besatzungspolitik sehr viel, und dies deshalb, weil

ein Weg in gemeinsamer Verantwortung gefunden wurde und zu einem fruchtbaren Dialog geführt hat. Nicht, daß es nicht auch gegenteilige Erfahrungen gegeben hätte. Aber sie heben nicht die Richtigkeit dessen auf, was Robert Birley am 3. Dezember 1947 seinen Landsleuten über die Form der Gespräche ans Herz gelegt hat<sup>79</sup>: Reden wir mit den Deutschen: *but only as friends can talk with one another*. Dies gilt auch heute gleichermaßen für Briten wie für Deutsche – und auf dem Weg zu einem gemeinsamen Europa gilt dies mehr denn je.

---

<sup>79</sup> Vgl. R. Birley (Anm. 15), S. 30.

# Reparationsgut oder Partner? Zum Wandel in der Forschung über Frankreichs Deutschlandpolitik nach 1945

## I. Schwierige Annäherung an ein facettenreiches Thema

Das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland in den ersten Nachkriegsjahren und seine Einordnung in die Gesamtentwicklung der deutsch-französischen Beziehungen im 20. Jahrhundert gehört zu denjenigen Themen der Forschung, in denen seit der allmählichen Öffnung der Archive in den achtziger Jahren viele, zum Teil noch aus der Erinnerung mancher Zeitgenossen in die Forschung übernommene Stereotype tiefgreifend in Frage gestellt worden sind.

### Traditionelle Stereotype

Lange Zeit schien in der Forschung die deutschlandpolitische französische Linie von 1945 klar zu sein<sup>1</sup>: Paris habe schlicht seine alte destruktive Sicherheitspolitik der Zeit nach dem Ersten Welt-

*Gekürzte und aktualisierte Fassung des Beitrages: Revanche ou partenariat? A propos des nouvelles orientations de la recherche sur la politique française à l'égard de l'Allemagne après 1945, in: Gilbert Krebs/Gérard Schneilin (Hrsg.), L'Allemagne 1945-1955. De la capitulation à la division, Asnières 1996, S. 127-152.*

<sup>1</sup> Zur Entwicklung der Forschung vgl. die bislang umfassendste Analyse der Thematik: Dietmar Hüser, Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik“. Dynamik aus der Defensive – Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten 1944-1950, Berlin 1996. Zu einer Ausdifferenzierung der Interpretation haben insbesondere die zahlreichen Arbeiten von Raymond Poidevin beigetragen, die gutenteils jetzt zusammengefaßt sind in: ders., *Péripiétés franco-allemandes. Du milieu du XIX<sup>e</sup> siècle aux années 1950*, Bern u. a. 1995. Überblicksdarstellungen rezipieren den Umbruch in der Forschung erst zögernd. Zu den Ausnahmen gehören Pierre Gerbet, *Le relèvement 1944-1949*, Paris 1991; Georges-Henri Soutou, *Frankreich und die Deutschlandfrage 1943 bis 1945*, in: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), *Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau*, München – Zürich 1995, S. 75-116; Rudolf Morsey, *Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969*, München 1995<sup>3</sup>; Pierre Guillen, *La question allemande (1945-1995)*, Paris 1996. Aus Raumgründen wird im folgenden vorwiegend auf die neueste Literatur verwiesen.

krieg wieder aufgelegt und fortgeführt. Es verlangte, so schien es, die Annexion der Saar – wenn nicht gar, manchen Forschern zufolge, des ganzen linken Rheinuferes oder sogar der Ruhr –, zumindest die Internationalisierung des Ruhrgebietes, einen substantiellen Anteil an deutschen Reparationen und eine Zerschlagung des Reiches. Die auf der Potsdamer Konferenz beschlossene Wirtschaftseinheit Deutschlands sei der französischen Obstruktionspolitik im Kontrollrat zum Opfer gefallen, noch bevor der Kalte Krieg voll ausgebrochen sei. Die französische Besatzungszone habe man von den anderen Zonen isoliert und die Länder in ihr noch zusätzlich untereinander. Zersplitterungspolitik also auf allen Ebenen. Die Zone habe man ökonomisch extensiv genutzt durch massive Demontagen, durch eine an französischen und nicht deutschen Interessen orientierte Wirtschaftslenkung, durch exorbitante und nur teilweise bezahlte Exporte.

Eine Wende sei erst unter dem Druck der Anglo-Amerikaner erfolgt, welche insbesondere die amerikanische Wirtschaftshilfe für Frankreich als Pressionsmittel eingesetzt hätten. Auf der Moskauer Außenministerkonferenz im Frühjahr 1947 hätten sie endlich eine Abwendung Frankreichs von einer reinen Nutzungs- und Zersplitterungspolitik in Deutschland erreicht, bis Paris 1948/49 notgedrungen den Zusammenschluß der Westzonen und die Gründung der Bundesrepublik akzeptiert habe. Der Schuman-Plan zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl sei 1950 ein erstes Signal zum Aufbruch im Zeichen Europas gewesen. Noch das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in der französischen Nationalversammlung 1954 habe aber bewiesen, daß eine Kooperationspolitik in Paris auf sehr schwachen Füßen stand. Den wirklichen Neuanfang hätten daher erst Adenauer und de Gaulle 1962/63 gebracht.

Dieses jahrzehntelang fast<sup>2</sup> unbestrittene Bild von einer zunächst unbarmherzigen französischen

<sup>2</sup> Alfred Grosser gehört zu den Beobachtern, die bereits früh auf eine Vielzahl von Differenzierungen hinwiesen.

Sicherheits- und Reparationspolitik gegenüber Deutschland ist zwar nicht in allen Teilen unzutreffend<sup>3</sup>. Natürlich gab es in Frankreich wichtige Kräfte, für die es gültig ist. Es hat sich aber als so partiell erwiesen, daß es zur allgemeinen Charakterisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern seit dem Krieg nicht mehr ausreicht. Vor allem trifft es in dieser Form nicht für die Regierungspolitik zu, und zwar einschließlich General de Gaulle.

Tatsächlich bildeten sich entscheidende Grundlagen für eine spätere Kooperation schon seit 1944/45 heraus und verstärkten sich in den Jahren bis 1948. Konzeptionelle Analysen und Wirkungen von Sachzwängen griffen dabei stets ineinander. Auf Regierungsebene ging es in Frankreich keineswegs primär um einen Idealismus der Völkerfreundschaft. Vielmehr gewann unter maßgeblichen Entscheidungsträgern schon früh die Erkenntnis an Raum, daß beide Länder aufeinander angewiesen seien und weder der Wiederaufbau noch die Modernisierung Frankreichs zu realisieren waren, wenn man den östlichen Nachbarn nur ausbeutete, statt gerade auch zum französischen Nutzen langfristig auf – wie auch immer ausformende – Kooperationsstrukturen zu setzen. Sowohl die Datierung der Etappen der deutsch-französischen Verständigung als auch die Analyse ihrer inneren Strukturen und Beweggründe sind daher zu überprüfen.

### Gründe einseitiger historischer Interpretation

Auch wenn Interpretationen sich als zu einseitig erweisen, müssen sie erklärt werden. Einige der Gründe seien skizziert:

– Die französische Politik dieser Jahre ist in der historischen Analyse nur sehr mühsam zu erschließen. Schlagwortformulierungen sind immer besonders eingängig. Gerade mit ihnen kann eine Politik aber nicht erfaßt werden, die sich in einem komplexen Spannungsfeld von Rekonstruktions- und Modernisierungssachzwängen in Innenpolitik, Wirtschaft, Gesellschaft, internationaler Politik und „öffentlicher Meinung“ vor dem Hintergrund der vielschichtigen Erfahrungen in Kollaboration und Résistance ihren Weg suchen mußte.

– Der französische Regierungs- und Verwaltungsapparat war mit der Fülle von Problemen weltweit

und im eigenen Land teilweise überfordert. Auch deshalb entsprach öffentlich proklamierten schlagwortartigen Zielen in der praktischen internen Entscheidungsbildung keineswegs immer eine konkrete Detailplanung, etwa hinsichtlich der Saar. Es fehlte nicht nur oft an klaren Konzepten und Organisationsstrukturen. Auch die daraus resultierende, bisweilen wenig systematische Aktenführung macht die Rekonstruktion der Entscheidungsprozesse schwieriger als bei Amerikanern und Briten. Die Verwaltungsprobleme eines vier Jahre lang besetzten und teilweise zerstörten Landes wirkten damit auf die historische Forschung lange Zeit indirekt zurück, ohne daß dies hinreichend wahrgenommen worden wäre.

– Damit eng zusammen hängen methodische Probleme. Textinterpretation, Quellen der „öffentlichen Meinung“ und offizielle Regierungserklärungen standen zunächst im Mittelpunkt der Forschung. Unter dem Eindruck der kollektiven Erinnerung wurde in Texte dabei – zumal in Übersetzungen – bisweilen eine Eindeutigkeit hineingelegt, die sie nicht enthalten. Texte allein, so essentiell sie sind, reichen zur Analyse der französischen Politik dieser Jahre aber gerade aufgrund ihrer häufigen Ungenauigkeit nicht aus, und das zumal, wenn es sich um einzelne isolierte Belege handelt. Die Praxis der Politik muß in die Gesamtinterpretation einbezogen werden: Was ist realisiert worden, was dagegen blieb Planspiel?

– Die Besatzungspolitik Frankreichs im deutschen Südwesten ist von der Forschung, vor allem aufgrund der Archivlage und der Blockierungen in der kollektiven Erinnerung, erst relativ spät in Angriff genommen worden. So wurde auch erst allmählich deutlich, daß die Realität dieser Besatzung weit vielfältiger war, als sie unter dem Eindruck einer „Ausbeutungskolonie“<sup>4</sup> erschien. In die Forschung auf der Ebene der Pariser Politik wurde die Besatzungspolitik zudem zunächst vielfach auch nicht einbezogen, obwohl beides nicht von einander zu trennen ist. Bis Ergebnisse zur französischen Politik vorlagen, war die Forschung über die amerikanische und britische Politik aber schon weit vorangeschritten. Damit wurden unversehens auch politische Urteile der anderen Alliierten über die Franzosen übernommen und gelegentlich mit originär erarbeiteten Forschungsergebnissen zur französischen Politik verwechselt. So setzten sich Interpretationen fest, die zwar für die beiden anderen westlichen Besatzungsmächte vielfach auf Archivarbeit beruhten, für die Franzo-

<sup>3</sup> Unter den nach wie vor sehr instruktiven älteren Darstellungen siehe beispielsweise Hans-Peter Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949*, Stuttgart 1980<sup>2</sup>.

<sup>4</sup> Theodor Eschenburg, *Jahre der Besatzung 1945–1949*, Stuttgart – Wiesbaden 1983, S. 96 f.

sen aber eher Stereotype der kollektiven Erinnerung und zeitgenössische politische Streitpositionen – z. B. zwischen den Amerikanern und de Gaulle – repräsentierten denn tatsächliche Forschungsergebnisse. Im übrigen hätte eine sorgfältige Auswertung der seit 1960 publizierten einschlägigen amerikanischen Akten schon viel früher auf die Spuren der jetzt bekannten Differenzierungen führen müssen<sup>5</sup>.

– Das Verhältnis zwischen den Bevölkerungen Frankreichs und Deutschlands war seit Jahrhunderten weit komplizierter als das der Deutschen zu Briten und Amerikanern. Im deutschen Südwesten hatten sich eben nicht nur Liberale beider Seiten im 19. Jahrhundert zusammengefunden und waren napoleonische Reformen – zu Recht oder zu Unrecht – als Modernisierungsschub in Erinnerung geblieben. In Liedern, Geschichten und Ruinen blieben ebenso der Pfälzische Erbfolgekrieg lebendig und die Zwangsrekrutierungen zu Napoleons in Rußland untergegangener Grande Armée, wie Johann Peter Hebels „Kalendergeschichten“ sie schilderten. Und die Erfahrungen der harten französischen Besatzung nach dem Ersten Weltkrieg und des Unterganges der deutschen Währung nach dem Ruhrkampf lagen nicht einmal eine Generation zurück. Franzosen begegnete man daher 1945 mit einer anderen Erwartungshaltung als Briten und Amerikanern und behielt auch später manche Erfahrung als „schon bekannt“ im Gedächtnis, die man gegenüber den anderen westlichen Besatzern leichter vergaß.

– Zu den die Erinnerung prägenden Erfahrungen gehörten der Hunger und der Schwarzmarkt. Millionen von Menschen hatten in den besetzten Ländern während des Krieges gehungert, in Deutschland dagegen brach die Not in großem Ausmaß erst 1946/47 aus – und da hatten die Alliierten die Regierungsverantwortung übernommen. Doch Schwarzmarkt und Hunger waren nicht allein durch Kriegsverwüstungen und durch Zigaretten verkaufende alliierte Soldaten verursacht. Weit mehr noch gingen sie zurück auf die Zurückstauung der Inflation und die Verschleierung der gigantischen Staatsverschuldung sowie der Instrumente der Kriegsfinanzierung, mit denen das „Dritte Reich“ den wahren Preis für seine vielen als so erfolgreich erscheinende Wirtschafts- und Finanzpolitik verborgen hatte. Wie ein Kartenhaus brach dieses Gebilde gegen Kriegsende zusammen, als der Druck des Krieges und des Parteiterrors wegfielen. Viele Folgen wurden jetzt aber den

Alliierten zur Last gelegt und nicht der tatsächlich dafür verantwortlichen deutschen Politik<sup>6</sup>. Wenn man hungerte, nahm man konstruktive Ansätze alliierter „Demokratisierungs“-Politik aber wenig zur Kenntnis – auch das wirkt bis heute fort.

Gründe für eine vereinfachende Sicht französischer Politik nach Kriegsende sind also einsichtig. Dennoch wissen wir heute mehr.

---

## II. Ausformung einer ambivalenten Politik

---

*Grandeur – charbon – sécurité*, Größe – Kohle – Sicherheit: So lassen sich die Kernziele französischer Außenpolitik 1945 umreißen<sup>7</sup>. Scheinbar handelte es sich um eine Wiederauflage der alten militärischen und ökonomischen Sicherheitspolitik von 1919. Tatsächlich wandelten sich aber jetzt die Inhalte der alten Schlagworte, und zwar grundlegend.

### Entwurf einer neuen Sicherheitspolitik 1944/45

Bei aller Unterschiedlichkeit der Konzeptionen französischer politischer Kräfte für die Deutschlandpolitik nach Kriegsende bestand Einigkeit über das Ziel, die deutschen Ressourcen für den französischen Wiederaufbau zu nutzen<sup>8</sup>. Doch wie war das ins Werk zu setzen? In der öffentlichen Diskussion läßt sich idealtypisch ein „Dominanzkonzept“, das an Frankreichs Vorherrschaft über

---

6 Zum Zusammenhang von Wirtschaft, Schwarzmarkt, sozialer Lage, Mentalitäten, politischen Auseinandersetzungen und kollektiver Erinnerung vgl. Rainer Hudemann, Sozialpolitik im deutschen Südwesten zwischen Tradition und Neuordnung 1945–1953. Sozialversicherung und Kriegsopferversorgung im Rahmen französischer Besatzungspolitik, Mainz 1988, S. 31–123; zur kollektiven Erinnerung Edgar Wolfrum, „Jammert im Leid der Besiegte, so ist auch der Sieger verloren“. Kollektive Alltagserfahrungen in der französischen Besatzungszone nach 1945, in: Joseph Jurt (Hrsg.), Die „Franzosenzeit“ im Lande Baden von 1945 bis heute. Zeitzeugnisse und Forschungsergebnisse, Freiburg 1992, S. 21–38; ders., Die Besatzungsherrschaft der Franzosen 1945 bis 1949 in der Erinnerung der Deutschen, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 46 (1995), S. 567–582.

7 So der Pressesprecher des Quai d'Orsay in den Nachkriegsjahren, Jean Basdevant, im Gespräch mit dem Verf. 1983.

8 Detailliert dazu D. Hüser (Anm. 1). Vgl. auch die Beiträge in: Stefan Martens (Hrsg.), Vom „Erbfeind“ zum „Erneuerer“. Aspekte und Motive der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, Sigmaringen 1993, und Wilfried Loth, Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940–1950, Stuttgart 1977.

5 Vgl. Foreign Relations of the United States, 1945 ff., Washington 1960 ff.



Deutschland orientiert war, unterscheiden von einem „Integrationskonzept“, das Sicherheit durch eine Integration Deutschlands in einen größeren Verbund suchte<sup>9</sup>. Für die Regierungsebene trifft eine solche Unterscheidung den Kern der Problematik allerdings nicht, denn hier war die Politik gerade durch eine komplizierte Verbindung solcher scheinbar entgegengesetzter Vorstellungen gekennzeichnet. Schon seit der Exilregierung in Algier 1943 und verstärkt seit 1944 bildete sich in Umrissen eine neue Konzeption heraus; sie erschien für die französische öffentliche Meinung gerade deshalb akzeptabel, weil sie die alte Sprache von 1919 verwendete, entwickelte sich in ihren Inhalten tatsächlich aber rasch weiter. Die Sprache verdeckte diesen Wandel – bis weit hinein in die Forschung. Schon die Schlüsselbegriffe spiegeln ihn aber wider:

*Grandeur*, die Wahrung oder Wiederherstellung der seit dem Ersten Weltkrieg im Niedergang befindlichen Weltmachtposition Frankreichs, war quer durch alle politischen Lager ein zentrales Ziel. Wie war das deutsche Potential dafür einzusetzen? *Charbon* beleuchtete die essentielle Rolle des Energiesektors für den französischen Wiederaufbau, seinerseits eine der Voraussetzungen für die Großmachtstellung. Rekonstruktion nach den Kriegszerstörungen und der Ausbeutung französischen Wirtschaftspotentials durch die deutsche Besatzung und Kriegführung war aber nur ein Teil des Gesamtproblems. In Führungspositionen rückten inzwischen jüngere Nachwuchsbeamte und Politiker wie Jean Monnet ein, die bereits in der Zwischenkriegszeit ausführlich über das Problem der nach dem Ersten Weltkrieg ausgebliebenen ökonomischen Modernisierung Frankreichs reflektiert hatten und die Öffnung des Landes zu internationalen Märkten sowie den Zwang für seine Industrie, sich internationaler Konkurrenz zu stellen, als zentrale Aufgaben der Nachkriegszeit einschätzten.

Daß weder der Wiederaufbau noch gar die Modernisierung des Landes durch Reparationen aus Deutschland bewerkstelligt werden konnten, wie mancher das in der aufgewühlten innerfranzösischen Öffentlichkeit glauben mochte, war unter maßgeblichen politischen Kräften bereits 1944 klar: Sowohl *grandeur* als auch *charbon* konnten nur dann dauerhaft gesichert werden, wenn die französische Politik auch zu grenzüberschreiten-

den integrativen Lösungen fand. Der Weg zum Schuman-Plan war hier bereits vor Ende des Krieges in Umrissen vorgezeichnet; er war keineswegs eine Überraschung des Jahres 1950. Integrative Konzepte, deren Grundzüge auf Regierungsebene sehr früh vorlagen, beschränkten sich daher auch weder auf sozialistische Kräfte, noch wurden sie den Franzosen 1947/48 von den Amerikanern aufgezwungen.

Eng mit Großmachtstellung und Energieversorgung verflochten, ging jetzt auch die Reflexion über die *sécurité* über ältere Vorstellungen hinaus. Wenn der Nationalsozialismus – wie dies das „Dritte Reich“ selbst beansprucht hatte und wie es viele politische Analytiker auf alliierter Seite konstatierten – die Erfüllung der deutschen Geschichte und die Folge eines undemokratischen, militaristischen, obrigkeitstaatlichen Geistes der Deutschen gewesen war, so mußte man diese Mentalität ändern. Es geht hier nicht um die historische Fragwürdigkeit solcher Interpretation, sondern um ihre politische Wirkung. Im Grundkonzept beruhte Sicherheit gegenüber Deutschland im Verständnis maßgeblicher französischer Entscheidungsträger jetzt nicht mehr nur – wie nach dem Ersten Weltkrieg – auf militärischen und ökonomischen Maßnahmen. Hinzu kam als drittes Element eine als „Demokratisierung“ bezeichnete Einwirkung auf die deutsche Gesellschaft, um ihr das vermutete Aggressions- und Expansionspotential zu nehmen.

Bereits in der ersten, unter de Gaulles Vorsitz beschlossenen Geheimdirektive für die Oberkommandierenden in Deutschland und Österreich kam diese neue Sicherheitspolitik zum Ausdruck, wenn beispielsweise die „Zerstörung des preußischen Werkes“, das man als Grundlage des „Werkes Hitlers“ betrachtete, ebenso zu den Kernzielen zählte wie die Wiedereröffnung der deutschen Universitäten und der Wiederaufbau eines qualitativ hochwertigen Pressewesens<sup>10</sup>. Paradoxiert resultierten damit Grundlagen einer künftigen deutsch-französischen Kooperation zunächst gerade aus dem Sicherheitsbestreben Frankreichs – aber einem Bestreben, dessen Umsetzung den politischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen Europas in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts weit mehr angepaßt wurde, als es einer weiterhin auf Revanchepolitik fixierten Öffentlichkeit

9 Vgl. Wilfried Loth, Die Franzosen und die deutsche Frage, in: Claus Scharf/Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.), Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die Französische Zone 1945–1949, Wiesbaden 1983, S. 27–48.

10 Vgl. Direktive vom 20. 7. 1945, Text mit Anlage in: Henri Ménudier (Hrsg.), L'Allemagne occupée 1945–1949, Brüssel 1990<sup>2</sup>, S. 169–82, dt. teilweise in: Alain Lattard, Gewerkschaften und Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz unter französischer Besatzung 1945 bis 1949, Mainz 1988, S. 314–327.

zunächst deutlich gemacht werden konnte. Ein solches Sicherheitskonzept erforderte gegenüber Deutschland Kontrolle und Kooperation zugleich. So war vom Kern des Selbstverständnisses her darin bereits eine grundlegende Ambivalenz der praktischen Politik angelegt. Dietmar Hüser geht in seiner Analyse noch weiter, wenn er eine „doppelte Deutschlandpolitik“ konstatiert von einerseits gegenüber der Öffentlichkeit und den Alliierten mehr oder weniger klar proklamierten Zielen, unter denen aber vor allem der Zugriff auf die Ruhrkohle und die Dezentralisierung Deutschlands die eigentlichen Kernziele bildeten, und andererseits einer bereits früh differenzierter vorgehenden, Konzessionen an die Alliierten von vornherein einplanenden praktischen Politik.

### **Besatzungspolitik zwischen Nutzung und Demokratisierung**

Vor dem Hintergrund der jetzt bekannten Konzepte auf der Spitzenebene werden auch manche neuen Forschungsergebnisse zur Besatzungspolitik verständlicher. In der Grundtendenz erweist sich, daß diese Besatzung sehr vielschichtig war und neben ihren Härten zugleich höchst wirkungsvolle konstruktive Neuordnungsansätze aufwies<sup>11</sup>. Das war teilweise eine Folge unterschiedlicher Konzepte, von persönlichen oder administrativen Gegensätzen im Apparat der Militärregierung<sup>12</sup>, von Auswirkungen der Fülle zu bewältigender Schwierigkeiten in einem partiell zerstörten Land, die auch Handlungsspielräume für Neuordnungsansätze eröffneten. Das Gewicht vor allem der Kulturpolitik und der Sozialpolitik erklärt sich aber ebenso sehr daraus, daß sie integrale Teile der 1944/45 allmählich entwickelten neuen Sicherheitspolitik wurden. Manche Bereiche der „Demokratisierungspolitik“ erhielten ein solches Gewicht, daß sie auch zu Lasten der ökonomischen Interessen der Besatzungsmacht durchgesetzt wurden, welche die ältere Forschung irrtümlich für absolut prioritär hielt. Einige dieser Leistungen der französischen Besatzungsmacht gingen erheblich über diejenigen der Briten und

Amerikaner in ihren Zonen hinaus. Aber auch in der Wirtschaftspolitik, für welche bis vor kurzem das Bild einer reinen Reparations- und antiquierten Sicherheitspolitik noch zuzutreffen schien, zeigen sich inzwischen grundlegende Ambivalenzen, wenn nicht gar Korrekturen.

General de Gaulle hat diese Ambivalenzen bereits Anfang Oktober 1945 bei seiner Reise durch mehrere Städte der Besatzungszone offensiv angesprochen<sup>13</sup>. Es ging ihm hier einerseits um die langfristige Absicherung französischen Einflusses in Deutschland. Zugleich rief er aber, zur größten Überraschung seiner Zuhörer, zur deutsch-französischen Zusammenarbeit beim Wiederaufbau auf, den er etwa in Freiburg präziserte „im materiellen Sinn der Bausubstanz, der Ernährung, der allgemeinen Wirtschaftsaktivität; doch ebenso ... in der Erziehung, der Justiz, dem Religionswesen und der Verwaltung“. In der Führung der Baden-Badener Militärregierung wurden diese Reden intern als Direktiven des Regierungschefs gewertet, so etwa, wenn Zivilverwaltungschef Emile Laffon daraufhin die Landesgouverneure anwies, die „Verwaltungspolitik“ müsse „ein Wiederaufleben des Geistes öffentlicher Verantwortung erlauben“ und die Deutschen „an das Funktionieren demokratischer Institutionen“ gewöhnen. Wieder blieb dies ambivalent: Die französische Politik sei insgesamt durch „ihren doppelten Charakter von Bestimmtheit und Humanität“ zu definieren<sup>14</sup>. Trotz aller Härten der Besatzungszeit bedeutet dies, daß konstruktive Ansätze auf den höchsten Ebenen in Paris und in der Besatzungszone Rückhalt hatten, wenn sie nicht sogar von ihnen ausgingen. Mit einer reinen „Ausbeutungskolonie“, die viele Kräfte innerhalb der Militärverwaltung natürlich für legitim hielten, hatten solche Direktiven schon 1945 nichts mehr zu tun.

Konstruktive Ansätze der französischen Politik wurden von deutscher Seite im Kultursektor am ehesten anerkannt. Abgesehen von der erst jüngst genauer untersuchten Kirchenpolitik ist er auch der am besten erforschte Bereich<sup>15</sup>. Manchen

11 Zur Forschungslage siehe neben den im übrigen genannten Darstellungen die Forschungsberichte von Henri Ménudier, Note bibliographique, in: ders., ebd., S. 321–332; Edgar Wolfrum, Französische Besatzungspolitik in Deutschland nach 1945. Neuere Forschungen über die „vergessene Zone“, in: Neue politische Literatur, 35 (1990), S. 50–62; Adolf Kimmel, Die deutsch-französischen Beziehungen (I), in: ebd., S. 472–483.

12 Vgl. dazu Alain Lattard, Zielkonflikte französischer Besatzungspolitik in Deutschland. Der Streit Laffon/Koenig 1945–1947, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 39 (1991), S. 1–35.

13 Vgl. Rainer Hudemann, De Gaulle und der Wiederaufbau in der französischen Besatzungszone nach 1945, in: Wilfried Loth/Robert Picht (Hrsg.), De Gaulle, Deutschland und Europa, Opladen 1991, S. 153–167.

14 Instruktion vom 25. 10. 1945, Archives du Ministère des Affaires étrangères Y (1944–1949) 433.

15 Unter den zahlreichen Arbeiten s. insbesondere Jérôme Vaillant (Hrsg.), Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1949. Berichte und Dokumente, Konstanz 1984; Heinrich Küppers, Bildungspolitik im Saarland 1945–1955, Saarbrücken 1984; Corine Defrance, La politique culturelle de la France sur la rive gauche du Rhin 1945–1955, Strasbourg 1994; Stefan Zauner, Erziehung und Kulturmission. Frank-

Historikern erschien er nur als eine Art Palliativ, um die Härten der Besatzung zu überdecken. Im Rahmen der skizzierten neuen Sicherheitspolitik sind sein Gewicht und seine Aufgabe allerdings weit höher anzusetzen, und das erklärt auch die großen Finanzmittel, die Frankreich hier einsetzte. Gerade deshalb erfaßte die Ambivalenz der französischen Politik aber auch die Kulturpolitik. Wenngleich etwa unter Vorsitz von de Gaulle bereits im Herbst 1945 in Paris ausführliche Direktiven für Schulreformen in der Zone und für eine „neue Pädagogik“ im Gegensatz zur „nationalsozialistischen Pädagogik“ verabschiedet wurden<sup>16</sup>, war die Umsetzung unter der temperamentvollen Ägide des sehr eigenständigen Baden-Badener Erziehungsdirektors Raymond Schmittlein von einem fast jakobinischen Missionarismus geprägt: Frankreich sollte durch Schulreformen nach französischem Vorbild den Deutschen Demokratie und humanitäre Werte bringen.

Dieser Missionarismus, der sich unter anderem scharf gegen das elitär betrachtete humanistische Gymnasium richtete, traf bald auf immer größeren deutschen Widerstand. In anderen Bereichen waren die französischen Erfolge größer. So behielten die Universitätsgründungen in Mainz und im Saarland ebenso Bestand wie die Gründung der – ursprünglich allerdings als eine Art deutsche ENA (École Nationale d'Administration) konzipierten – Verwaltungshochschule Speyer<sup>17</sup> und des Dolmetscherinstituts Gernersheim. Treffen unter Studierenden und unter Multiplikatoren beider Seiten wurden früh eingeleitet und schufen ein Netz persönlicher Verbindungen, die später ihre Wirkungen in den politischen und intellektuellen Eliten beider Länder entfalteten. Namen wie Emmanuel Mounier, Père du Rivau, Alfred Grosser, Joseph Rovin – der in der Militärregierung für die Erwachsenenbildung zuständig war – stehen für solche zukunftsweisenden Initiativen. Die vielfälti-

reichs Bildungspolitik in Deutschland 1945–1949, München 1994; Monique Mombert, *Sous le signe de la rééducation. Jeunesse et Livre en Zone Française d'occupation (1945–1949)*, Strasbourg 1995; Christophe Baginski, *La politique religieuse de la France dans sa Zone d'occupation en Allemagne de 1945 à 1949*, Thèse Université de Lille III 1996 (im Druck).

16 Auszugsweise zit. bei: Rainer Hudemann, *Kulturpolitik im Spannungsfeld der Deutschlandpolitik. Frühe Direktiven für die französische Besatzung in Deutschland*, in: Franz Knipping/Jacques Le Rider/Karl J. Mayer (Hrsg.), *Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland 1945–1950*, Tübingen 1987, S. 15–31.

17 Vgl. Rudolf Morsey, *40 Jahre Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (1947–1987)*, Speyer 1978, S. 11–44; Armin Heinen/Rainer Hudemann (Hrsg.), *Universität des Saarlandes 1948–1988*, Saarbrücken 1989<sup>2</sup>.

gen Aktivitäten in Theater, Film, Ausstellungen und Buchproduktion trafen auf ein oft enthusiastisches Echo. Einige der intellektuell anspruchsvollsten Zeitschriften der deutschen Nachkriegsjahre erschienen in der französischen Zone. Ähnliches galt für Presse und Rundfunk<sup>18</sup>. Die Militärregierung war im Medienbereich um Chancengleichheit für alle als demokratisch betrachteten politischen Kräfte besonders bemüht, bis hin zur politisch ausgewogenen Papierzuteilung. Von deutscher Seite sah man allerdings vorwiegend die mit diesem Konzept natürlich wiederum verbundene Kontrolle.

Als nur an öffentlichkeitswirksamen Effekten orientierte Willkür erschien manchen Zeitgenossen und zunächst auch der Forschung<sup>19</sup> die französische Entnazifizierungspolitik. Auch hier erwies sich inzwischen, daß die Franzosen tatsächlich im Gegenteil das differenzierteste Entnazifizierungskonzept aller Alliierten entwickelten und sich unter Ablehnung des amerikanischen Schematismus um die Feststellung individueller Verantwortung unter politischen Gesichtspunkten bemühten, wenngleich diese eigenständige Linie sich nur bis 1947 durchhalten ließ<sup>20</sup>.

Bis zur Schikane reichende Kontrolle schien aus deutscher Sicht auch den Wiederaufbau von Parteien und Gewerkschaften zu kennzeichnen<sup>21</sup>. Tatsächlich galt auch hier ein Konzept des stufenweisen Aufbaus politischer Institutionen von der lokalen Ebene aus, wobei man den Parteien aufgrund des Scheiterns der Weimarer Republik besonderes Mißtrauen entgegenbrachte. Wie die Analyse der Entscheidungsprozesse zeigt<sup>22</sup>, waren

18 Vgl. Stephan Schölzel, *Die Pressepolitik in der französischen Besatzungszone 1945–1949*, Mainz 1986; Sabine Friedrich, *Rundfunk und Besatzungsmacht. Organisation, Programm und Hörer des Südwestfunks 1945 bis 1949*, Baden-Baden 1991.

19 Vgl. Klaus-Dietmar Henke, *Politische Säuberung unter französischer Besatzung. Die Entnazifizierung in Württemberg-Hohenzollern*, Stuttgart 1981.

20 Vgl. Reinhard Grohnert, *Die Entnazifizierung in Baden 1945–1949. Konzeptionen und Praxis der „Eputation“ am Beispiel eines Landes der französischen Besatzungszone*, Stuttgart 1991, und vor allem Rainer Möhler, *Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz und im Saarland unter französischer Besatzung von 1945 bis 1952*, Mainz 1992.

21 Vgl. Katrin Kusch, *Die Wiedergründung der SPD in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1951)*, Mainz 1989; Edgar Wolfrum, *Französische Besatzungspolitik und deutsche Sozialdemokratie. Politische Neuansätze in der „vergessenen Zone“ bis zur Bildung des Südweststaates 1945–1952*, Düsseldorf 1991; A. Lattard (Anm. 10); Hans-Christian Herrmann, *Sozialer Besitzstand und gescheiterte Sozialpartnerschaft. Sozialpolitik und Gewerkschaften im Saarland von 1945 bis 1955*, Saarbrücken 1996.

22 Vgl. R. Hudemann (Anm. 6).

Gewerkschaftler in den Anfangsjahren politisch daher mitunter sogar einflußreicher als die Parteien – und als sie es selbst anerkannten. Gewerkschaften wurden zugleich als Ordnungskraft in den Betrieben genutzt: Wieder zeigte die Demokratisierung ihr doppeltes Gesicht von Kontrolle und Neuordnung. Beides traf ebenfalls zusammen in der auf breite Fundierung in der Bevölkerung bedachten französischen Verfassungspolitik in den Ländern<sup>23</sup>.

In der Sozialpolitik kollidierte die Demokratisierungspolitik am unmittelbarsten mit den ökonomischen Interessen der Besatzungsmacht. 1945/46 setzte die Militärregierung in Kooperation mit christlichen Gewerkschaftlern eine tiefgreifende Reform der Sozialversicherung durch, in der sie vor allem die in der Entstehung des deutschen Sozialversicherungssystems nach 1884 begründeten sozialen Ungerechtigkeiten zwischen den Lebensbedingungen insbesondere von Arbeitern und Angestellten durch die Schaffung einer regional gegliederten Einheitskrankenkasse und eine Zusammenfassung der Rentenversicherungen weitgehend ausglich. Die Wiederherstellung der von den Nationalsozialisten aufgelösten Selbstverwaltung in der Sozialversicherung – traditionelles politisches Sozialisierungsfeld für Politiker aus der Arbeiterbewegung – setzte die Militärregierung in ihrer Zone bereits 1947/48 durch, während die Länder der anderen Westzonen darauf bis 1952/53 warten mußten. In der Kriegsopferversorgung, die direkt aus dem Staatshaushalt finanziert wurde und daher ebenso wie die Finanzkompetenz der sozialen Selbstverwaltung das Interesse der Besatzungsmacht an hohen Besatzungskostenpauschalen unmittelbar tangierte, wurden in der französischen Zone die höchsten Leistungen aller Besatzungszonen gewährt. Die betriebliche Mitbestimmung war vielfach erheblich weiter gefaßt als später in der Bundesrepublik.

Viele solche Reformen nahm die Bundesrepublik zunächst wieder ganz oder weitgehend zurück; sie realisierte einige von ihnen allerdings später auf anderem Wege, so die Rentnerkrankensversicherung 1956 und die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall 1970. Ein Ausgleich der sozialen Ungerechtigkeiten im deutschen Krankenversicherungssystem wurde grundlegend aber erst 1994 wieder in Angriff genommen – ein halbes Jahrhundert nach der Pionierarbeit der französischen Militärregierung.

23 Vgl. Frank R. Pfetsch, Ursprünge der Zweiten Republik. Prozesse der Verfassungsgebung in den Westzonen und in der Bundesrepublik, Opladen 1990.

Ebenso ambivalent in ihrer Wirkung wie die demokratisierende Sicherheitspolitik waren die Wirtschaftsinteressen, deren Ziel zunächst eine reine Ausbeutung zu sein schien. Um die Zone für den französischen Wiederaufbau langfristig zu nutzen, mußte man ihren Produktionsapparat aber erst einmal wieder in Gang setzen, und dies geschah mit vielfach bemerkenswerter Geschicklichkeit durch oft hochqualifizierte Fachleute.

Wiederaufbauprioritäten und Nutzung in französischem Interesse sind von den Rekonstruktionseffekten für die deutsche Wirtschaft nicht immer klar zu trennen – auch hier lag aber nicht Raubbau, sondern Wiederaufbau im ureigensten französischen Interesse<sup>24</sup>. Von deutscher Seite wurden die hohen französischen Exporte und die dafür u. a. vorgenommene Abholzung von Teilen des Schwarzwaldes kritisiert – man sah aber nicht, daß die für sich allein nicht lebensfähige kleine Zone zur Bezahlung der Lebensmitteleinfuhren auf die Exporte angewiesen war und Frankreich diese auch größtenteils und ab 1947 ganz in Dollar bezahlte, um die Zone nicht aus dem eigenen Staatshaushalt subventionieren zu müssen wie die Amerikaner. Möglicherweise hat Frankreich sich damit sogar sozusagen selbst ausgebeutet, denn für die in der Zone aufgewandten Dollar hätte es auf dem Weltmarkt Güter erwerben können, die das Land weit dringender gebraucht hätte<sup>25</sup>.

Die Demontagen in der Zone waren ökonomisch größtenteils sinnlos und gingen politisch auf Entscheidungen nicht der Franzosen allein, sondern des Alliierten Kontrollrates zurück; in ihrer verheerenden politischen Wirkung unterminierten sie allerdings besonders nachhaltig die möglichen Erfolge der französischen Politik. Gleiches gilt für die – häufig von Militärs gegen die für die Zivilverwaltung zuständigen französischen Stellen verfügten – Requisitionen; bei Lebensmitteln vermittelten sie der deutschen Bevölkerung den irrtümlichen Eindruck, daß ihr Hunger allein auf Entnahmen der Besatzungsmacht zurückging. Frankreich hat für die von deutscher Seite während der Kriegsjahre entnommenen Güter bis 1954 wahrscheinlich sogar nur einen Gegenwert

24 Vgl. Armin Heinen, Saarjahre. Politik und Wirtschaft an der Saar 1945–1955, Stuttgart 1996; Raymond Poidevin (Hrsg.), Les relations économiques franco-allemandes au XX<sup>e</sup> siècle, in: Revue d'Allemagne, 25 (1993) 4; Sylvie Lefèvre, Les relations économiques franco-allemandes de 1945 à 1955. De l'occupation à la coopération, Thèse Université de Paris IV-Sorbonne 1996.

25 So Christoph Buchheim, Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958, München 1990. Zu den innerfranzösischen Diskussionen s. D. Hüser (Anm. 1).

von 1,42 Prozent als Restitutionsen zurückerhalten<sup>26</sup>.

In solchen Auseinandersetzungen liegen weitere Erklärungen dafür, daß die konstruktiveren Leistungen der Besatzungsmacht auf deutscher Seite nicht stärker rezipiert wurden. Die skizzierten Grundzüge der Besatzungszeit sind natürlich in vielerlei Hinsicht zu differenzieren und zu ergänzen, wozu hier der Raum fehlt. So setzte die französische Politik in Rheinland-Pfalz oft andere Akzente als in Baden und Württemberg-Hohenzollern, welche man weniger eng an sich binden wollte. Mancher zunächst eher auf Revanche bedachte Besatzungsoffizier wurde durch die Erfahrung der Zusammenarbeit mit den Deutschen zu deren Sachwalter gegenüber vorgesetzten Stellen. Politische Fronten gingen häufig quer durch deutsche und französische Verwaltungen hindurch. Auch wo Kontrolle, autoritäres Auftreten und Interessengegensätze vorherrschten, wurden so in der Praxis bereits vielfache Grundlagen für eine Kooperation gelegt, die Jahre später ihre Früchte tragen sollte.

### Frankreich und die deutsche Einheit

Hat Frankreich die Chancen für die deutsche Einheit 1945/46 blockiert? Nach heutiger Kenntnis war grundlegend für das Verständnis der französischen Politik 1945, für ihre Entwicklung, aber auch für ihre Unsicherheiten und inneren Widersprüche der Versuch, zwischen politischer und ökonomischer Einheit Deutschlands zu unterscheiden und eine politische Dezentralisierung bei wirtschaftlicher Einheit zu erreichen. Das war konzeptionell ein nicht immer überzeugend gelungener Drahtseilakt, denn wie man politische und ökonomische Gewichte jeweils einschätzte, konnte im einzelnen sehr unterschiedliche Maßnahmen zum Ergebnis haben. De Gaulle neigte durchgehend zu politischen Prioritäten, seine Fachministerien betonten je nach Aufgabenbereich mehr oder weniger eindringlich die Sachzwänge der politischen oder der ökonomischen Lage. Erst die jüngere Forschung hat erkannt, daß politische Dezentralisierung bei ökonomischer Einheit 1945 auch das Konzept der britischen Regierung war<sup>27</sup>. Diese teilte mit den

26 Vgl. Claude Lorentz, *Les restitutions allemandes au lendemain de la Seconde Guerre Mondiale (1943–1954)*, Thèse Université de Strasbourg III 1995, S. 345.

27 Vgl. Martina Kessel, *Westeuropa und die deutsche Teilung. Englische und französische Deutschlandpolitik auf den Außenministerkonferenzen von 1945 bis 1947*, München 1989; Anne Deighton, *The Impossible Peace. Britain, the Division of Germany and the Origins of the Cold War*, Oxford 1990.

Franzosen insbesondere das tiefe Mißtrauen gegenüber den Sowjets und die Furcht vor deren Ausgreifen bis an den Rhein unter dem Mantel gesamtdeutscher Institutionen. Die zitierte erste französische Geheimdirektive vom 20. Juli 1945 verwies ausdrücklich darauf, daß eine „alliierte Einheitsfront“ – bei „politischer Dezentralisierung“ – eher im französischen Interesse liege als eine „Zersplitterung“ („dislocation“) Deutschlands. In der Tat war für den französischen Wiederaufbau aus der kleinen eigenen Besatzungszone nicht viel zu gewinnen.

So radikale Entindustrialisierungs- und Zersplitterungskonzepte wie der Morgenthau-Plan, den immerhin sowohl Roosevelt als auch Churchill zunächst amtlich gutgeheißen hatten, sind aus den französischen Akten, zumal als Regierungsbeschlüsse, auch nicht bekannt. Tatsächlich war die französische Politik 1945 zugleich unpräziser und flexibler, als Schlagworte sie erscheinen lassen. Vor allem de Gaulle nahm Rücksicht auf eine öffentliche Meinung, angesichts deren tiefer innerer Zerrissenheit eine Revanche-Politik gegenüber Deutschland fast der einzige gemeinsame politische Nenner im Lande war, und ließ sich die Möglichkeit offen, je nach innen- und außenpolitischer Situation unterschiedliche deutschlandpolitische Varianten zu realisieren<sup>28</sup>; viele seiner Reden waren bei genauerer Betrachtung sehr offen formuliert – so die vielzitierte Forderung „kein zentralisiertes Reich mehr“, die oft als Aufteilung des Reiches interpretiert wird, aber ebenso Dezentralisierung meinen konnte.

Daß Maximalziele wie eine Abtrennung des Rheinlandes von Deutschland politisch nicht durchzusetzen sein würden, erkannte man im Quai d'Orsay spätestens im Herbst 1945<sup>29</sup>. Um so stärker trat in den Mittelpunkt das Ziel einer Partizipation an der Ruhrkohle – die weit wichtiger erschien als die qualitativ geringerwertige Saarkohle –, das Streben nach einer politischen Dezentralisierung in Deutschland und der Wunsch nach einer langfristigen Sicherung französischen Einflusses im Nachbarland, insbesondere im Rheinland – unter welchen praktischen Formen auch immer. Zur Erhaltung der deutschen Wirtschaftseinheit ohne Präjudizierung einer zentralen deutschen Regierung entwarf man im Verlauf des Herbstes 1945 das Konzept sogenannter „bureaux

28 Vgl. D. Hüser (Anm. 1); Pierre Maillard, *De Gaulle und Deutschland: Der unvollendete Traum*, Bonn 1991.

29 Vgl. dazu bereits Belege bei Reinhard Schreiner, *Bidault, der MRP und die französische Deutschlandpolitik 1944–1948*, Frankfurt/M. u. a. 1985.

alliés“, deutscher Verwaltungsstellen unter Aufsicht des Alliierten Kontrollrates, das sich jedoch nicht durchsetzte<sup>30</sup>. Immerhin erklärt es, warum Frankreich im Alliierten Kontrollrat zwar einerseits einer politischen Zentralisierung Deutschlands nicht zustimmte, andererseits aber in vielen Einzelfragen konstruktive Arbeit leistete und manche Kontrollratsdirektiven – etwa in der Sozialpolitik – in seiner Zone auch weitergehend umsetzte als Briten und Amerikaner. Das ursprünglich besonders von General Clay aus politischen Gründen verbreitete und von der Forschung lange Zeit übernommene Bild einer generellen französischen Obstruktionspolitik im Kontrollrat trifft so nicht zu.

Besonders unklar blieb die französische Politik zunächst in der Saarfrage. Erst Anfang 1947 wurden in Paris dafür detailliertere politische Konzepte entworfen. Die Verwaltung vor Ort sah sich gezwungen, im wesentlichen selbst zurechtzukommen<sup>31</sup>. Auch hinsichtlich der in der französischen Öffentlichkeit vehement diskutierten Annexion der Saar liegen bislang keine eindeutigen Beweise dafür vor, daß dies zumindest ab Sommer 1945 noch das Ziel der Regierung gewesen wäre<sup>32</sup>. Vielmehr strebte man schon früh eine wieder nicht klar definierte langfristige „Assimilation“ des Landes und eine 1947 dann auch durchgeführte wirtschaftliche Angliederung an den französischen Wirtschaftsraum an, die in der Saar-Bevölkerung bis in die frühen fünfziger Jahre auch durchaus Rückhalt hatte. Diese Angliederung gestanden die Westalliierten Paris intern bereits im Frühjahr und offiziell im Herbst 1946 zu, während Stalin sie strikt ablehnte.

In Saarbrücken verfolgte Verwaltungschef Gilbert Grandval in Kooperation mit der Regierung Johannes Hoffmann die Politik eines autonomen Staatswesens unter französischer Ägide, während in Paris zunächst eher protektoratsähnliche, ab 1947 von Saarkommissar Michel Debré geprägte Vorstellungen vorherrschten. Zwischen Bonn und Paris wurde die Saarfrage nach 1949 bekanntlich

zum wichtigsten Hindernis auf dem Weg zu einer Annäherung, ihre Lösung dann zu einem zentralen Erfolg für Robert Schuman, Konrad Adenauer und Pierre Mendès France. Daß die Saar ökonomisch allerdings nicht so viel für Frankreich erbringen würde, wie man in der Öffentlichkeit erwartete – und zudem erhebliche Konkurrenzprobleme mit Lothringen schuf –, erkannten manche Wirtschaftsexperten schon früh. Das bereitete auch den Boden dafür vor, daß Frankreich, ohnehin mit einer Fülle von Problemen in der Innenpolitik und im Kolonialreich konfrontiert, 1955 nach dem Referendum über das von der Bevölkerung mit Zwei-Drittel-Mehrheit abgelehnte europäische Statut der Saar schließlich einer Eingliederung in die Bundesrepublik zustimmte. Trotz der konfliktgeladenen Atmosphäre, die an der Saar bis heute spürbar ist, wurden hier vielfältige Institutionen und Kooperationsstrukturen geschaffen, welche bis in die Gegenwart als Brücke zwischen Frankreich und Deutschland dienen.

Aus der frühen Erkenntnis, daß eine Zersplitterung des Reiches nicht eindeutig im Interesse Frankreichs lag und ohnehin bei den anderen Alliierten nicht durchzusetzen sein würde, zog die französische Verwaltung intern schon 1946 die Konsequenz, detaillierte Konzepte für das Bundesländer-Verhältnis und eine möglichst schwache Zentralgewalt in einer künftigen deutschen Bundesverfassung zu entwerfen. Auch die Gründung des Landes Rheinland-Pfalz im August 1946 gehörte in diesen Kontext; sie konnte intern in Paris sowohl die Anhänger einer Abtrennung des Rheinlandes im Sinne eines Staatenbund-Konzeptes zufriedenstellen als auch eine starke Stellung der Länder in einem künftigen deutschen Bundesstaat vorbereiten<sup>33</sup>.

Das offizielle Einschwenken der Franzosen auf die verfassungspolitischen Forderungen der anderen Westalliierten während der Moskauer Außenministerkonferenz im Frühjahr 1947 war nicht plötzlichem amerikanischem Druck zuzuschreiben, sondern stellte den Endpunkt einer intern in Paris bereits 1946 weit gediehenen Entscheidungsfindung dar<sup>34</sup>. Im Grundgesetz erhielt die Bundesrepublik eine föderale Struktur, welche zwar nicht so weitgehend dezentralisiert wurde, wie man das in Paris 1945 erhofft hatte, die aber dennoch einem Pariser Kernziel grundsätzlich entsprach. Hier

30 Vgl. Rainer Hudemann, Frankreich und der Kontrollrat 1945–1947, in: Klaus Manfraß/Jean-Pierre Rioux (Hrsg.), France – Allemagne 1944–1947, Paris 1990, S. 97–118; Gunther Mai, Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945–1948. Alliierte Einheit – deutsche Teilung?, München 1995.

31 Dazu umfassend jetzt A. Heinen (Anm. 24).

32 Vgl. Rainer Hudemann, Die Saar zwischen Frankreich und Deutschland 1945–1947, in: Rainer Hudemann/Raymond Poidevin/Annette Maas (Hrsg.), Die Saar 1945–1955. Ein Problem der europäischen Geschichte. La Sarre 1945–1955. Un problème de l'histoire européenne, München 1995<sup>2</sup>.

33 Vgl. Peter Haungs (Hrsg.), 40 Jahre Rheinland-Pfalz. Eine politische Landeskunde, Mainz 1986; Heinrich Küppers, Staatsaufbau zwischen Bruch und Tradition. Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 1946–1955, Mainz 1990.

34 Vgl. D. Hüser (Anm. 1) und M. Kessel (Anm. 27).

waren Amerikaner und Franzosen 1945 wie 1948 tatsächlich weniger weit voneinander entfernt, als es die oft scharfen Formen interalliiertes Auseinandersetzungen erscheinen ließen.

Schwieriger war der Zugriff auf die Ruhrkohle in einem sich wandelnden internationalen Umfeld zu sichern. Mit dem Schuman-Plan für eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl griff man 1950 auf die seit 1943 entwickelten Konzepte zurück, die innenpolitisch mit dem Monnet-Plan für eine Modernisierung des Landes umgesetzt worden waren<sup>35</sup> und jetzt um ihre integrativ-grenzüberschreitenden Komponenten erweitert wurden. In der Öffentlichkeit als enthusiastischer Auftakt zur Integration Europas eingeschätzt, lag der Plan tatsächlich im ureigensten französischen Interesse. Auch wenn nationalstaatliche Elemente sich in der Ausformulierung 1951 stärker behaupteten als im Plan von 1950 und die Bundesrepublik die Kontrolle über die Ruhr-Kohle zurückerhielt, machte dies den seit 1945 eingeleiteten Wandel im deutsch-französischen Verhältnis offenbar und schuf zukunftsweisende internationale Organisationsstrukturen<sup>36</sup>.

35 Vgl. Philippe Mioche, *Le Plan Monnet. Genèse et élaboration 1941–1947*, Paris 1987.

36 Zum Spannungsfeld von europapolitischer und ökonomischer Interpretation s. insbesondere Raymond Poidevin, *Robert Schuman homme d'Etat 1886–1963*, Paris 1986; John Gillingham, *Coal, Steel, and the Rebirth of Europe, 1945–1955. The Germans and French from Ruhr conflict to economic community*, Cambridge u. a. 1991; Gilbert Trausch, *Der Schuman-Plan zwischen Mythos und Realität. Der Stellenwert des Schuman-Planes*, in: Rainer Hudemann/Hartmut Kaelble/Klaus Schwabe (Hrsg.), *Europa im Blick der Historiker. Europäische Integration im 20. Jahrhundert: Bewußtsein und Institutionen*, München 1995, S. 105–128; Dirk Spierenburg/Raymond Poidevin, *Histoire de la Haute Autorité de la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier: Une expérience supranationale*, Bruxelles 1993; zu den innerfranzösischen ökonomischen Interessengegensätzen s. jetzt Matthias Kipping, *Zwischen Kartellen und Konkurrenz*.

Der Umbruch in der Forschung der letzten Jahre zeigt gegenüber bisherigen Vorstellungen im Ergebnis stärkere Kontinuitäten im Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich seit 1945. Die Erfolge der Annäherung waren weniger anglo-amerikanischem Druck zu verdanken, der – zumal mit dem Marshall-Plan – allerdings als zusätzlicher Faktor wirkte, als vielmehr der inneren Dynamik der beiderseitigen Interessen. Die Behandlung Deutschlands als „Reparationsgut“ paßte nicht mehr in die politische und ökonomische Wirklichkeit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – von partnerschaftlichen Strukturen profitierten beide Seiten mehr, und das wurde auf der Führungsebene früh erkannt. Durch ihr oftmals hartes Auftreten und ihre Absonderungspolitik in der Zeit der Weichenstellungen vor Gründung der Bundesrepublik beraubten die Franzosen sich allerdings auch selbst mancher Chancen, ihre vielfach durchaus beachtenswerten Leistungen im deutschen Südwesten nach 1949 auch auf Bundesebene stärker zur Wirkung zu bringen.

Konfliktreich blieb das Verhältnis auch in späteren, an sich weniger spannungsreichen Epochen. Die harten Debatten um die deutsche Vereinigung nach 1989 zeigten das erneut. Die Untrennbarkeit von Kooperation und Kontrolle, die Ambivalenz von „mise en valeur“ und gemeinsamer Rekonstruktion, das Spannungsverhältnis von Völkerverständigungs-Idealismus und gegenseitiger Interessenverflechtung entfalteten aber nicht nur ihre negativen Seiten, sondern gerade auch ihre konstruktiven Wirkungen bereits seit der frühen Nachkriegszeit.

Der Schuman-Plan und die Ursprünge der europäischen Einigung 1944–1952, Berlin 1996; zur Wiedervereinigungsfrage in diesen Jahren Eckart Lohse, *Östliche Lockungen und westliche Zwänge. Paris und die deutsche Teilung 1949 bis 1955*, München 1995.

# Die Sowjetisierung der SBZ/DDR im ost-westlichen Spannungsfeld

## I. Sowjetisierung als ein europäisches Nachkriegsproblem

Die Sowjetisierung als ein mehrdimensionales Nachkriegsphänomen betraf vor allem die europäischen Satellitenstaaten der UdSSR. Sie verlief in diesen, zumeist sehr jungen, Nationalstaaten höchst unterschiedlich und doch in vielem ähnlich. Inwiefern sowjetische Beeinflussung überall und in jedem Fall als Sowjetisierung bezeichnet werden kann, bleibt dennoch fraglich<sup>1</sup>. Jede Definition von Sowjetisierung ist bislang zu Recht von der Übertragung bzw. Übernahme des sowjetischen Modells auf die Verhältnisse von Staaten im Machtbereich der UdSSR, von der Angleichung nicht-sowjetischer nationaler Gesellschaften an das sowjetische Vorbild ausgegangen<sup>2</sup>. Zwar fungierte „Sowjetisierung“ lange Zeit als ein Kampfbegriff des Kalten Krieges, doch erfaßt er – inzwischen weitgehend entemotionalisiert – das Wesen des historischen Prozesses m. E. begrifflich prägnant. Sowohl die ältere als auch die neuere und neueste Forschungsliteratur, auf die aus Platzgründen nicht eingegangen werden kann, verwendet ihn. Und in jedem europäischen Fall bestand ein Spannungsverhältnis zwischen sowjetischen Einwirkungen und spezifischen, in sich differenzierten nationalen Interessen.

1 Vgl. dazu die Überlegungen von Jan Foitzik, *Sowjetische Hegemonie und Kommunismus in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 37–38/96, S. 29–37, hier besonders S. 36.

2 Vgl. u. a. Michael Reimann „Sowjetisierung“ und nationale Eigenart in Ostmittel- und Südosteuropa. Zu Problem und Forschungsstand, in: Hans Lemberg (Hrsg.), unter Mitwirkung von Karl von Delhaes u. a., *Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuität und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg*, Limburg/Lahn 1991, S. 3; Hans Lemberg, *Sowjetisches Modell und nationale Prägung: Resümee einer Diskussion*, in: ebd., S. 357–366; Georg von Rauch, *Sowjetrußland von der Oktoberrevolution bis zum Sturz Chruschtschows 1917–1964*, in: *Handbuch der europäischen Geschichte*, hrsg. v. Theodor Schieder, Bd. 7, Stuttgart 1992<sup>2</sup>, S. 481–521; Ernst Birke/Rudolf Neumann (Hrsg.), *Die Sowjetisierung Ost-Mitteleuropas. Untersuchungen zu ihrem Ablauf in einzelnen Ländern*, hrsg. im Auftrag des Johann Gottfried-Herder-Forschungsrates, Frankfurt/M. 1959.

Was waren die systemspezifischen Konstanten der Sowjetisierung und was deren Variablen? In welchem Maße gingen nationale Modifikationen aus zweckrationalen oder anderen Gründen von Moskau selbst und/oder von den Verhältnissen in den einzelnen Staaten aus? Wie verhielten sich die systemspezifischen Grundstrukturen und Funktionen des sowjetischen Herrschaftstyps und die nationalen Besonderheiten von Herrschaft und Macht und wie deren sowjetische und nationale Träger zueinander? Mit diesen Fragen verknüpft sich ein übergreifendes Problem: Was war per definitionem und in praxi Sowjetisierung und was lediglich sowjetischer Einfluß?

Die Grenzen beider Erscheinungen sind fließend, Trennlinien verschwimmen. Natürlich stellte der sowjetische Einfluß eine Voraussetzung und einen Begleitumstand für Sowjetisierung dar, ist aber nicht mit ihr identisch. Die strukturelle, institutionelle, funktionale und auch geistige Sowjetisierung als Transformationsprozeß war zeitlich begrenzt. Sie flachte offenbar in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre ab und lief dann in den einzelnen Staaten – zu Zeitpunkten, die näher zu bestimmen sind – allmählich aus. Der sowjetische Einfluß bestand jedoch bis zum Ende der achtziger Jahre fort. Eine Schwierigkeit der Unterscheidung beider Prozesse ergibt sich vor allem aus der nicht unbegründeten Annahme, daß in einer bestimmten Periode der Nachkriegsentwicklung im Ostblock jede Form sowjetischer Einflußnahme im Kontext von Sowjetisierung zumindest indirekt auf sie hinauslaufen und deren Habitus annehmen mußte.

Die Untersuchung des Problems Sowjetisierung kommt auf der Basis einer Fülle von neuem nationalen Quellenmaterial und Erkenntnissen der Forschung in den einzelnen Staaten nicht ohne den innersystemischen Vergleich und nicht ohne die Analyse des Wechselverhältnisses von Sowjetisierung und Kaltem Krieg aus: In welchem Maße verursachte und beschleunigte Sowjetisierung konfrontative Prozesse, stellte sie ein aktives oder reagierendes Moment der Entwicklung des Ost-West-Konflikts nach 1945 dar? Damit verbunden bleibt auch die Frage nach der Entwicklung einer vor allem durch internationale Faktoren bedingten



Eigendynamik von Sowjetisierung im Kalten Krieg. Die Analyse der komplexen Erscheinung Sowjetisierung bedarf ferner einer exakten Periodisierung. Die intensivste Phase wird in allen betroffenen Staaten – mit Zeitversetzungen – in den Jahren zwischen 1947 und 1953 zu finden sein. Als Ausgangspunkt bietet sich vor allem die Frage nach den Interessen der UdSSR in den einzelnen Ländern an: Welche politischen, strategischen und wirtschaftlichen Ziele, aber auch historischen und mentalen Motive leiteten sie? Zum anderen ist natürlich den unterschiedlichen Ausgangslagen und den nicht konstant bleibenden und nicht undifferenzierten jeweiligen nationalen Dispositionen für die Sowjetisierungsprozesse nachzugehen: Was legitimierte sie? Wer begrüßte oder tolerierte sie aus welchen Gründen, wo artikulierten sich passive Resistenz und aktiver Widerstand? Gab es Inkubationsperioden, mögliche retardierende Momente oder gar rückläufige Tendenzen einer Sowjetisierung? Und: Auf welchen Wegen setzte die UdSSR Sowjetisierungsabsichten durch? Betrachtet man den Gesamtprozeß mehr vom Ende her, so stellt sich nicht zuletzt auch die Frage, inwiefern die Sowjetisierung in den einzelnen Staaten zu einem Identitätswandel ihrer Völker und Gesellschaften beigetragen hat. Also: Was ist von der Sowjetisierung geblieben?

---

## II. Sowjetisierung und Amerikanisierung im Vergleich

---

Konrad H. Jarausch und Hannes Siegrist sprechen in einem Anfang 1997 erscheinenden Band – das Ergebnis einer fruchtbaren Konferenz im Juni 1995<sup>3</sup> – von Amerikanisierung und Sowjetisierung als zwei die „deutsche Nachkriegsgeschichte dominierende Richtungen“, die aus einem vergleichenden Blickwinkel und aus beziehungsgeschichtlicher Perspektive betrachtet werden müßten<sup>4</sup>. Amerikanisierung und Sowjetisierung erscheinen als politisch entgegengesetzte Begriffe, die gleichwohl zueinander in einem Abhängigkeits- und Ergänzungsverhältnis stehen.

3 „Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970“. Veranstalter der Konferenz in Berlin waren die Arbeitsstelle für Vergleichende Gesellschaftsgeschichte der FU Berlin und das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Am Potsdamer Zentrum beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe mit dem Thema: „Die SBZ/DDR zwischen Sowjetisierung und Eigenständigkeit 1945–1963“.

4 Konrad H. Jarausch/Hannes Siegrist (Hrsg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970, Frankfurt a. M. 1997, S. 12 f.

Doch versteht man Sowjetisierung wie definiert, so ist zu bezweifeln, daß es sich bei der Amerikanisierung tatsächlich um das Gegenstück zur Sowjetisierung handelt. Was waren deren Grundlagen? Die Ausgangssituationen in beiden Teilen Deutschlands, bei dem es sich um ein besiegtes und besetztes Land handelte, waren nach dem Mai 1945 ähnlich. Bis 1949 herrschten die Besatzungsmächte per Militärverwaltungen uneingeschränkt. Nach den deutschen Staatsgründungen kontrollierten die Westmächte die Entwicklung der Bundesrepublik bis 1955 auf der Rechtsgrundlage eines Besatzungsstatuts, und die UdSSR, wenngleich sie aus propagandistisch-politischen Gründen auf eine ähnliche Regelung verzichtete, die DDR nach ihren nichtkodifizierten Vorstellungen und Bedürfnissen. Im Westen bildeten die drei Hohen Kommissare, im Osten die Sowjetische Kontrollkommission (SKK) eine Art „Überregierung“. Dabei ist hier wie dort zu unterscheiden zwischen „purem“ Besatzungsdirigismus und dem Bestreben, Deutschland – oder jeweils einen Teil davon – nach dem eigenen Bilde auf Dauer zu prägen: Was war bloße Verwaltung des deutschen Alltags und was Gestaltung deutscher Verhältnisse im Sinne der Schaffung eines Alter ego der jeweiligen Besatzungsmacht?

Natürlich kann auch gefragt werden, inwiefern die Gestaltung Ostdeutschlands nach dem Bilde der UdSSR in dem Bemühen der USA, das westliche liberale Demokratie- und Staatsmodell in Westdeutschland durchzusetzen, eine Entsprechung fand. Unstrittig ist, daß die Sowjetisierung der SBZ/DDR ohne die Präsenz sowjetischer Truppen nicht denkbar gewesen ist. Doch in welchem Maße setzte eine Amerikanisierung tatsächlich noch Besatzung und militärische Präsenz voraus? Es ist eben nicht nur die Frage nach den Zielen und Inhalten der Einwirkung, sondern auch nach deren Modi interessant. Die sowjetische deutschlandpolitische „Globalsteuerung“ vollzog sich vorrangig dirigistisch, die amerikanische wohl eher „sanft“, kooperativ und über wirtschaftliche Mechanismen<sup>5</sup>. Während es im Verhältnis der UdSSR zu ihrem sowjetisierten Bündnispartner Rückkoppelungen kaum gab, flossen Elemente von Politik, Wirtschaft und Kultur der Bundesrepublik in die Gesellschaften der USA, Englands, Frankreichs und anderer

5 Vgl. Ludolf Herbst, Option für den Westen. Vom Marshallplan zum deutsch-französischen Vertrag, München 1989, S. 46 f.; Josef-Hermann Rupieper, Amerikanisierung in Politik und Verwaltung Westdeutschlands. Ein problematisches Konzept, in: K. H. Jarausch/H. Siegrist (Anm. 4), S. 49–65.

Länder unterschiedlich stark ein. Schließlich bleibt die Tatsache bestehen, daß bei allem spezifisch Amerikanischen in den Einflüssen auf die Bundesrepublik aus den Deutschen Westeuropäer wurden und ihr Staat ein „westeuropäisches“ Land geworden ist<sup>6</sup>. In die Entwicklung von Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik fanden verschiedene westliche Einflüsse Eingang, die m.E. besser durch den Begriff „Verwestlichung“ als durch „Amerikanisierung“ zu fassen sind. Diese Verwestlichung der Bundesrepublik, die letztendlich wesentlich eine Erneuerung der deutschen Gesellschaft beinhaltete, stellte keine Einbahnstraße dar.

Das berührt eine ebenfalls systemübergreifende Frage: In welchem Umfang wurden den politischen Klassen in Ost- und Westdeutschland fremde Vorstellungen und politische Leitbilder oktroyiert, und in welchem Maße übernahmen sie diese freiwillig? Das Problem setzte sich auch nach „unten“ fort: Wie stark war die Bereitschaft der Bevölkerung in beiden deutschen Staaten, äußeren Druck zu tolerieren, wenn sich – zumindest in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre – z.B. dadurch bestimmte Lebenschancen zu vergrößern schienen?

---

### III. Ostdeutsche Handlungsspielräume und Eigenständigkeit der SBZ/DDR

---

Von Anfang an befand sich die SBZ/DDR in einem Spannungsverhältnis zwischen Sowjetisierung bzw. sowjetischem Einfluß und der Anziehungskraft der Bundesrepublik. Sowjetische Bestimmung und bundesdeutscher „Magnetismus“ definierten die Handlungsspielräume der SED entscheidend und beeinflussten auch die Entwicklung ihrer Eigenständigkeit. Bei der Analyse der Maßnahmen der Sowjetisierungspolitik in den verschiedenen Stadien des Ost-West-Konflikts muß natürlich immer von den deutschlandpolitischen Zielen der UdSSR ausgegangen werden. Sie bildeten den Rahmen für die Entwicklung von Handlungsspielräumen, die wiederum einen wichtigen Schlüssel und einen Indikator für die Definition des Grades und des Verlaufs von Sowjetisierungen abgaben. In welchem Maße gewährte die sowjetische Füh-

rung Handlungsspielräume, oder ergaben sie sich aus dem historischen Prozeß, und wie vor allem wurden sie von der SED genutzt? Die Ausleuchtung dieser Spielräume trägt zur Bestimmung der spezifischen Ziele und Interessen aller beteiligten Kräfte und zur Beantwortung von Fragen nach möglichen temporären und partiellen Alternativen für die SED bei.

Auch daraus ergibt sich das Problem der Definition von SED-Interessen, letztlich auch das der Bestimmung ostdeutscher Eigenständigkeit. Sie ist keinesfalls mit Unabhängigkeit zu verwechseln. Während Eigenständigkeit im Begriff der Unabhängigkeit eingeschlossen ist, sind Elemente von Unabhängigkeit nur bedingt im Begriff der Eigenständigkeit enthalten. Der Begriff ergibt nur Sinn, wenn man davon ausgeht, daß die SED/DDR in einem politischen Unterordnungsverhältnis zur UdSSR stand. Diese Subordination bedeutete jedoch keine einseitige Abhängigkeit von der Führungsmacht. Abhängigkeit blieb zwar immer stark asymmetrisch, kennzeichnete aber auch das Verhältnis der UdSSR zur DDR während des gesamten Sowjetisierungsprozesses. Die SED/DDR erbrachte der UdSSR auf verschiedene Art und Weise – vor allem deutschlandpolitisch – Dienstleistungen. Eigenständigkeit reflektierte in hohem Maße die Ergebnisse eines ostdeutsch-sowjetischen Interessenclearings, aber auch verschiedener bi- und multilateraler Interaktionen im östlichen Bündnis. Der Begriff signalisiert die Fähigkeit der SED zur weitgehend freiwilligen Unterordnung unter die Moskauer Interessen und einen hohen Grad der Verinnerlichung von Sowjetisierung als das den Charakter und den Zielen der SED Gemäße, als das für die deutsche Entwicklung Beste und historisch Fortschrittlichste.

Dieses Moment der Eigenständigkeit, die sich – nur scheinbar paradox – nicht selten als vorauseilender Gehorsam und als eine praktische Vorwegnahme erahnter sowjetischer Ambitionen u. a. m. artikulierte, schloß weder die Existenz spezifisch ostdeutscher Interessen und Ziele, noch den Willen der SED aus, diese vorzugsweise im Einvernehmen mit Moskau durchzusetzen. Eigenständigkeit, aus der sich in einer näher zu bestimmenden Qualität auch Eigenverantwortung ergab, setzte Strukturen, Institutionen und politische Möglichkeiten voraus, eine an spezifischen Zielen orientierte Politik zu betreiben, deren Teilbereiche relativ autonom zu gestalten und besondere Vorstellungen und Aufgaben gegenüber der UdSSR zu äußern.

---

<sup>6</sup> Vgl. Hans-Peter Schwarz, Die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Welt, in: Ludolf Herbst u. a. (Hrsg.), Vom Marshallplan zur EWG, München 1990, S. 612.

---

## IV. Bedingungen, Grundlagen und Bereiche der Sowjetisierung

---

Offenbar orientierte sich die Führung der SED – hier vor allem die Riege um Ulbricht – eher als die UdSSR auf eine dauerhafte deutsche Zweistaatlichkeit<sup>7</sup>. Zumindest bis 1953 – vielleicht noch bis 1955 – ließ die UdSSR eine Option für die deutsche Einheit oder für die Zweistaatlichkeit offen. Verschaffte das der DDR gewisse Handlungsspielräume? Etwa bis Mitte 1951 schien die Moskauer Führung noch mit Möglichkeiten gerechnet zu haben, Deutschland nach dem Modell DDR wiederzvereinigen. Als Mitte 1951 die Frage der militärischen Integration der Bundesrepublik vom latenten ins akute Stadium trat und Stalin sah, daß es die USA mit der militärischen Einbindung Westdeutschlands ernst meinten, mußte die sowjetische Führung nach neuen deutschland- und sicherheitspolitischen Wegen suchen und eine größere Flexibilität entwickeln. Die Frage der Sowjetisierung der SBZ/DDR hing auch ab von der inneren Entwicklung der UdSSR, von verschiedenen Trends und von Kräftegruppierungen in der Führung der KPdSU.

Ein noch etwas unsicherer Vergleich zeigt, daß die USA deutschlandpolitisch viel weniger zu ‚schwanken‘ schien als die UdSSR, deren wirtschaftliche und bedingt auch politische Positionen sowie deren deutscher Bündnispartner schwächer waren als die der USA. Trug diese relative Schwäche der Sowjetunion, die durch den Zweiten Weltkrieg plötzlich den Rang der zweitstärksten Weltmacht eingenommen hatte, deren neues Image man verteidigen mußte, zu einer konsequenten Sowjetisierung der SBZ/DDR bei?

---

<sup>7</sup> Nach dem endgültigen Scheitern des Grotewohl-Vorschlags zur Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates im Frühjahr 1951 verfolgte Ulbricht einen auf den Sturz Adenauers gerichteten konfrontativen Kurs gegenüber der Bundesrepublik, der eher die Absicht einer gewollten Fortführung des deutschen Spaltungsprozesses als den Willen zur „Annäherung“ beider deutscher Staaten erkennen ließ. Die Politik der „allseitigen Stärkung“ der DDR nahm schärfere Konturen an. Während die Einheit nach außen weiterhin als Hauptziel propagiert wurde, lehnte Ulbricht deren in der Moskauer Führung bereits favorisierten Verwirklichungsmechanismus – die Neutralität – ab. Noch im November 1951 erklärte er im Parteivorstand der KPD: „Ihr wißt sehr gut, daß wir keine Anhänger der Neutralität sind.“ Vgl. Stenogr. Niederschrift der 2. Parteivorstandssitzung der KPD, 9.–11.11. 1951, in: Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), Zentrales Parteiarhiv (ZPA), IV 2/10.03/237, Bl. 98 f.

Eine starke Sowjetisierung spricht sowohl für als auch gegen eine mögliche Entscheidung der Sowjetunion für die Einheit Deutschlands. Wenn gleich auch Stalin und seine Diadochen nicht davon ausgehen konnten, das Modell DDR einfach auf die Bundesrepublik zu übertragen, so bot ein sowjetisiertes Ostdeutschland doch die Möglichkeit, verschiedene nach sowjetischen Vorbildern umgestaltete Strukturen in ein Gesamtdeutschland einzubringen und sie unter bestimmten inneren Bedingungen – Volksfrontspekulationen spielten bis Mitte der fünfziger Jahre allemal eine Rolle – weiterzuentwickeln. Ein Deutschland, das gegenüber der UdSSR eine positive Neutralität einnahm – in gewisser Weise ein „re-weimarisierter“ Gesamtstaat –, konnte m. E. von der KPdSU schon deshalb akzeptiert werden, weil es die Chance zu bieten schien, irgendwann – wenn der „Weltsozialismus“ stark genug sein würde – in den Bereich der Schwerkraft des sowjetischen Imperiums zu gelangen. Demgegenüber machte die Perspektive eines fortbestehenden deutschen Oststaates eine Sowjetisierung ebenfalls sinnvoll. Immer blieb die Drohung ihrer Fortführung und Intensivierung gegenüber dem Westen bestehen. Eine Sowjetisierung entsprach durchaus dem sowjetischen Nachkriegskonzept der Herrschafts- und insbesondere der territorialen Sicherung des ihr nach 1945 Zugewonnenen. So kann eben auch gefragt werden, ob eine konsequente Sowjetisierung der SBZ/DDR nicht gleichbedeutend gewesen ist mit einem sowjetischen Verzicht auf Gesamtdeutschland.

In allen östlichen Schwankungen zeigte sich eine mehrdimensionale Konstante: die prinzipielle Unterordnung der SED unter die sowjetischen Interessen, die vor allem in der Frage kommunistischer Selbstbehauptung auf deutschem Boden mit den Zielen der SED korrespondierten, und der innerparteiliche SED-Konsens in der Frage der Machterhaltung. Zu dieser Konstante gehörte das auch in der ostdeutschen Führung zumindest unterschwellig vorhandene Bewußtsein, daß die DDR in hohem Maße ein Kunstprodukt, eine nach einem bestimmten Plan konstruierte Gesellschaft sei. Deren Schöpfer und die politische Intelligenz mußten sich von Anfang an nicht nur mit dem Problem beschäftigen, welche Freiräume sie der eigenen Bevölkerung, den einzelnen „Klassen“ und „Schichten“, einräumen konnten, sondern sie sahen sich umgekehrt auch mit der Frage konfrontiert, in welchem Maße diese der SED Handlungsspielräume zubilligten. So besaß die Führung der SED auch in dieser Hinsicht ein großes Interesse, diese durch eine sowjetische Penetration der ost-

deutschen Gesellschaft innenpolitisch zu erweitern<sup>8</sup>.

Eine geistig-politische Grundbedingung für den Sowjetisierungsprozeß bildete die Übernahme des ideologischen Systems des Sowjetkommunismus in allen seinen wesentlichen Bestandteilen. Auch die Mitglieder der SED lernten den Marxismus nicht als okzidentale revolutionäre Gesellschaftslehre „pur“ kennen, sondern in seiner sowjetischen leninistischen Brechung. Nicht selten legten ostdeutsche Ideologen die sowjetische Marxismus-Leninismus-Interpretation noch zusätzlich aus und erweckten überdies den Eindruck, daß die DDR nicht in einer deutschen, sondern sowjetischen und imaginären „proletarischen“ Traditionslinie stehe<sup>9</sup>. Hinzu trat in den Jahren bis 1955 die Apotheose Stalins, um dessen Gunst man warb, sowie ein ebenfalls nicht zu unterschätzendes Syndrom, daß die DDR sich des Vertrauens der Sowjetunion „würdig“ erweisen und auf innenpolitische „Experimente“ verzichten müsse<sup>10</sup>. Die Voraussetzung für den gesamten Sowjetisierungsprozeß in der SBZ/DDR und dessen Kern bildete die Entwicklung der SED zur „Partei neuen Typus“. Die Stalinisierung der 1946 konstituierten Einheitspartei schuf eine zuverlässige Sowjetisierungsbasis sowohl für die UdSSR als auch für die ostdeutsche kommunistische Führung. Die Stalinisierung der Partei besaß vor allem eine antisozialdemokratische Ausrichtung und einen allgemeinen disziplinierenden Aspekt<sup>11</sup>.

Von der Sowjetisierung der SBZ/DDR blieb im Prinzip kein gesellschaftlicher und politischer Bereich ausgeklammert. Am stärksten entwickelte sie in politisch und gesellschaftlich sensiblen Bereichen – dort, wo Macht- und Sicherheitsfragen im Vordergrund standen – Intensität und den Anspruch auf Flächendeckung und Perfektion. So

waren z.B. auch die 1953 aufgestellten „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ offenbar auf eine sowjetische Anordnung zur Organisierung eines „sicheren Schutzes“ aller wichtigen volkswirtschaftlichen Objekte „aus geprüften und politisch der volksdemokratischen Ordnung ergebenden Personen“ zurückzuführen. Im gleichen Zuge ergingen Weisungen über die Standortverteilung der Volkspolizei, zum Abhören von Telefongesprächen und zur „Überprüfung des Schriftverkehrs“<sup>12</sup>. Derartige Befehle stellten zunächst eine Form administrierenden sowjetischen Einflusses dar, waren aber auch geeignet, Kontrollmechanismen nach sowjetischem Vorbild zu gestalten. Aber auch die Ausformung und Kontrolle der Wirtschaft stand zumindest bis Ende der fünfziger Jahre mit im Vordergrund des sowjetischen Interesses. Die Umstrukturierung der Industrie nach 1945 vorrangig über den Mechanismus von Enteignungen, repressiver wirtschaftlicher Maßnahmen und außerökonomischer Zwänge ging einher mit der Übernahme von Theorie und Praxis der sozialistischen Planwirtschaft sowjetischen Typs und der Schaffung entsprechender Leitungsmodelle. Zwar konnte die DDR ohne den Austausch mit der UdSSR auch wirtschaftlich nicht überleben. Doch führten die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Gegenleistungen der DDR zu einer starken Ausrichtung der ostdeutschen Industrieproduktion auf sowjetische Bedürfnisse, was erhebliche Disproportionen in der industriellen Entwicklung der DDR – teilweise auch Deformationen – zur Folge hatte. Hier fand eine indirekte Sowjetisierung statt.

Die Landwirtschaft erfuhr durch die Bodenreform und die erst 1960 abgeschlossene Kollektivierung einen grundlegenden Umbau. Die Verwaltung der Land- und Forstwirtschaft der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), später der SKK, steuerte und kontrollierte die Agrarpolitik der SED bis zum Beginn der fünfziger Jahre mit besonderer Sorgfalt und gelegentlich unter Beteiligung Stalins<sup>13</sup>. Doch gerade hier setzten sich „sowjetische Erfahrungen“ und sowjetisch initiierte „Bewegungen“ wie die „Mitschurinbewegung“ und die aberwitzigen Lehren des Agrarbiologen Lyssenko ebensowenig durch wie sowjetische „Neuerer Methoden“ und neue Pflanz-

8 Die vor allem von Wolfram Hanrieder und James N. Rosenau beschriebenen Merkmale eines durch äußere Einschränkungen penetrierten System lassen sich offenbar weitgehend auch bei der Sowjetisierung der SBZ/DDR nachweisen. Vgl. Wolfram Hanrieder, *West German Foreign Policy*, Stanford 1967, S. 230, und James N. Rosenau, *The Scientific Study of Foreign Policy*, Revised and Enlarged Edition, London 1980, S. 137–169.

9 Vgl. dazu exemplarisch die Geschichte der Arbeiterbewegung in acht Bänden, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, hier Band 1, Berlin 1966, Vorwort, S. 24–40.

10 Vgl. Rede Grotewohls auf der 23. (37.) Tagung des Parteivorstandes der SED, 9. 10. 1949, in: SAPMO-BArch, ZPA, IV 2/1/38, Bl. 17.

11 Vgl. Hermann Weber, *Die Geschichte der frühen SED. Überlegungen gestern und heute*, in: Gisela Helwig (Hrsg.), *Rückblicke auf die DDR*, Festschrift für Ilse Spittmann-Rühle, Köln 1995, S. 17 f.

12 Vgl. Merkblatt der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK), undatiert, offenbar Ende Juni 1953, in: SAPMO-BArch, NL 90/303, Bl. 354.

13 Vgl. Arnd Bauerkämper, *Amerikanisierung und Sowjetisierung in der Landwirtschaft. Zum Einfluß der Hegemonialmächte auf die deutsche Agrarpolitik von 1945 bis zu den frühen sechziger Jahren*, in: K. H. Jarausch/H. Siegrist (Anm. 4), S. 198 f.

verfahren<sup>14</sup>. Allerdings richteten die am Ende der fünfziger Jahre von der SED-Führung durchgesetzten „Rinderoffenställe“ und „Schweinepilze“, die empfindliche Nutztiere dem Unbill der Witterung aussetzten, schweren Schaden an. Die Kollektivierung wurde von „einer weitverbreiteten Fortschrittseuphorie getragen, in der sich die Glorifizierung der Sowjetunion eng mit weitreichenden Überlegenheitsvorstellung und Modernisierungssillusionen verband“<sup>15</sup>.

Der Staatsapparat der DDR erfuhr bis zum Beginn der sechziger Jahre eine Organisation nach sowjetischem Vorbild. Staat und Partei verschmolzen nach sowjetischem Muster. Grotewohl hatte schon im März 1949 betont, daß für die zu bildende Regierung der DDR die „Generallinie der Partei“ verbindlich sei<sup>16</sup>. Die Parteiarbeit im Regierungsapparat wurde straff organisiert und von zentralen Parteigremien kontrolliert. Staatsfunktionäre und Regierungsinstitutionen blieben den übergeordneten Parteileitungen rechenschaftspflichtig. Die Untrennbarkeit von staatlichen und Partei-Aufgaben geriet zum moralisch-politischen Gesetz<sup>17</sup>. Die SED übernahm auch das sowjetische Nomenklatursystem, das bereits im Februar 1949 in ein erstes ostdeutsches Nomenklatursystem Eingang fand. Es legte u. a. fest, daß die politisch wichtigsten Funktionen im SED-Apparat, in den Massenorganisationen und im Staatsapparat ausschließlich durch das Politbüro und das von Ulbricht geleitete „Kleine Sekretariat“ besetzt werden dürften<sup>18</sup>. Das Nomenklatursystem der SED erfuhr eine Fortschreibung nach sowjetischem Vorbild. Die SED übernahm auch dessen offizielle Funktionsbezeichnungen. So wurde aus dem Ministerpräsidenten Grotewohl ein „Vorsitzender des Ministerrates“<sup>19</sup>. Aber auch in den scheinbar kleinen Dingen alltäglicher Verwaltung – wie bei der Organisation von Handel und Versorgung – stand die Sowjetunion Pate<sup>20</sup>. Ab Mitte

der fünfziger Jahre setzte eine problematische „Sowjetisierung des Konsums“ ein<sup>21</sup>. Sowjetisierungen im Alltag trugen nicht selten banale Züge – etwa, wenn das Politbüro im März 1950 beschied, daß das „Neue Deutschland“ künftig im Format der „Prawda“ herausgegeben werden müsse<sup>22</sup>. Sieht man von der Schaffung eines lediglich formalen Mehrparteiensystems in der DDR ab, funktionierten gesellschaftliche Organisationen und Organe im Prinzip ebenfalls wie ihre sowjetischen Vorbilder. Sie schalteten verschiedene politische Interessen gleich und konstituierten eine „Nationale Front“, die ihr Vorbild in sowjetkommunistischen „Volksfront“-Ideen fand. Auch auf dem Gebiete der äußeren Beziehungen prägte die UdSSR die ostdeutschen Strukturen und Institutionen sowie die Inhalte der internationalen Politik der SED.

---

## V. Aspekte der wirtschaftlichen Ostintegration

---

Nahm die DDR, die aus verschiedenen Gründen international weitgehend isoliert blieb, in den ersten Jahren ihrer Existenz vorrangig als „Trittbrettfahrer“ der UdSSR am Weltgeschehen teil, so entwickelte sie – sichtbar nach 1955 – in der Öffentlichkeit zunehmend außenpolitische Vorstellungen, die nur sehr bedingt als eigene Politik apostrophiert werden konnten und die auch in späteren Jahren für die SED einen Januskopf trugen<sup>23</sup>. Auch das Verhältnis von Sowjetisierung und Integrationspolitik der DDR spielte eine erhebliche Rolle. Welche Funktionen übten der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) und der Warschauer Pakt bei der Übertragung sowjetischer Modelle auf die DDR aus? Welche Absichten verfolgte die UdSSR mit der Einbindung der DDR in ihr europäisches Bündnissystem, und was für Folgen hatte die Ostintegration für Staat und Gesellschaft der DDR, vor allem für deren Identität?

Offenbar sah man in Ostberlin – so wie in Bonn – in einer möglichst engen Anbindung an die Führungsmacht die Chance, neue, insbesondere deutschlandpolitische Freiräume zu gewinnen.

---

21 Vgl. Stephan Merl, Sowjetisierung in der Welt des Konsums, in: K. H. Jarausch/H. Siegrist (Anm. 4), S. 167–194.

22 Vgl. Beschluß des Politbüros, Protokoll 75/50, 7. 3. 1950, in: SAPMO-BArch, ZPA, J IV 2/2/75, Bl. 4.

23 Vgl. Johannes L. Kuppe, Die DDR und die nicht-sozialistische Welt. Ein Essay zur Außenpolitik der SED, in: G. Helwig (Anm. 11), S. 175–182.

14 Vgl. ebd., S. 203 f.

15 Ebd., S. 206.

16 Vgl. Referat Grotewohls vor der ostdeutschen Ministerkonferenz, 13. 3. 1949, in: SAPMO-BArch, ZPA, NL 90/142, Bl. 40.

17 Vgl. Manuskript der Rede Grotewohls für das 21. Plenum des ZK der SED, 14. 11. 1954, in: ebd., NL 90/195, Bl. 40.

18 Vgl. Monika Kaiser, Die Zentrale der Diktatur – organisatorische Weichenstellungen, Strukturen und Kompetenzen der SED-Führung in der SBZ/DDR 1946 bis 1952, in: Jürgen Kocka (Hrsg.), Historische DDR-Forschung, Aufsätze und Studien, Potsdam 1993, S. 75–77.

19 Vgl. Nomenklatur-Entwurf des ZK und Listen der Staatlichen Stellenplankommission, 29. 3. 1953, in: SAPMO-BArch, ZPA, NL 90/431, Bl. 27–55.

20 Vgl. Besprechungen Piecks und Ulbrichts mit der SKK (Tschuikow, Iljitschow, Kowal), 4. 2. und 14. 2. 1950, in: ebd., NL 36/736, Bl. 50 f.

Während die Bundesrepublik zumindest deutschlandpolitisch stark auf ihre Führungsmacht zurückwirkte, war der Einfluß der DDR auf die Moskauer Zentrale nicht nennenswert. In vielem blieb die Ostintegration eine besondere Form der Sowjetisierung. So funktionierte der RGW vor allem im ersten Jahrzehnt seines Bestehens mehr als politische Kontrollinstanz und Instrument der Block-Disziplinierung denn als einer wirtschaftlichen Integration. Diese scheiterte „auch an dem Willen der UdSSR, den Ostblock politisch um jeden Preis zusammenzuhalten“<sup>24</sup>.

Das Fehlen supranationaler Strukturen und Organe, ein Festhalten am staatlichen Außenhandelsmonopol und an der nationalen Planungs- und Industrialisierungsautonomie sowie die fehlende Handelsintegration u. a. m. wirkten dem Entstehen einer Identität der DDR als Teil einer möglichen Gemeinschaft gleichberechtigter Völker entgegen. Hier spielten u. a. auch nationalstaatliche Egoismen und ein Zurückschrecken verschiedener kommunistischer Führungen vor wirtschafts- und handelspolitischen Reformrisiken eine wichtige Rolle. Denn in den sechziger Jahren gerieten DDR und Ostblock unter erheblichen psychologischen Druck durch die Erfolge der Westintegration der Bundesrepublik. „Ausgehend von Polen, Ungarn und der CSSR bildete sich als Reaktion hierauf ein Integrationskonzept heraus, das marktwirtschaftliche Elemente mit dem planwirtschaftlichen Modell zu verbinden suchte. Die Reformer waren insbesondere darum bemüht, nun endlich die Handelsintegration nachzuholen, die Westeuropa Mitte der 50er Jahre erreicht hatte. Die DDR-Führung begriff, daß dies bei erfolgreicher Durchsetzung letztlich zu einer Systemtransformation führen werde. Sie suchte, durch diese Perspektive existentiell bedroht, daher den engen Schulter-schluß mit Moskau.“<sup>25</sup>

In diesem Fall korrespondierten sowjetische und ostdeutsche Interessen. Wenn sich hier ein sowjetisches Prinzip äußerte, dann das des Primats der Politik gegenüber der Wirtschaft. Der Vorrang der Systembewahrung sicherte letztendlich die sowjetische Dominanz. Ostintegration reduzierte sich im wesentlichen auf eine auf Hegemonie und Interessenclearing beruhende Dauerbindung einer nationalstaatlich verfaßten DDR an ihre Führungsmacht. Das schloß partnerschaftliche Kooperation

ebensowenig aus wie ökonomische Interessenkonflikte zwischen beiden Seiten, insbesondere seit Ende der fünfziger Jahre.

---

## VI. Wege der Sowjetisierung: Mechanismen und Kontrollinstanzen

---

Die offenbar in einigen Bereichen relativ problem- und reibungsarme Sowjetisierung führt auch zu der Frage, in welchen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens aus historischen, politischen und ökonomischen Ursachen eine gewisse Prädisposition für die Sowjetisierung vorhanden war. Offenbar leistete die ungebrochene Kontinuität diktatorischer Herrschaft ab 1933 einer administrativen Sowjetisierung Vorschub. Inwiefern z. B. konnte die enge Verquickung von Wirtschaft und Staat im Nationalsozialismus – insbesondere der kriegsbedingte Wirtschaftsdirigismus – für die kommunistische Planwirtschaft sowjetischer Prägung genutzt werden? Das besaß ebenso Relevanz im Sinne der Gestaltung deutscher Zukunft wie die Frage, auf welche alten Eliten und neuen Kader – wer hatte sie vor 1945 geprägt? – eine personalpolitische Sowjetisierung zurückgreifen konnte. Grundbedingung dafür war natürlich ein sowjetischer Zugriff auf personelle Entscheidungen, die Kontrolle des Elitenwechsels und nicht zuletzt eine Bürokratisierung der Kaderpolitik nach sowjetischem Vorbild (Kaderakte, Kaderabteilungen u. a. m.). Wer gelangte über welche Mechanismen in den politischen und wirtschaftlichen Apparat und Entscheidungsprozeß?

Diese Frage berührt die Frage der Wahrnehmung und Kontrolle der Sowjetisierungsinteressen durch die UdSSR. Von 1945 bis 1949 standen die SMAD und ihre nachgeordneten Gliederungen in den Ländern der SBZ und von 1949 bis 1953 die SKK als zentrale organisatorische und exekutive Organe der sowjetischen Deutschlandpolitik im Vordergrund einer Politik, deren sowjetisierende Absicht systematisch geleugnet wurde. Kurzfristig liefen die Fäden – bis 1955 – beim sowjetischen Hohen Kommissar (Semjonow), danach in der Sowjetischen Botschaft in Ostberlin zusammen. Das Politbüro regelte das Verhältnis der Staatsorgane der DDR zu den sowjetischen Stellen im Juni 1950 mit dem lakonischen Satz, „daß die Mitarbeiter der staatlichen Verwaltung zur Erteilung jeglicher Auskunft an die Organe der SKK verpflichtet

24 Ludolf Herbst, Die DDR und die wirtschaftliche Integration des Ostblocks in den sechziger Jahren, in: Christoph Buchheim (Hrsg.), Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Berlin 1995, S. 379.

25 Ebd., S. 380.

sind“<sup>26</sup>. Die UdSSR verfügte mit ihrem dichten Netz von sowjetischen „Beratern“ in politischen, wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen Gremien bis zum Ausgang der fünfziger Jahre „flächendeckend“, später an wichtigen Punkten, über einen anleitenden und kontrollierenden (berichtenden) Mechanismus. Die sowjetische Führung drängte der DDR die Berater nicht immer nur auf. Ob „vorausseilender Gehorsam“ und das Wissen um sowjetische Wünsche eine Rolle spielten oder nicht – die Führung der SED ersuchte die KPdSU verschiedentlich um die „Entsendung von Beratern“<sup>27</sup>. Die SED wies die Staatsorgane der DDR an, regelmäßig ihre „Berater“ zu konsultieren und deren Vorschläge – besonders im Sicherheitsbereich<sup>28</sup> – zu verwirklichen. Daneben gab es zu jeder Zeit persönliche Kontakte zwischen sowjetischen Politikern aller Ränge mit Spitzenfunktionären der SED, die Direktiven aus Moskau mitbrachten bzw. diese über den Parteieweg KPdSU-SED oder aber in diskreten Gesprächen in der SMAD bzw. SKK erhielten. Eine „außerordentlich wichtige Form aktiver und passiver sowjetischer Einflußnahme waren schließlich die deutsch-sowjetischen Delegations- und Erfahrungsaustausche, die mit der beginnenden Stalinisierung der SED und mit der stärkeren Sowjetisierung der ostdeutschen Verwaltung etwa seit 1948/49 zunehmend an Bedeutung gewannen“<sup>29</sup>. Eine wichtige repressive Funktion bei der Absicherung der Sowjetisierung – was Verfolgung ihrer Gegner hieß – übten der sowjetische Geheimdienst und andere Moskauer Sicherheitsorgane aus.

Verschiedene Moskauer Direktiven ergingen in Form von „Merkblättern“ und „Memoranden“, die letztlich Befehle und daher verbindlich waren. Solche „Empfehlungen“, auf deren Abfassung und Durchführung die SED offenbar keinen oder nur sehr geringen Einfluß hatte, reglementierten oftmals kleinlich bis in die Details. So griff die Sowjetunion in die Gestaltung der Binnenpreise ein, ordnete Produktionswettbewerbe der „Werkstätigen“ an<sup>30</sup> und befand über solche Nebensäch-

lichkeiten wie die Ausgabe von „schönen Uniformen aus gutem Wolltuch“ für die Offiziere und Wachtmeister der Volkspolizei<sup>31</sup>. So lassen sich echte Handlungsspielräume für die SED, die eben auch vom „Magnetismus“ der Bundesrepublik und in hohem Maße von der Haltung der Bevölkerung abhingen, bis Mitte der fünfziger Jahre kaum nachweisen.

## VII. Sowjetisierung als Dialektik von Beschleunigung und Verzögerung

Es existierte immer ein Zusammenhang zwischen der Haltung der Bevölkerung der DDR und der Sowjetisierung, d. h. der Art und Weise sowie der Intensität ihres Verlaufs. Die weitgehende Ablehnung kommunistischer Herrschaft und des sowjetischen Sozialismusmodells durch die Mehrheit der Bevölkerung vor allem im ersten Jahrzehnt des Bestehens der DDR zeitigte eine zuweilen eskalierende Sowjetisierungs-„Nachfrage“ der SED-Führung. Zeitweilig verstärkte sich das unterdrückende Element, dann wieder gewann das „liberale“, das auf eigentliche Identitätsveränderung abzielende Element der Sowjetisierung – sichtbar z. B. im „Neuen Kurs“ und bei der Sympathiewerbung für sowjetische Kunst und Kultur – an Bedeutung. In welchen Phasen der ostdeutschen Entwicklung bevorzugten welche Kräfte in SED und KPdSU und warum welche Sowjetisierungsmethoden? Wichtig scheint, daß die SED eine tatsächliche Konsolidierung der Binnenverhältnisse der DDR auch durch flexiblere Formen der Sowjetisierung nicht erreichte. Konsolidierung und Destabilisierung gingen eine eigenartige Symbiose ein. Nach Phasen der Erholung (1950/51; 1957–1959) erfolgte eine krisenhafte Zuspitzung der Situation (1952/53; 1960/61), die die Existenz der DDR in Frage stellten. Eine relative Stabilisierung des deutschen Oststaates setzte erst nach dem Mauerbau, deutlicher seit 1963 ein.

Welchen Einfluß hatten Sowjetisierungsprozesse auf stabilisierende Phasen in der DDR-Systemerhaltung? Bislang ist – zu Recht – mehr nach dem Verhältnis von Krisenentwicklungen und Sowjetisierung gefragt worden. Denn Sowjetisierungsschübe erfolgten in der Regel in krisenhaften Situationen. Sie wurden an bestimmten Schnitt-

26 Beschluß des Politbüros, Protokoll 93/50, 6. 5. 1950, in: SAPMO-BArch, ZPA, J IV 2/2/93, Bl. 11.

27 Beschluß des Politbüros der SED, „Antrag an das Präsidium des ZK der KPdSU“, Protokoll 10/54, 19. 2. 1954, Bl. 1 und Anlage 1, Bl. 3–7, in: ebd., J IV 2/2/348.

28 Vgl. Sitzung des Politbüros, Anlage 6 zum Protokoll 16/53, 17. 3. 1953, in: ebd., J IV 2/2/270, Bl. 37.

29 Monika Kaiser, Sowjetischer Einfluß auf die ostdeutsche Politik und Verwaltung 1945–1970, in: K. H. Jarausch/H. Siegrist (Anm. 4), S. 121.

30 Vgl. Besprechung Piecks und Ulbrichts mit der SKK (Tschuikow, Iljitschow, Kowal), 4. 2. und 14. 2. 1950, in:

SAPMO-BArch, ZPA, NL 36/736, Bl. 50 f. und Merkblatt der SKK, September 1953, in: ebd., NL 90/303, Bl. 348 f.

31 Merkblatt der SKK, offenbar vom 10. 10. 1953, in: ebd., Bl. 228.

punkten von politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen sowie Alltags-Prozessen sichtbar und erhielten dann ihre Rasanzen, wenn unterschiedliche Krisenmomente sich verbanden bzw. potenzierten. Schübe konnten, wie es 1950 der Fall gewesen zu sein scheint, stark außenpolitisch bestimmt sein. Hier wirkte der Koreakrieg als Katalysator, und eine damit verbundene Verstärkung einer organisierten „Friedensbewegung“ nach sowjetischem Diktum<sup>32</sup> folgte. In diesem Prozeß spielten freilich auch deutschlandpolitische Zwänge eine Rolle. Sowjetisierungsprozesse entwickelten in bestimmten Situationen eine starke Eigendynamik.

Ein Beispiel: Die Ablehnung des sowjetischen Angebots an den Westen – deutsche Einheit gegen Neutralität – im Frühjahr 1952 beschleunigte faktisch den sowjetischen Beschluß, für den Aufbau der Nationalen Volksarmee und die Kollektivierung in der Landwirtschaft, d. h. den Aufbau des Sozialismus in der DDR, grünes Licht zu geben. Dies löste einen weiteren Sowjetisierungsimpuls aus, der, verbunden mit neuen administrativen Maßnahmen sowie zusätzlichen sozialen und wirtschaftlichen Belastungen, zu einem sprunghaften erheblichen Anstieg der Unzufriedenheit der Bevölkerung und zu einer Eskalation einer eben auch weiter von außen tangierten Krisensituation führte. Als dieser von der SED mit vorrangig repressiven Methoden gegengesteuert wurde, entstand neuer Unwillen in der Bevölkerung und damit eine von der SED innenpolitisch nicht mehr kontrollierbare Situation. Augenfällig war dabei das Versagen von Rückkopplungsmechanismen und eine damit verbundene Zunahme chaotischer Elemente der Sowjetisierung. Belastungs- und Krisensituationen bildeten keineswegs die einzige Ursache für eine Verstärkung der Sowjetisierungsprozesse, waren aber für sie Katalysator und wichtiger Indikator.

Die sowjetische Fremdbestimmung, vor allem der Deutschlandpolitik, war offenbar nicht immer nur negativ. Daß sich die SED von 1951 bis 1953 mit der Idee freier Wahlen zumindest auseinandersetzen mußte, war auch eine Folge Moskauer Direktiven. Gelegentlich versuchte die Sowjetunion, „Überspitzungen“ in der Arbeit des Staatsapparates der DDR zu eliminieren. So wies die SKK die SED-Führung Ende 1951 an, „eine ganze Reihe ernster Fehler und Mängel“ in der Tätigkeit von Justiz, Polizei und Staatssicherheitsorganen zu

beheben, weil sie „dem demokratischen Aufbau, der Gesetzlichkeit und der Rechtsordnung der DDR“ Schaden zufügten, in der Bevölkerung „eine gewisse Unzufriedenheit“ hervorriefen und „von der in- und ausländischen Reaktion im Kampf gegen die demokratischen Kräfte“ ausgenutzt werden würden<sup>33</sup>.

Solche und andere Beispiele werfen die oben schon angesprochene Frage nach dem Verhältnis von Sowjetisierung und sowjetischer Einflußnahme in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und in wichtigen, vor allem Krisen-Fällen immer wieder auf. So entwickelte sich die innere Situation der DDR vor allem infolge des Beschlusses über den forcierten Aufbau des Sozialismus im Juli 1952 und damit einhergehenden neuen Sowjetisierungen in einer das System destabilisierenden Weise, erweckte aber beim Politbüro den Eindruck der Notwendigkeit der Fortführung des harten Sozialismuskurses. Dieser Kurs zeitigte einen erhöhten Sowjetisierungsbedarf – man denke an den an sowjetischen Vorbildern orientierten Aufbau von Streitkräften und an die Umstrukturierungen im Sicherheits- und Verwaltungsapparat. Doch führte die UdSSR im Juni 1953 einen „Neuen Kurs“ herbei, der konzeptionell als eine Abbremsung des Tempos des sozialistischen Aufbaus angelegt war und in der Praxis auf eine Rücknahme verschiedener repressiver Maßnahmen abzielte. Dies aber kam praktisch einer Stornierung verschiedener Sowjetisierungsprozesse gleich. Es bedeutete nichts anderes als eine Abmilderung bzw. Verzögerung der Sowjetisierung durch eine ihr entgegenwirkende sowjetische politische Einflußnahme. Die Kurskorrektur war letztendlich taktischer Natur. So ist auch die Behauptung Semjonows, er habe seiner Regierung 1953 empfohlen, die Vormachtstellung der SED vorübergehend abzubauen und eine neue DDR-Regierung mit bürgerlichen Vorzeichen einzusetzen<sup>34</sup>, äußerst zweifelhaft. Nachzugehen wäre auch der Funktion von sowjetischen Direktiven als Alibi für SED-Politiker. Da sowjetische „Empfehlungen“ weder der Kontrolle noch der Kritik der Führung unterlagen, wurden sie von Ulbricht mit dem Hinweis auf deren ausschließlichen Weisungscharakter für die eigene „Linie“ instrumentalisiert. So klagte Politbüromitglied Friedrich Ebert Anfang Juni 1953, die über Gespräche mit den Sowjets „berichtenden Genossen erweckten hier (im Politbüro, d. Verf.) sicher nicht

33 Als „streng geheim“ eingestuftes Direktivenpapier, undatiert, höchstwahrscheinlich von Mitte November 1951, in: ebd., NL 90/301, Bl. 73.

34 Vgl. Wilfried Loth, *Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte*, Berlin 1994, S. 205.

32 Vgl. Schreiben Piecks an Ulbricht mit Bezug auf die Vorschläge Semjonows, 15. 6. 1950, in: ebd., NL 36/658, Bl. 38.



ohne Absicht den Eindruck, daß es sich bei den Empfehlungen und Wünschen unserer Freunde um Weisungen handle, die sie in dieser oder jener Form zu verwirklichen wünschten“<sup>35</sup>.

Es bleiben also auch für den Führungszirkel der SED die Fragen bestehen, wer von der Sowjetisierung am meisten profitierte, in welchem Maße von ihr erhöhte Durchsetzungschancen für eigene Konzepte erwartet wurden und ob man Sowjetisierungsschübe nicht selbst veranlaßte bzw. provozierte.

Vor allem im geistig-kulturellen und im wirtschaftlichen Bereich scheinen unterschiedliche Interessen ostdeutscher und sowjetischer Politiker ein gewisses Konfliktpotential ergeben zu haben. So drängte die KPdSU Anfang der fünfziger Jahre auf eine Betonung des Nationalen in der innerdeutschen Auseinandersetzung, während sich die Führung der SED mehr „internationalistisch“ orientierte, d. h., von der „nationalen“ zu einer neuen sowjetisch geprägten Identität gelangen wollte. Lebte hier in der Führung der SED um Ulbricht zumindest in Krisensituationen die alte Perspektive eines Sowjetdeutschland aus der Zeit vor 1933 wieder auf? Die UdSSR benötigte ein patriotisch drapiertes Kontrastbild zur amerikanischen „Überfremdung“. Auch das zwang die SED zur „Rückbesinnung“ auf deutsche Traditionen<sup>36</sup>. Der sowjetische Impetus, die DDR gegenüber dem Westen als den eigentlich deutschen, selbstbestimmten Staat darzustellen, hatte Langzeitwirkungen. Auch später entstand bei vielen der Eindruck, daß die DDR doch der „deutschere“ Staat sei<sup>37</sup>.

Widersprüche bei der Sowjetisierung der Wirtschaft z. B. ergaben sich nicht zuletzt aus der Tatsache einer weitgehenden Ausrichtung der ostdeutschen Industrieproduktion auf sowjetische Bedürfnisse. Zwar mußte die Behandlung der DDR wirtschaftlich faktisch als eine Sowjetrepublik hingenommen werden, weil nur Moskau das ökonomische Überleben der DDR sichern konnte. Doch besaß die SED ein vitales Interesse am Handel mit dem Westen, speziell mit der Bundesrepublik. Dieser Warenverkehr bremste in gewissem

Maße nicht nur spezifische Sowjetisierungsprozesse ab, sondern wirkte auch den Eigengesetzen einer isolationistischen wirtschaftlichen Ostintegration in gewissem Umfang entgegen. Handfeste politische Differenzen zwischen den Führungen der SED und der KPdSU zeigten sich in einer zeitweilig zugespitzten Art in der Berlinkrise von 1958 bis 1963<sup>38</sup>.

## VIII. Sowjetisierung von „oben“ versus „Verwestlichung von unten“

Einer Sowjetisierung deutscher Identität in der SBZ/DDR stand ein wichtiger weiterer Faktor entgegen: die Bundesrepublik. Kaum ein gesellschaftlicher Bereich in Ostdeutschland blieb von ihrer Politik unberührt, kaum eine Entscheidung von Politbüro und Regierung von ihr unbeeinflußt. Die Omnipräsenz der Bundesrepublik, ihr in politischen Entscheidungen der SED sichtbarer „Magnetismus“ stellten – zumindest bis zum Mauerbau – eine existentielle Bedrohung für die Herrschaft der SED dar und begrenzten deren politische Handlungsspielräume erheblich. Der Westen lieferte, im großen wie im kleinen, nicht nur die jeweils aktuelle Vergleichsgröße; für viele Menschen in der DDR geriet er zum Maßstab aller Dinge überhaupt.

Analysiert und bewertet man den Einfluß der Bundesrepublik und seine Wirkung, so läßt sich – gerade was die sozial- und alltagsgeschichtliche Entwicklung der DDR angeht – die Tendenz einer (relativen) „Verwestlichung“ der DDR-Gesellschaft feststellen. Diese „Verwestlichung von unten“, die Durchdringung von der Basis her, bildete als ein Entwicklungszug der DDR-Gesellschaft die wichtigste Gegenteilstendenz zur Moskauer Penetration der DDR. Über das Medium Bundesrepublik vollzog die DDR-Bevölkerung – hier besonders die junge Generation der fünfziger Jahre – auch den amerikanischen Einfluß auf die westdeutsche Lebenswelt, auf Kultur, Lebensstil, Kunst und Mode, bedingt nach. Die Gesellschaft der Bundesrepublik gab auch ihre Erfahrung mit Amerika nach Osten – zumeist über Presse, Rundfunk und über den Besucherverkehr – weiter. Bis 1961 spielte dabei West-Berlin – vor allem für die der Stadt nähergelegenen Regionen – eine wichtige Rolle.

35 Sitzung des Politbüros, 6. 6. 1953, Anlage zum Protokoll 33/53, in: SAPMO-BArch, ZPA, J IV 2/2/287, Bl. 16.

36 Vgl. Bericht Hermann Materns an die 7. Tagung des ZK der SED „über die Ergebnisse der Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten“, 18.–20. 10. 1951, in: ebd., IV 2/1/50, Bl. 7.

37 Vgl. Martin Greifenhagen/Sylvia Greifenhagen, Eine Nation: Zwei politische Kulturen, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte. Materialien zum deutschen Selbstverständnis, Köln 1993, S. 32.

38 Vgl. Michael Lemke, Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume im Ost-West-Konflikt, Berlin 1995, S. 149–158, 173–186, 207–215.

Diese Tendenz zur „Verwestlichung von unten“ bremste das Tempo vor allem einer geistig-politischen Sowjetisierung ab. Dies schloß nicht aus, daß „Verwestlichung“ zumindest zeitweilig die Sowjetisierung indirekt beschleunigte, wenn die SED als Reaktion darauf ihren Gegenkurs forcierte. So zogen z. B. Elvis-Kult und Rock 'n' Roll eine von vielen belächelte Offensive russischer Folklore und 1958 die Kreation eines nur mäßig begeisterten neuen Tanzes, des „Lipsis“<sup>39</sup>, und die neuesten Errungenschaften westlicher Elektronik eine systematische Sputnik-Propaganda nach sich. Die SED nahm den Kalten Krieg in praxi zu einem Gutteil als den Widerstreit „Verwestlichung“ versus sozialistischen Aufbau wahr.

Der Widerspruch zwischen der von der ostdeutschen Bevölkerung getragenen Tendenz einer „Verwestlichung von unten“ und der „Sowjetisierung von oben“ geriet der SED zu dem vielleicht folgenreichsten geistigen Entwicklungsproblem der DDR. Ein großer Teil der Bevölkerung stand dem „fremden“ Gesellschaftssystem reserviert gegenüber, viele wiesen es vor allem gefühlsmäßig zurück. Insofern erhielt das Konzept der SED nach 1949, die antifaschistisch-demokratische bzw. sozialistische, d. h. sowjetisierte Ordnung auf Westdeutschland zu übertragen, eine zusätzliche illusionäre Dimension. Dazu trugen auch „hausgemachte“ Fehleinschätzungen der westdeutschen Entwicklung als „restaurativ“ bei. Modernisierungsprozesse im Westen wurden nicht erkannt bzw. geleugnet oder tendenziös umgedeutet. Allerdings darf die Resistenz weiter ostdeutscher Bevölkerungskreise gegenüber einer Sowjetisierung ihres Alltagslebens mit ihrer Haltung zum SED-Regime, das von vielen zwar als kommunistisch, aber doch als deutsch gesehen wurde, nicht gleichgesetzt werden. Viele Bürger der DDR sahen durchaus einen Unterschied zwischen den „Russen“ und der SED, der viele DDR-Deutsche zubilligten, unter sowjetischer Hegemonie nicht anders als von Moskau bestimmt handeln zu können.

---

## IX. Die mißglückte Sowjetisierung: Kultur- und Alltagsleben in der SBZ/DDR

---

Die von der UdSSR und der SED aufwendig betriebene Sowjetisierung des Alltagslebens und

der Kultur der DDR blieb im wesentlichen erfolglos. So stießen z. B. die Formen der öffentlichen Selbstdarstellung der DDR als „wirtschaftlich leistungsfähiger, sozial dem Westen überlegener, militärisch potenter Staat“ zunehmend auf Ablehnung. Sowjetisierung bedeutete hier die Übernahme von Symbolen, Stilmitteln und Inszenierungsformen, die dem politischen Habitus der sowjetischen Großmacht entlehnt waren. Es handelte sich vor allem um Gesten der Stärke, „etwa in Gestalt von Militärparaden; dem Aufmarsch von paramilitärischen Verbänden, der Betriebskampfgruppen und der Gesellschaft für Sport und Technik“. Die „Erfolgs- und Überlegenheitsrhetorik“, das Zelebrieren von Rekorden bei der Planerfüllung u. a. m. sollten nach innen und außen Siegeszuversicht, politische Überlegenheit und Abschreckung gegenüber den „Feinden des Sozialismus“ suggerieren<sup>40</sup>. Weniger monströs verlief der Versuch einer sowjetischen Penetration des kulturellen, insbesondere des Kunst- und literarischen Lebens in der SBZ/DDR. Interessant bleibt die Phase einer relativen Toleranz 1945/46, hier vor allem gegenüber Schriftstellern und Filmschaffenden. Im späteren „Leseland“ DDR lasen zwar viele Zeitgenossen mit Freude russische Klassiker und die Spitzenwerke der Sowjetliteratur – man diskutierte Scholochows „Der stille Don“ und Simonows „Die Lebenden und die Toten“ – und die Kinder begeisterten sich an den sowjetischen Märchenfilmen. Doch die ideologische Botschaft, daß die Sowjetunion und ihre Menschen ein nachzueiferndes Vorbild für die Deutschen seien, kam nicht an. Eine Sache, ein Kunstwerk, gefiel oder gefiel nicht. Eine Reihe sowjetischer Dramen und Filme begeisterte, viele andere erlebten – trotz aufwendiger Propaganda und des Engagements des „Kulturbundes“ sowie der „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ (DSF) – leere Häuser und Kassen.

Die Propagierung der Sowjetkultur traf auch auf „hausgemachte“ Hindernisse. Die Verherrlichung Stalins – mit Grausen erinnern sich die Älteren an die „Stalin-Kantate“ Kubas (Text) und Forest's (Musik)<sup>41</sup> –, der 1951 eröffnete dogmatische Kampf gegen den „Formalismus“ und damit gegen Kunstwerke, die den Realismusvorstellungen und dem kleinbürgerlich-biederem Geschmack sowjetischer und ostdeutscher Funktionäre nicht entsprachen oder in den Verdacht „dekadenter“ amerika-

---

39 Vgl. Uta G. Poiger, Rock 'n' Roll, Kalter Krieg und deutsche Identität, in: K. H. Jarausch/H. Siegrist (Anm. 4), S. 281.

40 Jürgen Danyel, Politische Rituale als Sowjetimporte, in: ebd., S. 74.

41 Vgl. Manfred Jäger, Kultur und Politik in der DDR 1945–1990, Köln 1994, S. 30.

nischer Machart gerieten<sup>42</sup>, stieß kritische Zeitgenossen ab. Die vor allem den Jugendlichen in der DDR angebotenen sowjetischen Idole wurden nur in den seltensten Fällen angenommen. So gab der zwar tendenziöse, aber literarisch gute Roman Nikolais Ostrowskis „Wie der Stahl gehärtet wurde“ mit seiner Heroisierung von Aufbauleistungen und eines bis in die Selbstaufgabe getriebenen kommunistischen Enthusiasmus für viele der „FDJ-Generation“ durchaus eine „moralische Richtschnur“ ab<sup>43</sup>.

In der Tat könnte man die Geschichte der Sowjetisierung in der DDR auch „anhand der Rekonstruktion der Entwicklung des Literaturimports aus der Sowjetunion nachzeichnen“<sup>44</sup>. Dabei stößt der Interessierte nicht nur auf zeitbedingte methodische Fragen einer geistigen Sowjetisierung, sondern auch auf das prinzipielle Problem einer Klärung des Verhältnisses der DDR-Bevölkerung zur Sowjetunion<sup>45</sup>.

---

## X. Schlußbemerkungen

---

In erheblichem Maße assoziierten die Begriffe „Stalin“, „Sowjetunion“, „Russen“ oder „sowjetische Befreier“ Gewaltherrschaft, Verhaftungen, Verschleppungen, Lager und Rückständigkeit. Während viele Deutsche in Amerika das Moderne an sich, Freiheit und Wohlstand, schlicht etwas sahen, dem nachzueifern sei, wurde das von der SED propagierte Vorbild Sowjetunion von den meisten nicht angenommen. Für viele war es das Gegenstück zu Amerika: unmodern, arm, „asiatisch“. Alte, nie überwundene Feindbilder lebten auf. Dieser sehr emotionale Antisowjetismus ließ Differenzierungen kaum zu. Ein wirkliches gegenseitiges Kennenlernen von sowjetischen und ostdeutschen Bürgern blieb weitgehend aus. Dazu trug die Praxis des bürokratisierten und gelenkten Reiseverkehrs bei, die private Kontakte behinderte. So führt indifferentes bis prosowjetisches Handeln wieder zu der Frage, warum verschiedene politische und soziale Gruppen in der DDR die

42 Vgl. ebd., S. 34–44.

43 Evemarie Badstübner-Peters, Ostdeutsche Sowjetunionerfahrungen. Ansichten über Eigenes und Fremdes in der Alltagsgeschichte der DDR, in: K. H. Jarausch/H. Siegrist (Anm. 4), S. 308.

44 Siegfried Lokatis, Sowjetisierung und Literaturpolitik, in: ebd., S. 369.

45 Vgl. Simone Barck, Die fremden Freunde. Historische Wahrnehmungsweisen deutsch-sowjetischer Kulturbeziehungen in der SBZ 1948/1949, in: ebd., S. 336.

Sowjetisierung tolerierten bzw. sie begrüßten. Inwiefern taten das die Aktiven unter ihnen in dem Bewußtsein, daß das Sowjetsystem, dessen „kleine Fehler“ man eben hinnehmen müsse, den gesellschaftlichen Fortschritt repräsentiere und für eine Erneuerung Deutschlands unverzichtbar sei?

Insgesamt erwies sich das Verhältnis der DDR-Deutschen zu ihrer Hegemonialmacht „als eine recht sperrige Konstellation von Nähe und Distanz, von Unterordnung, Kooperation und Konflikt, von Heuchelei und ehrlichem Aufeinanderzugehen, von Ablehnung und Akzeptanz“<sup>46</sup>. Doch obsiegte die Ablehnung über die Akzeptanz. Im Alltag verweigerten viele DDR-Bürger ihre Teilnahme an prosowjetischen Veranstaltungen oder nahmen Pflichtaktionen nur formal – durch bloße Anwesenheit – wahr. Die Aversion gegen das „Russische“ schloß vor allem in den fünfziger Jahren bei vielen jungen Menschen auch einen inhaltenden Widerstand gegen das Erlernen der russischen Sprache ein. Russischunterricht war obligatorisch; man „lernte“ diese Sprache zwar über viele Jahre – und lernte sie doch nicht.

Während die staatlichen und gesellschaftlichen Gremien und Instanzen das Vorbild Sowjetunion mit aller Kraft und großem Aufwand propagierten, wandte sich die Mehrzahl der Menschen in der DDR in eigener Initiative der öffentlich verteilten westlichen Massenkultur zu oder zog sich auf das individuelle Kultur- und Kunsterlebnis zurück.

Die Begriffe „Sowjetisierung“ und „Amerikanisierung“ als verschiedene Synonyme wurden schon in den fünfziger Jahren von der deutschen Bevölkerung negativ, z. T. verächtlich verwandt. Sie wiesen daraufhin, daß die Einflüsse der UdSSR, und bedingt auch der USA, als Versuch einer Fremdbestimmung des deutschen Alltagslebens, von Kultur, Mode, Lebensweise u. a. m., gewertet und von vielen Deutschen zurückgewiesen wurden. Die nachhaltigen geistigen Wirkungen von Antisowjetismus und Antiamerikanismus zeigen, daß verschiedene Bevölkerungskreise in beiden deutschen Staaten konfrontative Argumente und Aversionen zum Teil tief verinnerlicht hatten.

Ein Vergleich verweist jedoch auf den Unterschied: Die vorrangig im Kulturellen und im Alltag sichtbare „Amerikanisierung“ wurde von den meisten Deutschen als ein „Import“ auf weitgehend freiwilliger Basis interpretiert, die „Sowjetisierung“ hingegen vorrangig als ein nichtgewollter Export Moskaus. Diese durch spezielle Untersuchungen zu erhärtende oder einzuschränkende

46 E. Badstübner-Peters (Anm. 42), S. 294.

Aussage bezieht sich in erster Linie auf die fünfziger Jahre, die hier im Vordergrund der Betrachtung standen. Denn später, nach dem Mauerbau von 1961, begannen sich viele DDR-Deutsche mit den sozialistischen Verhältnissen abzufinden und sich in der DDR einzurichten. In der DDR leben, hieß eben auch, mit den Ergebnissen einer langjährigen Sowjetisierung zu leben. Doch nicht nur Gewöhnung spielte eine Rolle. Am Ende der fünfziger Jahre flaute die Sowjetisierung deutlich ab. Die „Entstalinisierung“ 1956 hatte verschiedene ihrer Prinzipien in Frage gestellt. Und es bleibt auch ein interessantes Forschungsproblem, ob und inwiefern Ergebnisse und Folgen von Sowjetisierungsprozessen rückgängig gemacht wurden oder sich im Alltag selbst abbauten, während sich die

sowjetische politische Einflußnahme auf die DDR in der Ära Breschnew eher verstärkte. Einer weiteren Klärung bedürfen auch die Fragen, inwiefern die Sowjetisierung eine Form der „Modernisierung“ der Gesellschaft in der SBZ/DDR darstellte und von deren politischen Eliten als eine solche wahrgenommen wurde. Das Problem von möglichen Langzeitwirkungen der Sowjetisierung bleibt bestehen. Hinterließen sie vor allem im mentalen Bereich Spuren? Mit einiger Sicherheit läßt sich abschließend doch eine Aussage treffen: Eine von der UdSSR und von der Führung der SED gewünschte Sowjetisierung von Kultur und Alltag in der DDR ließ sich nicht durchsetzen. Ein Identitätswandel der Deutschen in diesem Land fand insgesamt nicht statt.

*Hinweise der Redaktion:*

Aufgrund eines redaktionellen Versehens enthält in dem Artikel von Professor Dietmar Kahsnitz: Politische Bildung: Ohne Krisenbewußtsein in der Krise, Heft B 47/96, S. 23, rechte Spalte, der letzte Satz eine Passage, die nicht vom Autor stammt. Dieser Satz muß richtig lauten: „So haben z. B. unzureichende bildungs- und gesellschaftstheoretische Begründungen, Inkonsistenzen und Vagheiten der Didaktik der politischen Bildung wesentlich zu ihrem Reputationsverlust beigetragen.“

Die in dem Heft B 47/96 veröffentlichte Dokumentation des „Darmstädter Appells“ ist – wie auch andere Materialien zur politischen Bildung – kostenlos erhältlich bei der Schader-Stiftung, Karlstraße 85, 64285 Darmstadt, Fax: (0 61 51) 17 59 25.

**Karl-Heinz Füssl: Restauration und Neubeginn. Gesellschaftliche, kulturelle und reformpädagogische Ziele der amerikanischen „Re-education“-Politik nach 1945**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/97, S. 3–14

Über Ursprung, Intention, Praxis und Wirkung der amerikanischen Re-education-Politik bestehen in der Forschungsliteratur zwar unterschiedliche Bewertungen und Aussagen, gemeinsam ist diesen Bewertungen aber das letztliche Scheitern einer Mission, die ihren kulturellen Stempel keiner anders gewachsenen Nation aufdrücken kann. Im Unterschied zu diesen Positionen wird hier aufgezeigt, daß die amerikanische Administration im State Department seit dem sich abzeichnenden Kriegsende die grundlegende Demokratisierung Deutschlands durch eine umfassende Erziehungsreform plante und in Politikrichtlinien umzusetzen begann. Dieser Prozeß war jedoch kein isolierter Bestandteil einer separaten Sonderbeziehung, sondern er war zugleich in ein internationales Regelwerk eingebunden, das mit der 1945/46 gegründeten UNESCO zunächst Hilfen für die von den Deutschen zerstörten Länder vorsah und dann in ein systematisches Netzwerk internationaler Wissenschafts- und Kulturbeziehungen mündete.

Die Praxis der Re-education-Politik in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands ist durch den Sachverhalt gekennzeichnet, daß die Politikrichtlinien erst ab August 1946 eine Entfaltung der Bemühungen um eine Erziehungsreform zuließen, die jedoch auf wertkonservative und traditionalistisch orientierte Strukturen mit dem entsprechenden Potential an Resistenz trafen. Den weit in die Zeit der Hohen Kommission hineinreichenden Anstrengungen, verlorenes Terrain wiedergutzumachen, konnte nur im Widerstreit mit resistenten Positionen Erfolg beschieden sein. Analysiert man die amerikanische Absicht einer umfassenden Erziehungsreform in längerfristiger Perspektive, ergeben sich durchaus funktionale Bezüge zur Demokratisierung und Bildungsreform.

**Kurt Jürgensen: Die britische Besatzungspolitik 1945–1949. Zur Frage nach einer Konzeption in der britischen Deutschlandpolitik**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/97, S. 15–29

Der Beitrag geht von der Frage aus, ob es nach 1945 eine überlegte und in sich kohärente britische Besatzungspolitik gegeben hat. Die sogenannte *Short Term Policy* zur Überwindung bitterer Notlagen (Hunger, Obdachlosigkeit, darniederliegende Wirtschaft) enthielt sicherlich viel Pragmatismus und damit auch widersprüchliche Elemente. Dies konnte angesichts der chaotischen Verhältnisse auch gar nicht anders sein. Die *Long Term Policy* war hingegen seit ihrer Planung in der Kriegszeit und in ihrer konkreten Handhabung nach dem Kriege auf die innere Erneuerung und Wandlung Deutschlands zu einem demokratischen Land, das sich an „westlichen“ Leitbildern orientieren sollte, angelegt. Die englischen Leitbegriffe (*re-)education*, *responsible government* und *Federation of Germany* stehen in einem deutlich erkennbaren Zusammenhang. Mehr als die Politik der beiden anderen westlichen Besatzungsmächte war die britische Politik wegbereitend für die Gründung der Bundesrepublik Deutschland, für ihre Verfassung und ihre staatlichen Institutionen.

## **Rainer Hudemann: Reparationsgut oder Partner? Zum Wandel in der Forschung über Frankreichs Deutschlandpolitik nach 1945**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/97, S. 31–40

Noch immer ist die Vorstellung verbreitet, Frankreich habe nach 1945 zunächst lediglich seine harte, primär an militärischer und ökonomischer „Sicherheit“ gegenüber Deutschland orientierte Politik der Jahre 1919/23 wieder aufgenommen; die Annäherung zwischen beiden Ländern sei erst ein Werk des Schumann-Planes 1950 oder gar des Elysée-Vertrages 1963 gewesen. Tatsächlich beruhten beide Etappen – wie eine vielfältige und verzweigte Forschung in den letzten Jahren herausgearbeitet hat – auf konzeptionellen und strukturellen Entwicklungen, deren Grundlagen, nicht zuletzt als Lehre aus dem Krieg, bereits auf die Jahre 1944/46 zurückgehen. Teils beruhten sie auf einer neu konzipierten Sicherheitspolitik, welche eine „Demokratisierung“ in Deutschland als Teil der französischen Sicherheit begriff, teils waren sie eine Folge von Sachzwängen in der Praxis der Deutschland- und Besatzungspolitik wie auf internationaler Ebene.

Kontrolle *und* Kooperation, Eigeninteresse der ökonomischen Modernisierung *und* transnationale Verflechtung waren also schon früh – von der regionalen Besatzungs- bis hin zur Regierungsebene – immer weniger voneinander zu trennen und konnten höchst unterschiedliche Verbindungen eingehen. Ebenso wenig, wie das deutsch-französische Verhältnis heute allein durch problemlose Zusammenarbeit gekennzeichnet ist, standen die frühen Nachkriegsjahre einzig im Zeichen der Konfrontation.

Der Beitrag versucht, auch die Gründe für den späten Wandel in der Forschung und eine Zwischenbilanz der neueren Arbeitsergebnisse zu skizzieren.

## **Michael Lemke: Die Sowjetisierung der SBZ/DDR im ost-westlichen Spannungsfeld**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 6/97, S. 41–53

Die Sowjetisierung als ein mehrdimensionales Nachkriegsproblem betraf vor allem die europäischen Satellitenstaaten der UdSSR. Deren Analyse bedarf des Vergleichs innerhalb der Ostblockländer nach 1945 und im Fall Deutschland auch der Komparation zwischen Sowjetisierung und Amerikanisierung/„Verwestlichung“. Das Phänomen der Übertragung/Übernahme des sowjetischen Modells auf die SBZ/DDR steht in einem engen Zusammenhang mit den deutschlandpolitischen Zielen und Nachkriegskonzeptionen der UdSSR und mit dem Verlauf des Kalten Krieges.

Die SBZ/DDR befand sich seinerzeit in einem vielschichtigen Spannungsfeld zwischen Sowjetisierung/sowjetischem Einfluß und der Anziehungskraft der Bundesrepublik; dies wurde sowohl von großen Teilen der Bevölkerung als auch von den kommunistischen Eliten als ein Konflikt zwischen der Sowjetisierung von „oben“ und einer „Verwestlichung von unten“ wahrgenommen bzw. erlebt. Die genau zu periodisierende Sowjetisierung der SBZ/DDR vollzog sich – unterschiedlich stark – in allen relevanten gesellschaftlichen und politischen Bereichen.

Im Mittelpunkt steht die Frage nach dem Verhältnis von gesellschaftlichen und politischen Kräften in der SBZ/DDR zu konkreten Sowjetisierungsprozessen. Es bleibt jedoch noch weiter zu klären, in welchem Maße von der Führung der SED die Sowjetisierung als Instrument der inneren Stabilisierung gewollt, gefordert und gefördert wurde. Das berührt die Aspekte von Eigenständigkeit und Handlungsspielräumen der SED im Sowjetisierungsprozeß. Dieser wurde durch verschiedene sowjetische Instanzen und Mechanismen geleitet und kontrolliert.